# Wildcat

**#68**

**Januar 2004**

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

kostet **3 Euro**

Beilage zur besetzten
Fabrik Zanon in Argentinien

Nr. 68, Paris

## London

William Blake, 1794

I wander thro' each charter'd street
near where the charter'd Thames does flow,
and mark on every face I meet
the marks of weakness and of woe.

In every cry of every man,
in every infant's cry of fear,
in every voice, in every ban
the mind-forged mannacles I hear.

How the chimney-sweeper's cry
every blackening church appals
and the hapless soldier's sigh
runs in blood down palace walls.

But most in midnight streets I hear
how the youthful harlot's curse
blasts her newborn infant's tear
and blights with plagues the marriage hearse.

*Ich gehe durch jede privatisierte Straße*
*wo in der Nähe die privatisierte Themse fließt*
*und sehe in jedem Gesicht, das mir begenet,*
*die Zeichen von Schwäche und von Kummer,*

*In jedem Wehruf jedes Menschen,*
*im Angstschrei jedes Kindes*
*in jeder Stimme, jeder Verwünschung*
*höre ich die im Geist geschmiedeten Handschellen.*

*Wie des Schornsteinfegers Schrei*
*jede schwarzwerdende Kirche schockiert,*
*und wie der Seufzer des unglücklichen Soldaten*
*in Blut die Palastwände herunterrinnt.*

*Doch am lautesten höre ich auf Straßen um Mitternacht*
*wie der Fluch der jungen Hure*
*die Tränen ihres neugeborenen Kindes verwünscht*
*und den Leichenzug der Ehe mit Seuchen überzieht.*

## Kein Osterspaziergang

Im Jahr 1794 ätzt in London der Kupferstecher und Poet William Blake ein Gedicht auf die Platte, das Jahrhunderte überdauern wird. Vier Strophen zu je vier Zeilen mit je acht Silben, alle 16 Zeilen verschränkt gereimt. Der Rhythmus der Zeilen und das Reimschema entsprechen dem Kindervers, den Gute-Nacht-Liedern seiner Zeit. Ein grandioses Spiel, denn was das Gedicht bereithält, ist der konzentrierte Blick auf die Großstadt, auf London, die erste Stadt der Welt, die im neuen Zeitalter angekommen war. Blake nahm sich das Unerhörte vor, nämlich in Form- und Bildsprache der Dichtung zu zeigen, was sich in der Stadt ereignete, dort, wo sie sich ungeschminkt darbot, auf den Straßen. Das Gedicht, das sich selbst als wahrnehmendes Sinnesorgan setzt, sieht und hört das gesammelte Elend der in der Hölle der Stadt verwerteten Menschen, der Kinder, der Frauen, der Soldaten, der Arbeiter. Es sieht und hört die Lügen der Kirche, den Verfall der alten Institutionen Ehe und Arbeit. Es nimmt die Karikatur des Aberglaubens auf die Hoffnung wahr, die Hilflosigkeit der Unterjochten. Zugleich dient die streng symmetrische Form des Gedichts dazu, das niederschmetternde Bild mit einem Lichtstrahl in seiner Mittelachse zu spalten. Denn mit der achten Zeile wird in allen Klagelauten der Widerhall der fesselnden Ketten hörbar. Sie wurden nicht durch höhere Mächte auferlegt, sondern "im Kopf geschmiedet". Dort können, dort müssen sie gebrochen werden, wie schwer sie dem Blick, der ihnen standhält, auch erscheinen.

Kein schlechter Weggenosse, dieser William Blake, zwei Jahrhunderte nachdem er den Griffel angesetzt hat. Das mag auch Tuli Kupferberg gedacht haben, der New Yorker Rocksänger, der vor kurzem achtzig geworden ist, als er vor Jahren William Blakes sechzehn Zeilen gesungen hat. Nachhörenswert nicht nur wegen Blakes sondern auch wegen Tulis Botschaft.

Wenn ich jede gemietete Straße geh,
wo nah die gemietete Themse fließt,
und die Gesichter in Reihe seh',
in denen Schwäche mein Blick und Kummer liest,

dann hör ich bei Wehklag aus jedem Mund,
beim Angstschrei des Kinds, beim "Gott verbiet'!",
in jeder Stimme, zu jeder Stund'
die Handschellen, die im Kopf geglüht.

Der Schornsteinfeger hoch vom Dach,
wie sein Schrei die Kirchschatten schreckt,
und wie des Soldaten letztes "Ach"
mit Blut die Wand der Paläste fleckt.

Doch was auf Straßen um Mitternacht laut mich bedrängt,
ist, wie der jungen Hure Fluch
ihr Neugebor'nes verwünscht und tränkt
mit Seuchen der Ehe Totentuch.

(deutsch, 2003)

# Inhaltsverzeichnis


Editorial 3

**Prekarisierung**

»Im Kapitalismus ist jede Arbeit prekär«. Manche ist prekärer. 6

Prekarisierung und industrielle Reservearmee 8

**Krise des Kapitalismus**

The downward spiral 10

**Wilde Streiks?**

Schwierige Entfesselungsversuche 14

Streiks bei Ford 15

Oktober der Unzufriedenheit in Griechenland 19

»wildcats return with a roar...« Streikwelle in GB 20

Streik in Österreich und in der Schweiz 22

Ein Prost auf den ATM-Streik in Mailand! (C. Scarinzi) 23

**Lateinamerika**

Donnerrollen der Unzufriedenheit 26

Bolivien, Bush und Lateinamerika (I.Wallerstein) 27

Der Oktoberaufstand in Bolivien 30

Was bisher geschah ... 32

Lohnraub Soap, Teil 3 33

Elexir-A über ihre Arbeit zu Lohnraub 34

Boo-Fighter: Aus! Alltag eines scheidenden IT-Arbeiters 36

Was ist ein black bloc gegen einen Blackout? 38

Angst bei der Arbeit – Angst am Werk!

Ein LKW-Fahrer aus New York schaut sich um 40

**Fortsetzung Prekarisierung:**

Fortsetzung ... Prekarisierung und industrielle Reservearmee 43

Im Hamsterrad der Maßnahmen 45

Das sogenannte Normalarbeitsverhältnis heute 47

Das Praktikumsunwesen 48

Die Ich-AG-Blase 49

Interview mit einer Webdesignerin / Ich-AG 50

Prekäre Arbeitsverhältnisse 51

Interview mit einem Bauarbeiter / Ich-AG 52

»Wir haben es nicht eilig ...« Interview mit www.chefduzen.de 53

**Fortsetzung Krise**

Krise der Währungsunion (W. Bonefeld) 55

USA – Aufschwung oder Krise? (L. Goldner) 59

China und die USA in der Weltwirtschaft 63

Krise der Reproduktion der Arbeiterklasse 66


# Rolltreppen Busfahrer Schokolade

Seit mehr als zwölf Jahren hatte ich diese Rolltreppe von der U-Bahn zum Bus nicht mehr benutzt. Damals waren die Leute rechts *alle* gestanden, links ne knappe Hälfte. Heute laufen links *alle* und rechts steht nur noch ne Minderheit. Die Zeiten sind schneller geworden, keine Frage!

Bushaltestelle. Als der völlig überfüllte Bus endlich mit Verspätung eintrifft, steigen die meisten ein, darunter auch eine ältere Frau, die es nicht mehr geschafft hatte, einen Fahrschein zu kaufen; der Fahrer weigert sich loszufahren, solange sie an Bord ist, schreit sie schließlich an, bis sie weinend wieder aussteigt – niemand hat sich eingemischt.

Die Zeiten sind kälter geworden, *individuelle Selbstverwirklichung* oft nur ein schickeres Wort für Entsolidarisierung und soziale Feigheit. *Kommunikationszeitalter* das trügerischste *label* aller Zeiten für krasseste Kommunikationsunfähigkeit? Der »ganz normale Alltag« ist härter geworden, »Amtspersonen« wieder frecher.

Schneller, kälter, härter, frecher – klingt wie die promo für den hundertsten revival-Versuch dieser unsäglichen 80er Jahre Punkbands. Aber es ist heute nicht mehr die jugendliche Revolte, die frech und schnell und hart gegen die lahm gewordenen 70s anrotzt, heute passen diese Adjektive zu Rogowski-Reden: runter mit den Löhnen, Zähne und Rente selber versichern, weniger Arbeitslosen- und Sozialhilfe, mehr Maloche, Niedrigstlöhne für Langzeit-Arbeitslose usw. usw..

Zu den neuesten Arbeitsamts-Maßnahmen, Praktika und Ich-AGs haben wir ein paar Leute befragt. Ansonsten überspannt unser **Schwerpunkt zur Prekarisierung** der Arbeitsverhältnisse die letzten vierzig Jahre. Wir sehen ihn als Neu-Einstieg in die Debatte.

In **fear at work** beschreibt ein amerikanischer Arbeiter, wie die Bleikappe *Angst* über allem liegt: Sie ist überall am Werk, vor allem als Angst am bzw. um den flexibilisierten Arbeitsplatz. Leute, die nicht mehr sicher sein können, ihren Lebensstandard zu halten, kriegen Angst – und richten diese größtenteils gegen die anderen. Es wäre eine eigene Untersuchung wert, wie die Abschaffung der gemeinsamen Pausen zur Zunahme von Mobbing und Entsolidarisierung beigetragen hat.

Endlich! Die **Busfahrer in Italien** schlagen eine andere Richtung ein. Am 1. Dezember brach überraschend in Mailand ein wilder Streik aus, dann am 11. Dezember in Rom, am 15. Dezember in mehreren Städten Itali-

ens, schließlich am 17. ein wilder Streik von über 10 000 *Alitalia*-ArbeiterInnen in Rom. Wir haben den Artikel (S. 23-25) immer wieder upgedatet; bezeichnend, dass es in der BRD fast so eine Art Nachrichtensperre zu diesen Entwicklungen gab! Am 19. weiteten sich die Streiks der Busfahrer auf Savona, Neapel und Genua aus, das komplett lahmgelegt wurde. Am 20. war wieder Mailand an der Reihe – in der Nacht von Samstag auf Sonntag (20./21.12.) unterschrieben die großen Gewerkschaftsverbände einen Tarifvertrag, den die ArbeiterInnen für eine Frechheit halten. Gegen diesen Tarifvertrag gab es am Sonntag wilde Streiks in Rom, Mailand, Florenz, Brescia, Venedig und Padua. Die Reaktionen der Gegenseite wurden immer hysterischer: Bullen, Strafandrohungen. Alles bereitete sich auf den Montag, 22. Dezember vor. Als die ArbeiterInnen frühmorgens streikbereit zu den Depots kamen, wurden sie von Bullen und Gewerkschaftern empfangen. Die Gewerkschafter versuchten, vor allem die Zeitvertragler zur Arbeitsaufnahme zu erpressen: »Ihr wisst, wie hoch die Strafen sind! ...« Nun mußten wir aber definitiv in Druck gehen – während die compagni/e in Italien vor einem sehr harten Tag stehen, in dem alle Kampfmittel zum Einsatz kommen: wilder Streik, Bummelstreik (»Dienst nach Vorschrift«), Sabotage... – wir versprechen Euch umfassende Aufklärung in der nächsten *Wildcat* (derweilen lohnt es sich, auf indymedia den weiteren Verlauf zu verfolgen)! Daneben gibt es über **weitere Streiks** zu berichten, diesmal sogar in Österreich, der Schweiz und Deutschland! (S. 14-22)

Auf Reisen: Die **Beilage** ist das Ergebnis einer Reise zu einer **besetzten Kachelfabrik in Patagonien**, und Raúl, der seit zehn Jahren in dieser Fabrik arbeitet, war im November in Deutschland auf Rundreise. Auf den Veranstaltungen versuchte er seinem deutschen Publikum klarzumachen, dass auch bei ihnen in der Fabrik vor ein paar Jahren niemand geglaubt hätte, dass sie mal den Betrieb besetzen und zusammen mit arbeitslosen Piqueteros Straßen blockieren würden: *»Ich kriege hier immer zu hören 'Toll, was ihr da macht, aber hier in Deutschland geht sowas nicht, hier ist überhaupt nichts los.' Aber dann habe ich gehört, dass am 1. November in Berlin 100 000 Menschen demonstriert haben, und als wir nach Berlin kamen, zur Veranstaltung in der Uni, da war diese Uni besetzt. Dann sind wir nach Hamburg gefahren, da hatten die Arbeiter eines sozialen Projektes gerade ihren Laden besetzt, weil der geschlossen werden soll. Und in Köln haben sie mir erzählt, dass in dieser großen Autofabrik Ford, wo doch die Gewerkschaftsbürokratie angeblich alles so gut im Griff hat, vor kurzem in einer Abteilung zwei einhalb Tage lang wild gestreikt wurde... Wirklich nix los hier in Deutschland?«*

Die Demonstration von 100 000 Menschen am 1. November in Berlin, die Mobilisierungen an den Unis, die vielen – allerdings gewerkschaftlich »angeordneten« – Arbeitsniederlegungen, der wilde Streik bei Ford Köln ... zeigen, dass auch in der BRD das Klima von Angst und Passivität allmählich aufbricht.

Raúl betonte immer wieder, dass er die selbstverwaltete Kachelproduktion weder als exotisches Projekt aus dem fernen Lateinamerika präsentieren wolle, noch als Modell, sondern als Teil der weltweiten Klassenkämpfe. Die Besetzung einer so teuren Fabrik hat den Raum für enorme politische Prozesse geöffnet – aber sie ist keine Lösung. Die ArbeiterInnen von Zanon können nicht in einer Fabrik, wie auf einer Insel, eine andere Gesellschaft verwirklichen. Aber sie haben einen Anfang gemacht und gezeigt, was trotz verbreiteter Jammerei möglich ist.

**Stromausfälle** – man könnte den Zerfall der Infrastruktur natürlich an vielen anderen Stellen untersuchen – z.B. weisen die streikenden BusfahrerInnen in Italien immer wieder darauf hin, dass die Regierung nicht nur ihre Löhne und Arbeitsbedingungen massiv verschlech-

Indymedia: *»Die aktuellen Helden aller Unterdrückten im Land«*
streikende ATM-Arbeiter in Mailand

tert hat, sondern auch die ganze Infrastruktur des Öffentlichen Nahverkehrs kaputtgeht. Diese Entwicklung sehen wir uns anhand der Stromausfälle an – als Rückbezug auf das letzte Titelbild und weil den Artikel ein Genosse geschrieben hat, der selbst in dem Sektor arbeitet. (S. 38-39)

**Wir üben noch!**

Wir versuchen, ein **linksradikales Magazin** zu machen. Wir bemühen uns um eine breite Themenmischung; wo klar ist: nicht jede liest alles, aber viele finden was. Das erfordert dauernde Anstrengungen und Neu-Anläufe ... und ist uns diesmal weniger gut gelungen.

Zum Krieg in Afghanistan und im Irak haben wir zum Beispiel diesmal keinen Artikel, obwohl es sehr spannend ist, wie sich die Lage dort entwickelt. Im Irak gab es nach dem Sturz Saddams eine Fülle von Demos, Streiks usw.. Die Realität dieser sozialen Bewegungen wird hinter dem Terror und Gegenterror, medialen Truthähnen und Festnahmen in Kellerlöchern versteckt – ihr wollen wir uns im nächsten Heft zuwenden. Derweilen stecken die USA im Irak auch in großen *militärischen* Schwierigkeiten. Das sagt General McCaffrey, Professor in West Point; im Golfkrieg 1991 führte er die 24. Mechanisierte Infanteriedivision: »Der Irak ist eine militärische und politische Katastrophe ohne Aussicht auf Besserung... Die US Army ist bis zum Zerbrechen überdehnt ... die US-Streitkräfte im Irak werden in einen Abwärtssog hineingetrieben...« (*Wall Street Journal* 28.11.2003)

»*Magazin*« heißt auch, es kann durchaus mal in einem Artikel ein Bezug hergestellt werden, den nicht alle kapieren – manche wissen was gemeint ist, andere nicht. Wir versuchen natürlich drauf zu achten, dass die Artikel von allen LeserInnen *verstanden* werden können. Aber es wäre öde und langweilig, Artikel so zu schreiben, dass jede/r jede Anspielung versteht. Was anderes sind Bezüge zwischen den Heften. Die Marginalspalte benutzen wir als linkliste und Hinweisraum. Wir bemühen uns so zu schreiben, dass es sich auch nach einem Jahr noch lohnt, einen Artikel nachzuschlagen. Und wir versuchen, die Hefte und die Artikel aufeinander aufzubauen.

Die Beliebigkeit bestimmter *Life style* Magazine wollen wir sicher nicht. In »authentischem Gedöhns« wollen wir uns auch nicht wälzen. Bleibt ein Schreibstil, der sich an Brechts V-Effekt anlehnt - »wir machen jetzt gleich folgendes – was denkt Ihr dazu?«

Und eigentlich sollen es nicht mehr als 80 Seiten pro Heft sein, mit der Beilage sind es diesmal aber 100... Habt Nachsicht und Geduld!

**Trendwende?**

Die Börse in Frankfurt schließt wieder früher. Die sinnlose Beschleunigung von allem und jedem, in die uns ein untergehendes Gesellschaftssystem seit den 90er Jahren zu treiben versucht, stößt an Grenzen. Grenzen allerorten (siehe die Artikel zur **Krise** und zu **Lateinamerika/Bolivien**).

Wenn die Unternehmer sagen, »auf Zeit werden wir nicht setzen können« (**S.37**), und die ArbeiterInnen sagen, »wir haben es nicht eilig« (**S. 54**), dann stimmen die Koordinaten wieder: **Die Zeit arbeitet für uns!**

Kurz vor Weihnachten entdeckte ich dann auch eine neue **Rolltreppentaktik**: Leute hatten ihre Einkaufswagen quer gestellt, damit die Rennereien aufhören – und dann konnten sie sich ganz gemütlich unterhalten.

PS: Wir haben Schokolade aus der Schweiz geschickt gekriegt! Die Zeiten werden auch wieder süßer!!

Das Titelbild ist aus dem Mai 68 in Paris – wir dachten, das dürfen wir, anlässlich der ***Wildcat 68***!

## »Im Kapitalismus ist jede Arbeit prekär...«

# Manche ist prekärer.

Prekäre Arbeitsverhältnisse und die vielfältigen Kämpfe in und gegen diese Verhältnisse sind ein zentrales Thema von Wildcat seit 1979. Wir haben befristete, nicht abgesicherte oder Teilzeit-Arbeit immer in ihrer Widersprüchlichkeit betrachtet: als Versuch des Kapitals, die Starrheit der Löhne nach unten und der Beschäftigungsverhältnisse überhaupt anzugreifen, aber auch als Bedürfnis nach weniger Arbeit und mehr frei verfügbarer Zeit auf Seiten der Klasse.

Zu Beginn der 80er Jahre entstanden in der BRD zahlreiche »Jobber-Gruppen«, die ihre eigenen Arbeitsbedingungen als unständig Beschäftigte zum Thema machten und versuchten, den »Kampf gegen die Arbeit« auch politisch zu fassen. In Italien (und anderen Ländern) organisierten sich zur selben Zeit »Prekäre«: Aushilfslehrer, die eine Festeinstellung wollten (ein paar Jahre später hatten sie die auch), Jobber bei Sklavenhändlern, bei Messen, bei der Volkszählung, die durch Streiks, Sabotage und Blockadeaktionen bessere Bedingungen durchsetzen konnten. Heute reden viel mehr Leute von Prekarisierung. Aber es ist kein Kampfbegriff mehr, sondern bewegt sich zwischen Schönreden der Vergangenheit (Fordismus = stabil, Neoliberalismus = prekär) und gewerkschaftlicher Betreuung der »Betroffenen«.

Es ist an der Zeit, alle Erfahrungen nochmal durchzugehen und vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen das Kampfterrain neu abzustecken.

---

Die Agenda 2010 ist ein Angriff auf die Lebensbedingungen der gesamten Klasse und verschärft gleichzeitig die Klassenspaltung: Steuererleichterungen nutzen nur denen, die viel Steuern bezahlen. Wer wenig verdient, bekommt nichts. Wer lange arbeitslos ist, soll Niedriglohn und Minijobs akzeptieren.

Die breite Angriffswelle des Schröder-Regimes ist eine weitere Station im **Stellungskrieg** seit fast dreißig Jahren. Von den groß angelegten Kürzungsmaßnahmen der Regierung Schmidt (»Operation 82«) bis zur Agenda 2010 sind immerhin über zwanzig Jahre vergangen. Und die diversen Scharfmacher auf der anderen Seite haben auf ihre Art Recht: Auch nach dem 1. Januar 2004 ist die soziale Absicherung in der BRD für einen arbeitslosen Süd- oder Ost-Europäer traumhaft; nach wie vor sind die Löhne und Arbeitsbedingungen bei VW deutlich besser als die bei Fiat; usw.. Aber die rot-grüne Regierung hat nun entscheidende Schritte unternommen: Die Arbeitslosenhilfe funktioniert nicht mehr als informeller Mindestlohn.

Der folgende Artikel grenzt das Thema »Prekarisierung« bewusst ein und versucht, ohne modische Schnörkel auf den Kern zu kommen: *Prekarisierung ist ein Angriff nicht nur auf die Verfügungsmacht der einzelnen Arbeiterin, des einzelnen Arbeiters über ihre Arbeitsleistung, sondern ein Angriff auf die Dispositionsmacht der* ***Klasse*** *über ihr Arbeitsvermögen im Kampf mit dem Kapital.*

Auf den ersten Blick klingt das absurd: der Arbeiter oder Angestellte im unbefristeten Job, fünf Tage die Woche, habe mehr »Dispositionsmacht« als der Selbständige in seiner Ich-AG? Wie bitte? Wildcat beschwört das Normalarbeitsverhältnis? Mitnichten. Zu diesen Verhältnissen, die weder rosig waren, noch für alle galten, führt kein Weg zurück. Es wäre allerdings politisch fatal, den Boom an *neuer Selbständigkeit*, *Ich-AGs* usw. als »Kreativität der Multitude«, »Befreiung der immateriellen Arbeit« oder ähnlichen Schabernack fehlzuinterpretieren! Er ist etwas anderes als die breite soziale Bewegung, die seit den 70er Jahren für ein anderes Leben – ohne und gegen kapitalistische Arbeit entstand. Diese entwickelte sich vor dem Hintergrund von Klassenkämpfen in allen gesellschaftlichen Bereichen und einer im europäischen Vergleich substanziellen sozialstaatlichen Absicherung.

Die »neue Selbständigkeit« heute ist meist alles andere als freiwillig. Bei fünf Millionen Arbeitslosen und immer neuen **Maßnahmen** zur Förderung der Arbeitsaufnahme »entscheiden« sich vie-

UPS war einer der Vorreiter dabei, Arbeitsverhältnisse zu deregulieren.

tät der Multitude«, »Befreiung der immateriellen Arbeit« oder ähnlichen Schabernack fehlzuinterpretieren! Er ist etwas anderes als die breite soziale Bewegung, die seit den 70er Jahren für ein anderes Leben – ohne und gegen kapitalistische Arbeit entstand. Diese entwickelte sich vor dem Hintergrund von Klassenkämpfen in allen gesellschaftlichen Bereichen und einer im europäischen Vergleich substanziellen sozialstaatlichen Absicherung.

Die »neue Selbständigkeit« heute ist meist alles andere als freiwillig. Bei fünf Millionen Arbeitslosen und immer neuen **Maßnahmen** zur Förderung der Arbeitsaufnahme »entscheiden« sich viele Erwerbslose deshalb für eine Ich-AG, weil sie den Druck vom Amt nicht mehr aushalten, und weil 600 Euro (minus Sozialversicherungsbeiträge) im Monat immer noch besser sind als ein unbezahltes **Praktikum**. Die meisten jagen hinter Aufträgen her, haben niemals Urlaub und können beim ersten großen Fehler bankrott gehen. »Vielleicht sollten wir uns in einem Jahr nochmal unterhalten«, heißt es in einem der Interviews – dann nämlich, wenn ein Teil dieser **Ich-AG**s wieder beim Arbeitsamt sitzt. Zu diesen drei Bereichen (Arbeitsamts-Maßnahmen, Praktikum, Ich-AG) haben wir Interviews und Berichte gesammelt.

Im letzten Heft waren schon Berichte über Arbeitsamtsmaßnahmen sowohl aus Sicht der ihnen ausgesetzten TeilnehmerInnen als auch aus Sicht der dort Arbeitenden. Im nächsten Heft wollen wir den Schwerpunkt auf prekäre Jobs legen, z.B. sogenannte Mini-Jobs, Leiharbeit, befristete Jobs und die breite Palette der »Arbeit ohne Papiere«. Bitte schickt uns Eure Erlebnisse, Anekdoten, Flugis, Spuckies, Erzählungen und Streikberichte! Vielleicht melden sich ja auch mal Leute, die beim Arbeitsamt selber arbeiten? In einem der Berichte, die nicht mehr ins Heft passten **(danke an alle, die uns mit ihren Berichten und Interviews den Blick geschärft haben!)**, wird ein Arbeitsamtsbeschäftigter zitiert: »Er meinte, in der heutigen Zeit müssen wir uns alle umorientieren und flexibel sein, er hätte auch bereits in den verschiedensten Branchen, z.B. als Bauleiter gearbeitet, aber mit der Krise brächen viele Möglichkeiten weg. Der Job beim Arbeitsamt sei auch nicht sein Traum, außerdem bekämen die Arbeitsvermittler viel Druck von oben und müssten Erfolge vorweisen ...«

Gegen die immer weitere Ausdifferenzierung der Löhne und Bedingungen zwischen »Stammbelegschaften« und prekärem Rand haben sich bisher keine gemeinsamen Kämpfe entwickelt. Haben die »Daimler-ArbeiterInnen« verstanden, dass der Angriff auf alle zielt? Oder wirkt der Schachzug, die »Tarifautonomie« als einzigen Punkt im »Reformpaket« auszusparen? Vertieft sich die Klassenspaltung – oder geht jetzt wieder mehr zusammen? Wie geht es weiter? In den letzten Monaten sind Prozesse in Gang gekommen, die über das »gewerkschaftliche Einbunkern« einerseits, das Jammern über den »Abbau des Sozialstaats« andererseits hinausweisen.

Im Wildcat-Zirkular Nr. 48/49, März 1999 lag die Broschüre *›Dole Autonomy‹ gegen die Wiederdurchsetzung der Arbeit,* in der GenossInnen aus Großbritannnien genau über solche Erfahrungen berichteten: wie kann der Kampf von Arbeitslosen und Beschäftigten auf dem Arbeitsamt zusammen gehen?

Eine richtig gute Möglichkeit, über Erfahrungen zu berichten, sich mit Leuten in der selben Situation auszutauschen, und über gemeinsamen Widerstand und Kampf zu diskutieren, bietet übrigens auch die Website **www.chefduzen.de** (mehr dazu im Interview S. 53) ■

# Prekarisierung und industrielle Reservearmee

Von Prekarisierung ist im letzten Jahrzehnt viel die Rede gewesen. Gemeint war die Ausbreitung eines neuen Typs von Arbeitsverhältnissen, der im Vergleich zu einem *vorgestellten* »Normalarbeitsverhältnis« deutlich schlechter ausgestattet ist. Dies betrifft – in beliebiger Zusammensetzung – das Niveau der Absicherung im Sinne des Kündigungsschutzes, die vorgesehene Dauer des Arbeitsverhältnisses, seine Ausstattung mit Rechten aus der gesetzlichen Sozialversicherung, der Kranken-, der Unfall-, der Rentenversicherung. Und zum üblichen Bild der Prekarisierung gehört, dass diese Nachteile gegenüber den Normalarbeitsverhältnissen nicht durch höheren Lohn ausgeglichen werden, besonders wenn man fehlende besondere Urlaubsvergütungen, Weihnachtsgeld und verwandte Elemente der Sonderausstattung des Normalarbeitsverhältnisses in den Vergleich miteinbezieht. Allerdings zielt der Angriff nicht in erster Linie auf den *Nettolohn*, sondern eben auf die Zusätze, die ihn ergänzen, auf den »indirekten Lohn«, die »Lohnnebenkosten« in der Sprache des Kapitals.

## Zwanzig Jahre Ringen um mehr Lohn

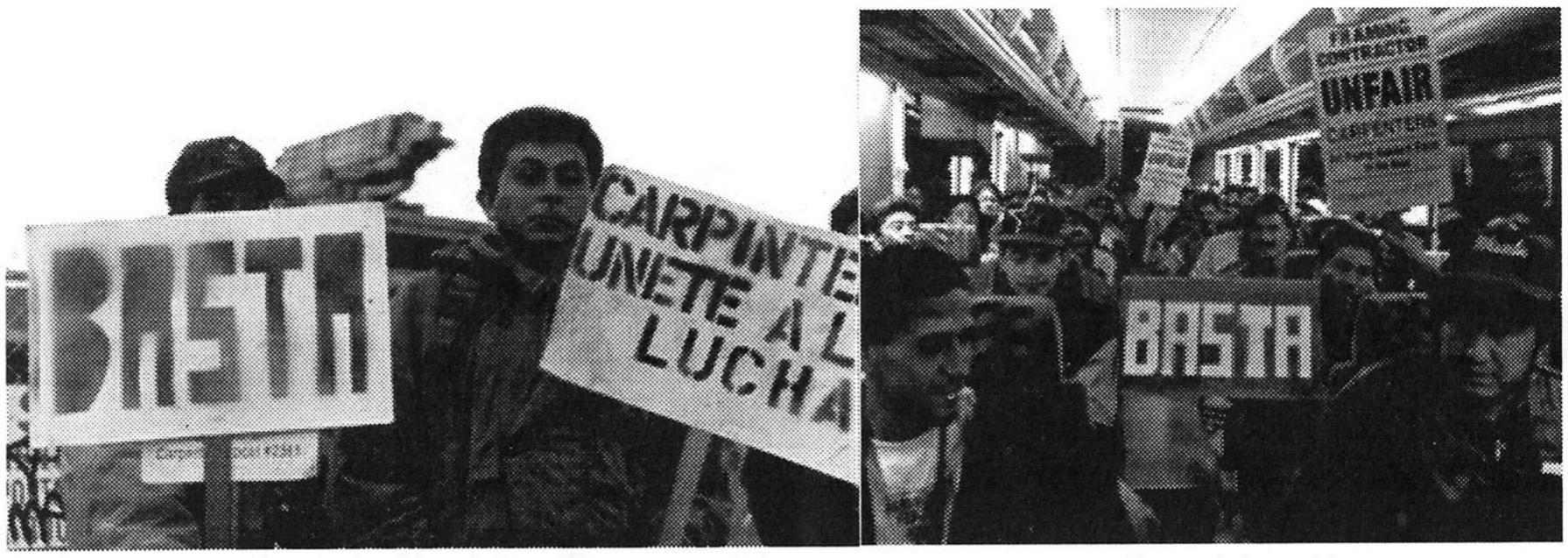
Wo gestrichen werden soll, muss erst einmal etwas vorhanden sein. Tatsächlich greift »Prekarisierung« die Arbeitsbedingungen vor dem Hintergrund von Erfolgen der Arbeiterinnen und Arbeiter an, die in wenig mehr als zwanzig Jahren eine vorher schlichtweg undenkbare Verbesserung ihrer Lage erreicht hatten. Konnte ein angelernter Arbeiter um 1950 für einen halben Stundenlohn gerade ein Pfund Brot kaufen und für zwanzig Stundenlöhne ein Paar Schuhe, so erlaubte um 1970 sein Lohn ihm selbst und seiner Familie nicht nur hochwertige Ernährung und das Ersetzen verschlissener Kleidung. Zur normalen Ausstattung seines Haushalts gehörten Kühlschrank, automatische Waschmaschine und wenige Jahre später auch ein Auto. Der Erwerb von bescheidenem Eigentum war in greifbare Nähe gerückt. Wer Facharbeiter war, dem stand mehr offen: Urlaub im Süden, Eigenheim, eine bessere Ausbildung für die Kinder.

Der in weniger als einer einzigen Generation erreichte Aufstieg aus hundert Jahren Elend war umso eindrucksvoller, als er mit wichtigen Absicherungen der Arbeiterexistenz einher ging, aus denen sich für uns das *Bild* des »Sozialstaats« zusammensetzt: Gesetzliche Krankenversicherung mit ernsthaften Leistungen, Lohnfortzahlung bei Krankheit, Versicherung gegen Verlust der Arbeitskraft durch Unfall, Versicherung gegen einen Großteil der Einkommensverluste bei Arbeitslosigkeit, Sicherung des Alterseinkommens durch Rente. All das war nicht geschenkt worden. Zähe Streiks in den 50ern, eiserne Solidarität im Fabrikregime der 60er Jahre hatten Früchte getragen.

## Kein Fußbreit Boden wird geräumt

Wo etwas genommen werden soll, muss jemand sein, der es sich nehmen lässt. Seit dem Beginn der Rekonstruktionsphase nach dem 2. Weltkrieg und bis in die 70er Jahre hinein war das Volumen der westdeutschen Wirtschaft – zunächst mitbedingt durch die im internationalen Vergleich niedrigen Arbeitskosten – unentwegt gewachsen. Entsprechend groß war der Hunger der Unternehmen nach verfügbarer Arbeitskraft. Sie wurde in erster Linie bei den im Land lebenden Arbeiterinnen und Arbeitern mobilisiert, durch ausgedehnte Arbeitszeiten, die bei sinkender Regelarbeitszeit entsprechend hoch zu entlohnen waren. Um den so entstehenden Kostendruck zu mindern, setzten die Unternehmen aber schon frühzeitig auf den Einsatz von ca. 10 Millionen Flüchtlingen und im Ausland angeworbenen »Gastarbeitern«.

Die sich ständig erweiternden Wachstumsgrenzen ebenso wie die geringe Neigung der zugewanderten Arbeiter, sich billiger als die inländischen Arbeiter zu verkaufen, machten jedoch allen Hoffnungen auf Kostensenkung einen Strich durch die Rechnung. Bis vor zwanzig Jahren gab es in Westdeutschland bei Arbeiterinnen und Arbeitern keine erkennbare Bereitschaft, auf irgendein positives Ausstattungsmerkmal ihrer Arbeit zu verzichten –




keine Nachgiebigkeit bei Lohn, bei Urlaub, bei Versicherungsansprüchen. Die betriebliche Zulage war in allen Bereichen der Regelfall. Dabei musste der Fächer der Gegenleistungen für die Hergabe der Arbeitskraft nicht von jedem einzelnen Arbeiter durchgesetzt werden. Lohn und Arbeitsbedingungen waren weithin durch Betriebsvereinbarungen, Tarifverträge und Gesetze geregelt. Sie erschienen in der Form »verbriefter Rechte«, auf die ein natürlicher, wenn nicht sogar unumstößlicher Anspruch zu bestehen schien.

### Ausbeutung 1. und 2. Klasse

Das alles änderte sich im Lauf des Krisenjahrzehnts, das in die 80er Jahre hineinführt. Nun gab es Arbeitslose in Millionenzahl, nun gab es »Problemgruppen« – Langzeitarbeitslose, Jugendliche, Ungelernte. In dieser Zeit wurde es üblich, die »hohen Arbeitskosten« in Deutschland West, und damit die Arbeiterinnen und Arbeiter selbst für die Krise der Kapitalverwertung verantwortlich zu machen.

Zum ersten Mal zeigte ein gesäter Spaltpilz Wirkung: Der trügerische Gedanke, dass die Arbeitskosten wirklich oft zu hoch seien und dass manche sich deswegen eben billiger verkaufen müssten, manche auf volle Ausstattung mit Sicherheit verzichten sollten, wurde von der Boulevardpresse und den Fernsehprogrammen täglich millionenfach zur selbstverständlichen Wahrheit erklärt. Die Lüge konnte auch deswegen wirksam werden, weil die Gewerkschaften, die bei den Arbeitern wegen ihrer instrumentellen Rolle bei der Sicherung der Entlohnungsfortschritte für wichtig gehalten wurden, die Legalität gesetzlicher Neuregelungen respektierten, die auf Verflüssigung und Verbilligung der Arbeitskraft abzielten. Noch zehn Jahre zuvor undenkbar, tauchten ab Mitte der 80er Jahre in den Betrieben des Landes neben so genannten »Stammbelegschaften« »prekäre« Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, Leiharbeiter, Subunternehmer mit extern bezahltem Personal auf.

### Die Abkehr vom Regelarbeitsverhältnis: viele Motoren – viele Bremssysteme

Ab Mitte der 80er Jahre arbeiteten Unternehmer, Parteien und Staat nur noch an der Ausdifferenzierung und Verbreiterung dieses »zweiten Arbeitsmarkts«. Das Unternehmen ging jedoch durchaus nicht mit der gewünschten Geschwindigkeit vonstatten. Zu viele Arbeiter rochen den Braten, und spätestens nach der ersten Bekanntschaft mit der Arbeitslosigkeit im Krisenkapitalismus wussten sie, was sie keinesfalls wollten, nämlich eine Minderung ihrer Ansprüche, ihre Entrechtung am Arbeitsplatz, den Verlust der sozialen Absicherung.

Die Geschichte geriet aber noch von einer anderen Seite her in die Zange. Schon frühzeitig, lange vor dem Einbruch der ersten größeren Krise, hatten die Arbeiter in der BRD die Chancen entdeckt, die in einer ausreichenden Absicherung des Arbeitsverhältnisses gegen die Wechselfälle des Alltags liegen, gegen Krankheit, gegen Arbeitslosigkeit, aber auch gegen die Nachwirkungen eines Wochenendes, das den Namen verdient. Solche Absicherung machte es möglich, wenigstens für einen Teil der immer noch unbezahlten Arbeitsleistung Ausgleich zu schaffen: Durch Krankfeiern, Blaumachen, aktive Karriereplanung unter Einschluss von Arbeitslosigkeit. Etwas anderes trat hinzu.

Politisch hatten sich die Koordinaten etwa Mitte der 70er Jahre verändert: Streikbewegungen, unübersichtlich zusammengesetzt aus gewerkschaftlichen und aus wilden Streiks, hatten die Fortsetzung der sozialfriedlichen Verhältnisse in Westdeutschland unwahrscheinlich gemacht. Die Energieversorgung der Industrieländer war durch die »Ölkrise« in Frage gestellt worden, die Umweltzerstörung durch »ungehemmtes Wachstum« der Industrieproduktion unter Kritik geraten. Die Vereinigten Staaten hatten mit dem Putsch in Chile die weltweit verbreiteten Hoffnungen auf einen friedlichen Übergang zum Sozialismus vom Tisch gefegt.

*Fortsetzung S. 43...*

# the downward spiral

### Der »lahme Boom«

Wir wollen Euch diesmal nicht mit weiterem *Material* zur Krise beschallen, unsere Einschätzungen im letzten Heft halten stand. Der aktuelle »Konjunkturaufschwung« hängt am schuldenfinanzierten Konsum der »US-Verbraucher« und ist bedroht von »deutlichen wirtschaftlichen Ungleichgewichten in den USA« und der »weltweit üppigen Liquidität« – so der Befund der Deutschen Bundesbank Mitte Dezember. Für die BRD sagt das *ifo*-Institut für 2004 einen »lahmen Boom« und real weiter steigende Arbeitslosigkeit voraus. De facto werde es 2004 einen weiteren Beschäftigungsabbau um 170 000 Personen geben; durch »statistische Bereinigungen« werde die offizielle Arbeitslosigkeit – die real bei etwa 7,5 Millionen liege - auf 4,3 Millionen gedrückt werden können. Dafür müssen die Schikanen gegen Arbeitslose und die Kürzungen an den Sozialleistungen weiter verschärft werden. Und die Hälse der Bundestags- und Bundesrats-Sesselfurzer waren noch ganz warm vom Durchnicken des härtesten sozialen Kürzungspakets seit Bestehen der BRD, als schon Stimmen laut wurden, das gehe nicht weit genug.

Die Arbeitshetze steigt weiter, Angriffe auf Lohn und Arbeitsbedingungen nehmen zu, nach dem Öffentlichen Dienst und verschiedenen Dienstleistungsbranchen ist nun auch die Industrie mit realen Lohnkürzungen dran (Bosch, Metabo).

Aber warum führt der verschärfte Klassenkampf von oben nur zu einem »lahmen Boom«? Im Folgenden wollen wir im historischen Rückblick die Dynamiken der Krise verständlicher machen; danach richten wir den Blick auf die drei Kernregionen des Weltkapitalismus: Werner Bonefeld schreibt zum Ende des europäischen Stabilitätspakts, Loren Goldner zum angeblichen Aufschwung in den USA. Wir selber haben uns nochmal die Boomregion Südost-Asien und ihr gespanntes Verhältnis zu den USA angeguckt.

Das Ende des europäischen Stabilitätspakts, die »Krise der EU« – so die These Werner Bonefelds – ist die verrückte Form, in der sich die Macht der europäischen Arbeiterklasse ausdrückt. Die USA hängen am Tropf der Kapitalzuflüsse von außen. Nach dem Zusammenbruch der Aktienblase fließen diese vor allem in US-amerikanische Staatsanleihen. Der US-amerikanische Staat ist das Scharnier zwischen Kapitalzuflüssen, extremer Verschuldung der US-Firmen und US-Konsumenten, er recyclet die Kapitalströme in Steuergeschenke an die Reichen und extrem hochgefahrene Rüstungsausgaben – via massiver Haushaltsschulden. Deshalb haben die »außenpolitischen Aktivitäten« dieses Staats (Irak-Krieg, Handelskrieg mit China und Europa ...) unmittelbare »ökonomische« Bedeutung. Was als Konkurrenz zwischen Staaten erscheint, entpuppt sich (z.B. im Falle Chinas) als Angst vor dem Klassenkampf. Es geht uns nicht darum, die »internationalen Beziehungen« zu interpretieren, sondern wir wollen aufzeigen, wie hinter der »Außenpolitik« die »Innenpolitik« steckt. Wir wollen die Kämpfe gegen das Kapital besser sichtbar machen, und so ein bisschen dazu beitragen, dass sie zirkulieren.

Im nächsten Heft werden wir genauer auf die Situation in China eingehen und uns näher mit dem Zusammenhang von Krise und Krieg beschäftigen.

### Mythen des »Fordismus«

Der Fordismus war einerseits die Ausweitung der Serienproduktion dauerhafter Konsumgüter *ohne Arbeiterklasse im traditionellen Sinn* – des berufsstolzen Facharbeiters und der Arbeiterklasse als »Lager« mit eigenen Männerchören, Turn- und Taubenzüchtervereinen. Der männliche Fließbandarbeiter mit Frau und Kleinfamilie ist nichts »Natürliches«: er musste erzeugt werden. Man kann am historischen Beispiel der Autofabrik von Ford genauestens studieren, dass dazu eine neue Art von Arbeitsdisziplin und Sozialwohnungsbau genau so gehörte wie die Durchsetzung einer Kleinfamilie, geschlechtlicher Aufteilung der Arbeit... sogar Moral und Hygiene wurden überwacht. Dass diese Familie über einen Kühlschrank, Zentralheizung und ein Auto verfügt, war hingegen zunächst nicht vorgesehen, sondern Resultat von Kämpfen. Seit-

her sicherten Lohnfortzahlung, Arbeitslosengeld, Rente, Kündigungsschutz usw. den Proleten über den Tag hinaus ab.

Die FließbandarbeiterInnen waren in aller Regel Leute vom Land, Arbeiter in der ersten Generation (die Ingenieure nannten das Fließband »Bauerngeschirr«). Ihre Kinder wurden nicht mehr (Fließband-)Arbeiter, sondern mindestens Facharbeiter, öfter aber Angestellte, oder konnten sogar studieren.

Deshalb braucht diese Klasse(nzusammensetzung), um sich zu reproduzieren, den ständigen Zustrom von »Bauern«. Diese wurden einerseits durch die Rationalisierung der Landwirtschaft in die Industrie »freigesetzt«. Es waren zweitens ImmigrantInnen. Bis in die frühen 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts waren die Fließbänder – neben dem Hoch- und Tiefbau – das hauptsächliche Ziel von Arbeitsmigration.[1]

Die 50er Jahre des 20. Jahrhunderts waren eine Zeit heftigster sozialer Veränderungen. In der BRD wurden 1950 noch 1,15 Millionen »Arbeitnehmer in der Land- und Fortwirtschaft« gezählt plus vier Millionen mithelfende Familienangehörige. Das hatte sich bis 1977 auf 0,24 plus 1,4 Millionen verringert. Gleichzeitig stieg die Zahl der in der Industrie Beschäftigten von 8,4 Millionen 1950 auf 13 Millionen 1970. Hohe Löhne wurden erst in den 70er Jahren erkämpft; das westdeutsche Wirtschaftswunder der 50er Jahre basierte auf Industriearbeiterlöhnen von unter einer bis maximal zwei Mark!

Immigration war auch immer wichtig für die Finanzierung der Sozialsysteme. Die »Gastarbeiter« zahlten wesentlich mehr in Renten- und Krankenversicherung ein, als sie zurückbekamen. Zweitens haben die ImmigrantInnen und die vom Land in die Industrie gekommenen die Alterspyramide sehr günstig gestaltet. Renten- und Arbeitslosenversicherung erwirtschafteten so große Überschüsse, dass z.B. in den 60er Jahren Straßenbau-Projekte damit finanziert wurden.

Das ganze Gefüge von schneller Ausweitung der Lohnarbeit, Schichtung der Arbeiterklasse, Konsumweise, Geschlechtermodell (Kleinfamilie), extrem schneller Zunahme des Lebensstandards usw. ist um eine ganz bestimmte Produktionsweise herum zentriert (extreme Arbeitsteilung, massiver Kapitaleinsatz, große Fabriken): die Explosion der Produktivität der Fabrikarbeit ist die kapitalistische Grundlage dieses sozialen Gefüges.

Angesichts der Verwüstungen, die ein inzwischen 30jähriger Krieg von oben in den Klassenverhältnissen ausgelöst hat, ganz verständlich – aber politisch fatal – ist die Nostalgie nach dem *golden age* des Kapitalismus. Dahinter stecken viele falsche Vorstellungen (die Phase war nicht so lang, sie war nicht so golden, sie galt nicht für alle usw.) und eine zentrale Verwechslung: weder hat der Sozialstaat die Arbeiterklasse produziert, noch haben die ArbeiterInnen »den Sozialstaat« erkämpft! Er war die *Reaktion* auf ihre Kämpfe, der Versuch, sie von neuem einzufangen und produktiv einzuschließen. Und was ist gemeint, wenn heute das Verschwinden der Arbeiterklasse beklagt wird? Weltweit gibt es so viele IndustriearbeiterInnen wie noch nie in der Geschichte. Das kann also nicht gemeint sein. Die Feststellung aber, die Arbeiterklasse bilde kein »Lager« mehr mit eigener Kultur und eigenen Wertvorstellungen, hat Kracauer in den 20ern und Adorno Ende der 30er Jahre bereits getroffen. Das hängt *auch* mit einer Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse nach Branchen zusammen, Bergarbeiter verloren deutlich an Gewicht, Autoarbeiter legten zu. Und deren *communities* waren nichts über Generationen hinweg Gewachsenes, sie wurden durch Migration, Familienpolitik, Städtebau- und Wohnungspolitik erzeugt bzw. auch immer wieder zerstört, ihre Musik war in den letzten Jahrzehnten eher Rock'n Roll, Jimi Hendrix, Iron Butterfly als Schalmeienkapellen. Jugendsubkulturen, die wie z.B. die Skinheads versuchten, die Arbeiter-Community neu zu erfinden und gegen die »feindliche Außenwelt« zu verteidigen, waren auf der Suche nach der Vergangenheit.

Jeder Nostalgie zum Trotz war das *»goldene Zeitalter«* des Kapitalismus kein stabiles Modell, sondern ein sehr instabiles historisches Durchgangsstadium. Der weltwirtschaftliche Rahmen, das

[1] Weder »Fordismus« noch »Keynesianismus / New Deal« waren *Modelle*, die den ArbeiterInnen von oben bessere Lebensbedingungen gebracht hätten. Ferruccio Gambino wies darauf hin, daß man von zwei »Fordismen« sprechen müsse, denn der Fordismus der 20er Jahre war etwas ganz anderes als das, was heute unter diesem Begriff gehandelt wird. Ein Lebensstandard, wo die Arbeiterfamilie Zugang zu dauerhaften Konsumgütern wie Fernseher, Auto usw. hat, und wo der Lohn des männlichen Familienvorstands in der Regel dafür ausreicht, war in der BRD erst Mitte der 70er Jahre erreicht – und wird seither massiv angegriffen! Außerdem entstand dieser Lebensstandard aus Klassenkämpfen. Die Kämpfe der US-amerikanischen Autoarbeiter zwischen der Streikwelle bei GM (1936) und bei Ford (1944) haben den Sozialstaat durchgesetzt (Recht auf gewerkschaftliche Organisierung, Lohnfortzahlung, Kündigungsschutz, Renten usw.). Die weltweiten Kämpfe Ende der 60er haben diesen Lebensstandard mit Fernseher, Zentralheizung und Auto auf die Arbeiterklasse im industrialisierten Westen ausgeweitet. Siehe: *Der Fordismus der Postfordisten Ferruccio Gambinos Kritik am Postfordismus-Begriff der Regulationsschule* im letzten Heft; oder ausführlicher:

*http://www.wildcat-www.de/zirkular/28/z28fordi.htm*

Abkommen von Bretton Woods, war keine »stabile Weltwirtschaftsordnung«, sondern ein fauler Kompromiss.[2] Die USA setzten ihre Interessen gegen den Entwurf von Keynes durch, der eher die Interessen des globalen Gesamtkapitals umzusetzen versuchte, und machten den Dollar zur internationalen Leitwährung. Sie waren dazu in der Lage, weil ihre Produktivitätsentwicklung in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts einsam dastand. Aber seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre verlangsamte sich diese Produktivitätsentwicklung, und das Außenhandelsdefizit wuchs: sie bezahlten dieses Defizit mit Dollars, die sich dann weltweit ansammelten bzw. zirkulierten. Bretton Woods geriet damit immer weiter in die Schieflage. Anfang der 70er Jahre löste die US-Regierung den Dollar von seiner Goldbindung und gab seinen Wechselkurs frei. Seither hängt der Kurs des Dollars daran, wieviel »Vertrauen die internationalen Finanzmärkte« zur Politik der US-Regierung, in die Weisheit der amerikanischen Zentralbank und in die Macht des US-Militärs haben. Auf dieser – brüchigen – Basis dominieren die USA nach wie vor das kapitalistische Weltsystem und kaufen mit ihren Handelsbilanzdefiziten die Waren der ganzen Welt, speziell der »Export-Ökonomien« BRD, Japan, China.[3]

Das wichtigste Argument aber gegen jede Nostalgie: die Arbeiterklasse selbst hat den Fordismus in die Krise gebracht – auch deswegen gibt es keinen Weg zurück.

### Die revolutionäre Bewegung 1968/69

Die offizielle Arbeiterbewegung hatte lange auf die »fordistische Klassenzusammensetzung« herabgeschaut: diese Leute hatten keinen »richtigen« Beruf, waren oft Einwanderer, hatten kein »Klassenbewusstsein«. Und auch die »Neue Linke« war diesbezüglich so neu nicht; noch in den 60er Jahren tobte eine heftige Debatte darüber, ob man einen Arbeiter mit Kühlschrank noch als Arbeiter ansehen könne, ob er nicht »Mittelschicht« geworden sei. Für die einen hatten diese Arbeiter zu wenig Klassenbewusstsein, für die anderen waren sie zu konsumistisch. Für die Revolution schienen diese Leute jedenfalls nicht zu taugen. Aber Ende der 60er Jahre explodierte genau diese Klassenzusammensetzung: Die ArbeiterInnen revoltierten gegen die Arbeit, StudentInnen demonstrierten gegen den Vietnamkrieg, die Universitäten und überhaupt gegen »das System«, Jugendliche besetzten Häuser, Frauen erkämpften sich ein eigenes Einkommen. Die weltweite revolutionäre Bewegung von 1968 ff. hat – im Gegensatz etwa zu sozialistischen Vorstellungen oder Skinhead-Kulturen – nach vorne gewirkt: Das erste Interesse des Arbeiters ist es, nicht mehr Arbeiter zu sein!

Die fordistische Kleinfamilie kam auf allen Ebenen in die Krise: Mehr Lohn – weniger Arbeit in der Fabrik; die Frauen weigern sich, so früh und so viele Kinder zu kriegen; die Familie wird nicht mehr als höchster moralischer Wert gesehen; die Frauen-«Leichtlohngruppen« werden weggekämpft; das Lohnniveau gleicht sich an, Spaltungen nehmen ab; in einer allgemeinen Politisierung der Gesellschaft entstehen stärkere und größere soziale Zusammenhänge: Bürgerinitiativen, Jugendzentren usw..

### Der Kredit kann die Krise aufschieben – er verlängert sie aber auch

Zum Teil wurden höhere Löhne und bessere Sozialleistungen direkt erkämpft, zum Teil wurden die Wohlfahrtssysteme ausgebaut, um die Revolten wieder einzufangen. Jedenfalls erreichte der Sozialstaat in Westeuropa erst Mitte der 70er Jahre in Reaktion auf die Klassenkämpfe die Ausbaustufe, die heute gemeinhin mit dem »golden age« assoziiert wird. In dieser Entwicklung hat die Staatsverschuldung ihren Ursprung. Die politische Niederlage der Klassenkämpfe ging in den Metropolenländern bis etwa Mitte der 80er Jahre mit steigendem Lebensstandard einher. Die Arbeit wurde teurer, vor allem der »zweite Lohn« der ArbeiterInnen stieg (Urlaubsgeld, 13. Monatslohn, Kindergeld usw. – die heutzutage viel bejammerten »Nebenkosten«!).

Sofort sammelte sich aber auch der Gegenangriff – der Putsch in Chile am 11. September 1973 war das Signal. In den späten 70ern wird die key-

[2] Zu Bretton Woods bzw. seiner Krise siehe z.B.:

Peter Burnham
**»Kapital, Krise und internationales Staatensystem«**, in: Wildcat-ZirkularNr. 30/31 - November 1996 - S. 12-34

*http://www.wildcat-www.de/zirkular/30/z30burnh.htm*

oder:

**»Krise des Kriegs und Grenzen des Kapitalismus«**, in: Wildcat-Sonderheft zum Krieg März 2003

oder:

John Holloway
**»Der Abgrund tut sich auf: Aufstieg und Niedergang des Keynesianismus«**
Wildcat-Zirkular Nr. 28/29 - Oktober 1996

*www.wildcat-www.de/zirkular/28/z28holl1.htm*

[3] Die Versuche der Staaten, Gegenmaßnahmen zur Krisenentwicklung zu ergreifen, werden oft zu Bumerangs. Ein Beispiel: im Kriseneinbruch Anfang der 70er Jahre verhängte die BRD einen Zuzugsstopp für ausländische Arbeiter; die Gastarbeiter sollten die Rolle spielen, die man ihnen zugedacht hatte: arbeiten, wenn sie gebraucht werden und abhauen, wenn sie nicht mehr gebraucht werden.
Diese Maßnahme führte aber dazu, daß die Gastarbeiter nicht mehr weggingen (sie hätten ja nicht mehr wiederkommen können) und ihre Familien nachholten. Aus jungen, männlichen Gastarbeitern, die oft in Baracken und zu mehreren in einem Zimmer schliefen, sind heute große (hauptsächlich türkische) *communities* geworden, mit einem hohen Anteil nichtlohnarbeitender Familienmitglieder, mit einer Arbeitslosenquote, die höher als die durchschnittliche ist, und mit alten Leuten, die inzwischen auch zunehmend ihre Rentenansprüche ganz normal im Land verbrauchen.

nesianische Ausgabenpolitik nach und nach überall ersetzt durch Deflationspolitik; hohe Zinsen sollen die Verschuldung bremsen. Das führt zu einem scharfen Kriseneinbruch Anfang der 80er Jahre (Unternehmenspleiten, Verdopplung der Arbeitslosigkeit, »Krise der Sozialsysteme«). Seit Anfang der 80er wird in den Metropolen »der Wohlfahrtsstaat« für die kapitalistische Krise verantwortlich gemacht und angegriffen. Der Zugang zu indirekten Lohnleistungen wie Arbeitslosengeld, Frührenten usw. wird verschärft, die Leistungen selber stufenweise abgesenkt.

Gleichzeitig durchkreuzten sich die Krisenmaßnahmen aber auch immer wieder selber: z.B. stieg die Frühverrentung drastisch an: die Unternehmer entledigten sich älterer Arbeiter, die Frührenten wurden aus den Kassen des Arbeitsamts mitfinanziert. Insgesamt hat aber auch dieser zweite Kriseneinbruch im kapitalistischen Sinne nicht ausreichend auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse durchgeschlagen – die Arbeitslosigkeit funktionierte nicht ausreichend als Reservearmee, die Druck auf die Löhne macht. Dass in der BRD dieser »neoliberale Angriff« weniger weit kam als anderswo, liegt nicht daran, dass die revolutionäre Drohung der Arbeiterklasse hierzulande stärker wäre – es liegt vor allem an der spezifischen Ausprägung des Sozialsystems und dessen paritätischer Verwaltung; die Verbände haben als Interessenvertreter eine große Macht (von den DGB-Gewerkschaften bis zum Beamtenbund), und die paritätisch verwalteten Renten- und Krankenversicherungen, die Wohlfahrtsverbände usw. sind auch riesige Arbeitgeber.

Reagan, der mit einem monetaristischen Wirtschaftsprogramm angetreten war, schwenkte sehr bald um und wurde zum »größten Keynesianer der 20. Jahrhunderts« – nicht ideologisch, sondern in den Taten: er hat die bis dahin meisten Staatsschulden aufgehäuft. Währenddessen entfaltete sich seit 1980 (Polen), verstärkt wahrgenommen seit 1982 (Mexiko), weltweit die Schuldenkrise: Geld, das in der Verwertungskrise der 70er Jahre massiv in die Ökonomien der Peripherie gedrückt worden war, hatte sich dort nicht verwertet, sondern war in monströse Infrastrukturprojekte und korrupte Staatsapparate geflossen, zu »faulen Krediten« geworden. Auch hier stand das Kapital vor demselben Befund wie in den Metropolen: die Arbeiterklasse hatte die Kredite verkonsumiert. Auf die Schuldenkrise in den »Entwicklungsländern« reagierte der IWF strukturell genauso, wie er auf die »Schuldenkrise« von Metropolenländern wie Italien in den 70er Jahren reagiert hatte: mit Strukturanpassungsprogrammen, Sparmaßnahmen, Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel usw., direkten Angriffen auf das Proletariat.

Bereits vor dem Fall des Realsozialismus war der Neoliberalismus *als Wirtschaftstheorie* gescheitert. Das wurde spätestens im Crash 1987 deutlich. Die Globalisierungspropaganda in den 90er Jahren verdeckte ein Jahrzehnt der weiteren Stagnation des Weltkapitalismus – mit zwei Ausnahmen: dem rasanten Aufstieg der »jungen Tiger« in Südost-Asien (die allerdings in den Krisen 1997 und 1998 massiv gestutzt wurden) und dem IT-Boom (vor allem in den USA) – der inzwischen zusammengebrochen ist, und sich im Zusammenbruch als das herausgestellt hat, was wir immer behauptet hatten: eine überhitzte Blase, die vor allem auf der weiteren Ausweitung des Kredits beruhte.[4]

### Krise der Reproduktion der Arbeiterklasse

In der Geschichte des Kapitalismus haben sich die ArbeiterInnen einer bestimmten Branche in einem gewissen Zeitraum (annähernd) gleiche Bedingungen erkämpft, egal in welchem Land die Fabriken standen.[5] Diese Zyklen wurden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts immer schneller: die westeuropäischen Autoarbeiter holten den Lohnrückstand zu ihren US-amerikanischen Kollegen in 20 Jahren auf, die Autoarbeiter in Südkorea schlossen in weniger als zehn Jahren zu ihren europäischen Kollegen auf. Dies macht die Vorstellung so schwierig, es könne ein neues Akkumulationszentrum außerhalb der alten Zentren entstehen – und lenkt den Blick auf China und Indien als letzte – allerdings gigantische – Reservoirs an Arbeitskraft.

*Fortsetzung S. 55*

[4] siehe vor allem *Wildcat Zirkular* Nr.56/57 vom Mai 2000, darin mehrere Artikel zu diesem Thema

[5] siehe dazu ausführlich in *Wildcat 67*: **Forces of Labor: Die ArbeiterInnen und die Globalisierung**

Inzwischen bleiben längst nicht alle Aktionen derartig unter gewerkschaftlicher Kontrolle wie der Streik bei Ford in Genk (Belgien)

## Schwierige Entfesselungversuche

# Die Rückkehr der wilden Streiks

Als am 1. November geschätzte Hunderttausend statt der erwarteten Zwanzigtausend in Berlin gegen die »sozialen Härten« der Regierungspolitik demonstrierten, wurde das allgemein als Aufbruch empfunden. Fast zwei Jahre mühsame Mobilisierungsversuche und Anti-Hartz-Bündnisse waren erfolglos geblieben und hatten die InitiatorInnen in die Verzweiflung getrieben. Zu offensichtlich war der Angriff von oben, zu unerklärlich das Ausbleiben des Protests von unten. Der »1. November« hat den Bann gebrochen, und wir wollen seine gesellschaftliche Signalwirkung nicht herunterspielen. Er hat die Atomisierung der vorhandenen Wut für einen kurzen Moment durchbrochen. Zigtausende haben sich angeschlossen, ohne den gesamten Apparat der gesellschaftlichen Vermittlungsinstanzen hinter sich zu wissen, wie es z.B. bei der großen Demo gegen die Politik der Kohlregierung 1996 auf der Bonner Hofgartenwiese der Fall gewesen war (nachträglich die Vorbereitung der Machtübernahme durch Schröder).

Trotzdem bleibt der »1. November« eine symbolische Aktion, ein Protest in der Freizeit, an einem Samstag, der vielleicht Mut für weiteres macht, aber die alltägliche Ohnmacht gegenüber den Zumutungen des Unternehmers im eigenen Betrieb nicht aufhebt. Aus dieser Ohnmacht heraus konnte auch die Artikulation nicht weiter gehen, als an Regierung und Staat zu appellieren, sie möchten doch dem Druck der Unternehmer Grenzen setzen. In seinen Auswirkungen steht der »1. November« deshalb auf der Kippe: Demonstration der Enttäuschten, Appell an die Ideale eines sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Reformismus – oder bricht sich der antikapitalistische Protest endlich auch in der BRD auf der Straße Bahn?

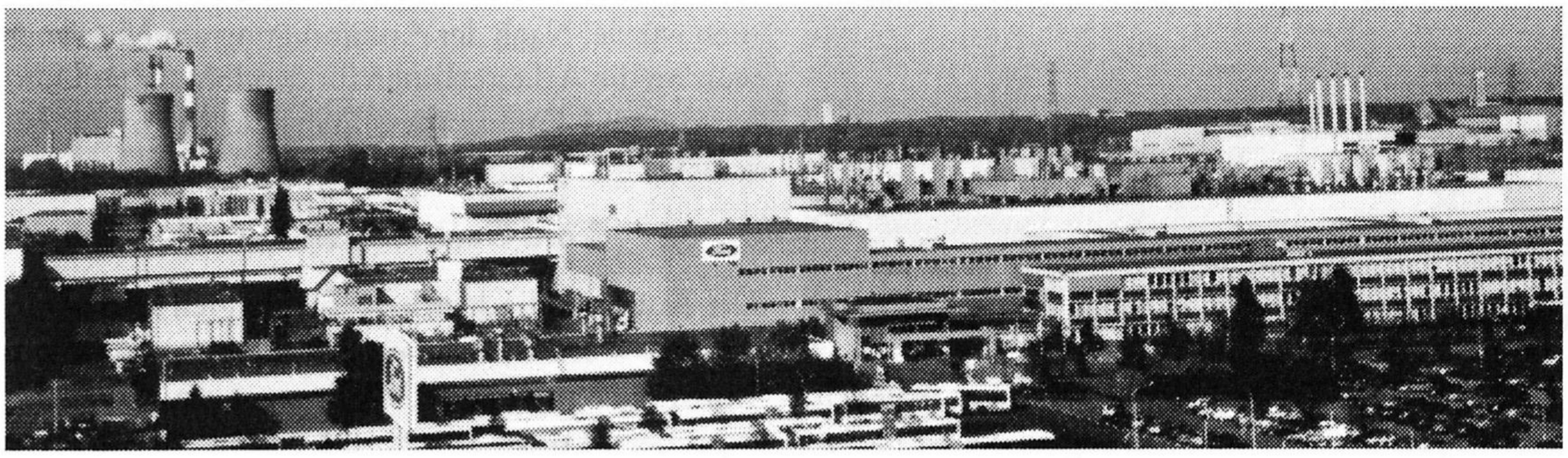
Letztlich entscheiden darüber die Kämpfe der StudentInnen, der Arbeitslosen, der ArbeiterInnen ... Auf den folgenden Seiten haben wir Berichte über solche Kämpfe in Europa zusammengetragen, die andeuten, wie sich der Widerstand aus der Illusion eines »allgemeinen Wohls«, das letztlich immer abhängig bleibt von dem Wohlergehen des unternehmerischen Profits, herauslösen kann. Dazu gehört vor allem das Überwinden der Fesseln einer gewerkschaftlichen, politischen oder auch medialen Vermittlung, die alle diese Kämpfe wieder in das Ringen um den »sozialen Ausgleich« einbeziehen will. Die Beispiele aus England und Belgien zeigen, wie weit diese Vermittlung durch demonstrativ vorgeführte Militanz gehen kann, um im Rennen zu bleiben. Die realen Prozesse solcher Kämpfe bleiben oft völlig im Untergrund, und sie werden von Gewerkschaftern und Vermittlern totgeschwiegen oder bagatellisiert. Auf diese Weise bleiben die Punkte von Arbeitermilitanz isoliert und können mit einer Mischung aus Repression und Einlenken erstickt und unkenntlich gemacht werden. Solche Untergründigkeit und Isoliertheit hat viele Kämpfe seit Beginn der 90er Jahre geprägt. Beides war unvermeidlicher Ausdruck des »flexibilisierten« und individualisierten Kapitalismus.

Die Entwicklung in Italien in den letzten Wochen scheint ein neues Kapitel aufzuschlagen: Die ArbeiterInnen entwickeln gerade aus der »Flexibilisierung« ihre Stärke. Ihre Kämpfe sind nicht am grünen Tisch geplant, keiner Kampagnenstrategie unterworfen und von keinen Großorganisationen geplant. Sie werden nicht angekündigt und suchen nicht das Echo in den Medien, sie blockieren das Kapital ganz unmittelbar. Sie suchen nach gesellschaftlicher Macht, nicht nach der Schlagzeile. Trotzdem oder gerade deswegen geraten sie in die Schlagzeilen. Und andere ArbeiterInnen merken: hier geht es um Interessen von uns allen, hier geht es (auch) um uns!

*Il Manifesto* kommentierte die Ereignisse folgendermaßen: *»Es gibt inzwischen keinen Zweifel mehr: Der allgegenwärtige, unvorhergesehene, plötzliche ›Wilde Streik‹ ist zurück. ... Etwas, das seit geraumer Zeit unvermeidlich geschehen musste. Die Flexibilisierung der Arbeit kehrt sich um in die Flexibilisierung der Kämpfe. Unberechenbar die eine, unberechenbar die andere.«*

# Streiks bei Ford

»Bevor wir einen einzigen Transit aus der Fabrik herauslassen, nimmt sich jeder von uns einen mit nach Hause«, sagt mir ein Arbeiter von Ford Genk (Belgien) am 10. Oktober an einem der Tore der bestreikten Fabrik. Ein paar hundert Meter weiter wärmen sich türkische LKW-Fahrer an brennenden Paletten und klagen ihr Leid: seit Tagen stehen sie herum und können ihre Zulieferteile aus der Türkei nicht abladen.



In den ersten drei Oktoberwochen streikten die ArbeiterInnen des Ford-Werks in Genk, um 3000 angekündigte Entlassungen zu verhindern. Am 18. und 19. November streikte auch in dem für sein sozialpartnerschaftliches Co-Management gerühmten Ford-Werk in Köln eine ganze Halle. Anders als in Genk, wo der Konflikt zum Thema für die ganze Provinz wurde, konnte der Betriebsrat in Köln den unerwünschten »Zwischenfall« weitgehend totschweigen. Beide Streiks zeigen, dass die Spielräume der Kapitalisten für eine sozialpartnerschaftliche Regulierung der Ausbeutung immer enger werden. In ihnen ist andererseits die Macht aufgeblitzt, über die gerade die AutomobilarbeiterInnen immer noch verfügen und an der die Vorstellung eines beliebig mobilen Autokapitals zerbricht.

**Fords Verbundproduktion in Europa**

In Genk werden der Modeo und der Transit, sowie Teile für die Transitproduktion in Southampton und Felgen für weitere Modelle gebaut. Sehr wichtig scheinen auch die Presswerkzeuge zu sein, die hier hergestellt werden.
Getriebe kommen aus Halewood, Motoren aus Bridgend und Dagenham und Bremsscheiben aus Swansea (alle GB).
Die Verdichtung der Produktion in der Autoindustrie zeigt sich auch an dem neuen Terminal in Vlissingen/NL, welches exklusiv von Ford genutzt wird. Hierüber läuft der Transport von fertig montierten Fahrzeugen und Material zwischen den Festlandwerken Genk, Köln, Saarlouis und sämtlichen Zulieferern und den britischen und irischen Werken.
Die Produktion in Ketten (»vertikale Integration«) und die komplexen Transport- und Logistiksysteme bringen nicht nur Synergieeffekte und Kosteneinsparung, sondern machen das Kapital noch angreifbarer für die ArbeiterInnen.

### Globale Überakkumulation ...

Die Automobilbranche ist weltweit von enormen Überkapazitäten gekennzeichnet. Selbst im neuen Traumland China zeichnet sich der rasante Aufbau von Überkapazität ab (siehe Bericht in der Randspalte S.17). In der Konkurrenz der Firmen trifft es die einen mehr, die anderen weniger. Gewerkschaften und Betriebsräte beklagen dann »Management-Fehler«, »falsche Modellpolitik« usw.. Das erklärt nicht die globale Stagnation der Kapitalverwertung, sondern höchstens, warum es den einen – in diesem Fall Ford – besonders hart trifft. Eine solche Kritik isoliert die Konflikte in einzelnen Betrieben als firmenspezifische oder regionale Einzelfälle, und macht sie für das gewerkschaftliche Geschäft verhandelbar. Aber die Probleme bei Ford drücken nur zugespitzt die Situation in der ganzen Branche aus.

Während des Streiks in Genk kam es bei VW in Brüssel zu zwei kurzen »wilden« Arbeitsniederlegungen wegen des hohen Arbeitstempos in der neu angelaufenen Produktion des Golf V. Das Management lenkte ein und kündigte die Einstellung von 320 zusätzlichen ProduktionsarbeiterInnen an, davon 170 nach dem belgischen *Rosetta-Plan*, einer Art *workfare*-Programm für Jugendliche unter 25 Jahren, bei dem die Firmen befristete und schlechter bezahlte Jobs für arbeitslose Schulabgänger anbieten sollen. Entlassungen, Arbeitsverdichtung, Prekarisierung ... verschiedene Facetten des Klassenverhältnisses, in dem die Autofirmen ihren Profitverfall durch eine Intensivierung der Ausbeutung zu kompensieren versuchen.

### ... und der Verlierer Ford

Ford, weltweit noch an zweiter Stelle als Autoproduzent, gilt als das Unternehmen mit den größten Problemen, sowohl in den USA wie in Europa. In Europa verkauft Ford heute jährlich 300 000 Autos weniger als vor zehn Jahren. Der Marktanteil sank von 12 Prozent Anfang der 90er Jahre auf unter 9 Prozent im Jahr 2003. In Deutschland, dem größten europäischen Markt, sanken die Verkäufe in den ersten zehn Monaten des Jahres 2003 um fast 10 Prozent. Seit Jahren kündigt Ford immer neue Umstrukturierungsprogramme mit drastischem Stellenabbau an. Um Fixkosten zu sparen, wurden Produktionsbereiche in selbständige Zulieferbetriebe ausgelagert. Viele von ihnen wurden in neu gegründeten Zulieferparks um die Fabriken

(Post)-Fordismus = Zynismus

in Saarlouis, Köln und Genk herum angesiedelt, um die Just-in-time-Zulieferung an die Bänder zu ermöglichen. Hierbei entstehen neue Großkonzerne wie das von Ford ausgelagerte Unternehmen *Visteon*, das mittlerweile zum weltweit drittgrößten Autozulieferer geworden ist. Während alte Werke geschlossen werden, baut Ford neue hochmoderne Fabriken auf: Kocaeli in der Türkei (von hier aus soll künftig der gesamte europäische Markt mit dem Transit beliefert werden, dessen Produktion in Genk ab Anfang 2004 eingestellt wird); Chongqing, VR China; Camacari, Brasilien.

Die gesamte Autobranche kompensiert sinkende Profitraten in der Produktion durch Geschäfte im Finanzsektor. Während die Autoproduktion von Ford im dritten Quartal 2003 einen Verlust von 609 Mio. $ machte, erwirtschaften Dienstleister wie z. B. der weltgrößte Autoverleiher *Hertz* und die ebenfalls firmeneigene Bank *Ford Motor Credit* Profite für den Konzern.

## Globale Entlassungsoffensive

In den USA wurden die im September vereinbarten Vierjahresverträge zwischen den »großen Drei« (Chrysler, GM und Ford) und der Autoarbeitergewerkschaft UAW als Durchbruch gefeiert, weil in ihnen keine Arbeitsplatzgarantie mehr enthalten ist und damit Fabrikschließungen möglich werden. Ford kündigte die Schließung von vier Fabriken und den Abbau von 7400 Stellen in den USA und Kanada an. Am 29. September wird der Abbau von 1700 Stellen (von ca. 20 000) bei Ford Köln und zwei Tage später die Streichung von 3000 Arbeitsplätzen (von ca. 9000) bei Ford Genk angekündigt. Weltweit will Ford mehr als drei Prozent seiner 350 000 Beschäftigten loswerden.

In Köln konnte Ford damit rechnen, auf keinen Widerstand zu stoßen und die Details partnerschaftlich mit dem Betriebsrat auszuhandeln.

**Werksschließungen?**

Nick Scheele, Chief Operating Officer bei Ford, in der Wirtschaftswoche vom 30.10.03:
Frage: *Was passiert, wenn sich der Markt nicht erholt? Sehen wir dann weitere Entlassungen oder gar Werksschließungen in Deutschland?*
Ich kann das nicht ausschließen. Es gibt europaweit massive Überkapazitäten. (...)
Niemand hat geglaubt, dass wir Werksschließungen in Nordamerika würden durchsetzen können. Aber wir haben uns mit den Gewerkschaften an einen Tisch gesetzt und werden diese Werke schließen.

Zwar gilt auch die Fabrik in Genk im Verhältnis zu anderen Autofabriken in Belgien als nicht sehr kämpferisch, aber dem Management war klar, dass es bei der Entlassung eines Drittels der Beschäftigten einer Fabrik zu anderen Reaktionen kommen würde. Nach der Ankündigung am Mittwoch wurden die ArbeiterInnen für den folgenden Donnerstag und Freitag vorsichtshalber in Urlaub geschickt.

## Ford Genk radikalisiert sich

Die Automobilindustrie ist für Belgien sehr wichtig, hier werden weltweit die meisten Autos pro Einwohner produziert, 90 Prozent davon werden exportiert. Hinzu kommt die besondere Situation der Region Limburg, deren Hauptstadt Genk ist: sie gilt seit den von militanten Arbeiterkämpfen begleiteten Schließungen der Kohlezechen Ende der 80er Jahre als »strukturschwache Region«. Der Staat zahlt kräftig Subventionen, um Industrieproduktion anzulocken.

In der Genker Fordfabrik fanden gerade MigrantInnen, die in den Zechen gearbeitet hatten, einen neuen Job am Band. Heute ist das Werk zusammen mit seinen Zulieferern der wichtigste Arbeitgeber der Provinz. Derzeit werden dort zwei Modelle gebaut: der Mondeo und der Transit. Die Kapazität für den Mondeo liegt bei 1960 Stück pro Tag. Da sich das Modell aber schlecht verkauft, werden nur ca. 800 Stück montiert. Vom Transit werden 480 täglich produziert.

Im Rahmen eines Ende der 90er Jahre gestarteten weltweiten Restrukturierungsprogramms sank die Zahl der in Genk Beschäftigten erstmals unter 10 000 (Anfang der 90er Jahre waren es noch 14 000). Viele der Entlassenen fanden neue Stellen im Zulieferpark neben der Fabrik, der im Zuge des »Outsourcings« in den letzten zehn Jahren stetig gewachsen ist. Neben der Automontage werden in Genk Bleche und Felgen für andere Werke gefertigt, wodurch die Fabrik eine strategische Bedeutung für den reibungslosen Produktionsfluss bei Ford Europa bekommt.

Anfang 2003 hatte Ford mit den Gewerkschaften die Verlagerung der gesamten Transitproduktion in die Fabriken in Kocaeli und Southampton aushandeln können, ohne dass es zu Konflikten oder Arbeitsniederlegungen gekommen wäre. Denn im Gegenzug hatte Ford die Produktion des neuen Focus in Genk und damit verbunden Investitionen von 900 Mio. Euro versprochen, wovon der belgische Staat ein Drittel als Subvention bezahlt hätte.

Als Ford nun gleichzeitig mit dem Personalabbau die Streichung dieser geplanten Investitionen und den Wegfall der Focus-Produktion ankündigte, wurde das als »Vertragsbruch« empfunden und rief auch die regionalen Politiker auf den Plan. Oder wie es ein streikender Arbeiter sagte: »Wenn sich Ford nicht an seine Abmachungen hält, dann sind wir auch nicht daran gebunden.« Ebenso wie beim Transit soll die Produktion des Focus auf zwei Fabriken (Saarlouis und Valencia) konzentriert werden, worin viele ArbeiterInnen das langfristige Aus für die Genker Fabrik sehen.

Unsere Informationen über den Streikverlauf stammen aus der regionalen Presse und aus nur ganz wenigen Gesprächen mit Arbeitern vorm Tor. Wir können also nicht genau sagen, wie sich die Dynamik in diesem Kampf entwickelte. An einigen Punkten (wie am 10. Oktober) wird sichtbar, wie die Gewerkschaften auf Druck von unten reagieren müssen, um das Heft in der Hand zu behalten – was ihnen insgesamt auch gelingt. In den ersten zwei Wochen wurde einige Tage voll gestreikt, meistens aber nur zwei Stunden in jeder Schicht, um die Kosten des Streiks zu minimieren (das Streikgeld von 25 Euro am Tag wird erst gezahlt, wenn insgesamt acht Stunden gestreikt wurde). Trotzdem wurde die Produktion vollständig blokkiert. Die Unternehmensführung sprach am 16.10. von einem Produktionsausfall von 9130 Fahrzeugen (2700 Transits und 6430 Mondeos). Außerdem verhinderten die Arbeiter den Abtransport bereits gebauter Autos.

### Fabrikstillegung – ein Manöver?

In der Nachtschicht vom 9. auf den 10. Oktober kommt es zu einer Eskalation, die von den Gewerkschaften totgeschwiegen wird und deren Details wir auch nicht kennen (zumal auch in linksgewerkschaftlichen Kreisen »Sabotage« als etwas Anstößiges gilt). In den frühen Morgenstunden ist die Ausgabe des Lokalblättchens »Het Belang van Limburg« mit der Schlagzeile erschienen, der belgische Staatsschutz wisse seit Juni, dass die Fabrik in Genk geschlossen werden soll. Diese Meldung hört sich durchaus plausibel an. (Auch in einem Interview am 30.10. wollte Ford-Chef Nick Scheele komplette Werksschließungen in Europa nicht ausschließen – siehe Randspalte S. 16. Und möglicherweise hatte Ford mit der Ankündigung, in Genk 3000 Stellen abzubauen, nur antesten wollen, ob eine komplette Werksschließung durchsetzbar wäre.)

Die Nachtschicht gilt als besonders »harter Haufen« und hatte schon im Juni ein paar Mal gestreikt. Die ArbeiterInnen reagieren sofort, u.a. macht sich eine Demo auf in die Stadt. Die Gewerkschaft ruft für Freitag zum Vollstreik auf... Aber als die ArbeiterInnen aus der Stadt zurück zur Fabrik kommen, sind alle Tore vom Werkschutz abgeriegelt. Es sieht nach Aussperrung aus – die Ford in der Woche zuvor angedroht hatte. Die Zeitungen berichten am nächsten Tag von beschädigten Autos auf dem Werksgelände. Ein Arbeiter am Tor spricht von »Chaos« in der Fabrik, es seien auch Maschinen und Anlagen zerstört worden...

Trotz dieser kurzen Radikalisierung und Eigeninitiative eines Teils der Arbeiter profitieren letztlich die politischen Vermittlungsinstanzen – Gewerkschaften und Provinzregierung – von der Meldung über die drohende Schließung. Auf einmal war nicht mehr von den 3000 Entlassungen die Rede, sondern es ging um die »Rettung der Fabrik«. Der Streik der ArbeiterInnen wurde in einer populistischen Kampagne ertränkt, die ihren »Höhepunkt« im Aktionstag am 17.10. fand (siehe Bericht in der Randspalte S. 18).

Mit der Zusage Fords, doch Investitionen (für den neuen Mondeo, der ab 2006 produziert werden soll) in Genk zu tätigen und Pressteile für den Volvo (1999 von Ford übernommen) produzieren zu lassen, konnte der Kampf beendet werden. Die Gewerkschaften zeigten sich »hart« und verlangten eine schriftliche Zusage durch Ford-Europa. Erst als diese spektakulär durch einen Kurierdienst am 22.10. überbracht wurde, ließ man die Produktion wieder anlaufen.

Die Bilder zu diesem Artikel wurden während der Protestaktionen in Genk aufgenommen.

**Traumland China: Überkapazitäten, Lohnexplosion, Preisverfall, Staatsregulierung**

»Die automobile Zukunft Chinas strahlt, und wir werden in vollem Maße an ihr teilhaben«, posaunte Ford bei der Ankündigung, über eine Mrd. Dollar in seine chinesische Produktion zu investieren.
Aber was in den USA und Europa Jahrzehnte dauerte, vollzieht sich in China im Zeitraffer. Schätzungen besagen, dass 2007 sechs Mio. PKWs in China abgesetzt werden können. Alle Planungen und schon im Bau befindlichen Fabriken zusammengenommen, gäbe es dann bereits Produktionskapazitäten für jährlich 15 Mio. Autos.
Schon jetzt müssen Firmen, viel schneller als erwartet, die Preise senken, um ihre Absatzziele zu erreichen. Als Ford bis August erst 5800 der für 2003 vorgesehenen 20 000 Fiesta verkauft hatte, senkte er den Preis um 10 000 Yuan (1065 Euro). Der chinesische Staat warnt vor einer »Überhitzung« und will regulierend eingreifen.
Die Kostenvorteile des Billiglohnlands schwinden rapide dahin. VW will sein neues Motorenwerk nicht mehr in der Nähe der Metropole Shanghai bauen, weil dort die Löhne mittlerweile zu hoch und die Fluktuation der ArbeiterInnen zu groß geworden sei. VW und andere Firmen fliehen vor dem Klassendruck in ländliche Gegenden, in denen die Löhne um fünzig Prozent niedriger seien.
Wenn wir den Thesen von Beverly Silver folgen (siehe *Wildcat* 67), dürfte China zum Schauplatz der nächsten Runde militanter Autoarbeiterkämpfe werden.

**Eine Demo und ein Volksfest**

Spektakulärer Höhepunkt der Kampagne für den Erhalt der Arbeitsplätze und gegen die Werksschließung war die 12 000 Leute starke Demo durch Genk am 18.10. und das große Umsonst-Konzert danach, organisiert von der Provinzregierung vor der Fabrik.
Zu der Demo hatte ein breites Bündnis aus Gewerkschaften und verschiedenen Organisationen aufgerufen. Dominiert wurde sie von den drei großen belgischen Gewerkschaftsverbänden. Deren großzügiger Verteilung von Plastikponchos in den jeweiligen Farben der Organisation war das »bunte« Erscheinungsbild der Demo hauptsächlich geschuldet. Ebenfalls mit eigener Müllsack-Oberbekleidung war die »Partei van de Arbeit« (PvdA) vertreten, die sich am ehesten mit der MLPD vergleichen läßt. An der Demo nahmen auch viele Gruppen von ArbeiterInnen anderer Autofabriken teil sowie ein kleiner Block von ehemaligen Beschäftigten der in Konkurs gegangenen Sabena-Fluglinie. Außer der PvdA und ein paar Trotzkisten konnten wir keine linksradikalen Organisationen erkennen – dafür lief am Ende des Zuges, durch einen LKW getrennt, ein ca. 200 Leute starker Block der rechtsnationalistischen bis neofaschistischen »Flämischen Volksbewegung«. Die Stimmung auf der Demo war unaggressiv, aber verglichen mit hier angenehm laut – Sprechchöre, Lieder, Knallkörper...
Das Konzert fand außerhalb der Stadt, vor der Ford-Fabrik statt und war ziemlich schrecklich. Riesenbühne, Fress- und Saufstände, Dixieklos ... es spielte die Crème der flämischen Country- und Western-Szene. Die Stimmung auf den Punkt gebracht hat ein Sänger mit einer Coverversion von Neil Youngs »Helpless«. Der einzige Sinn der Veranstaltung war es, die Leute zu beruhigen und auf die anstehenden Verhandlungen zu vertrösten.

## Die Macht der Arbeiter im Produktionsverbund

Die Gewerkschaften hatten den Streikabbruch von einer weiteren Bedingung abhängig gemacht. Genk liefert Pressteile für den Transit, für Volvo und den Focus. In Southampton (Transit) stoppte die Produktion einige Tage wegen des Streiks in Genk. Trotzdem gelang es Ford während des Streiks, einige der Presswerkzeuge aus der Fabrik abzutransportieren. In den Verhandlungen um die Wiederaufnahme der Arbeit verlangten die Gewerkschaften, sämtliche Werkzeuge zurückzubringen und bestanden darauf, dass mit diesen Werkzeugen in Genk nur der jeweilige Tagesbedarf für die anderen Fabriken produziert wird – damit Ford mögliche weitere Streiks in Genk nicht durch den Aufbau von Puffern unterlaufen kann. Alle Autokonzerne versuchen Kosten zu senken, indem die Teileproduktion für verschiedene Fabriken an einzelnen Standorten konzentriert wird – wodurch die Gesamtproduktion anfälliger für wilde Streiks in einzelnen Fabriken wird.

Diese Dialektik der kapitalistischen Rationalisierung bekommt Ford auch von Seiten der ausgelagerten Billigarbeitskraft zu spüren. Die vier Zulieferer *SML* (Motorenbearbeitung), *Lear* (Sitze für den Mondeo), *Collins & Aikman* (Kleinteile) und *TDS* (Kabelbäume und Vormontagen) sind durch ein Förderband mit der Ford-Fabrik verbunden und liefern ihre Teile direkt ans Band. Ihr Produktionsvolumen ist unmittelbar an das von Ford gekoppelt, weshalb von insgesamt 1151 Jobs 532 abgebaut werden sollen. Auch dort wird seitdem über Sozialpläne verhandelt und aktiv gestritten. Zum Beispiel stand am 9.12. die Produktion des Transits bei Ford schon wieder, diesmal, weil bei *TDS* gestreikt wurde. Die Unternehmensleitung weigerte sich, mit den Gewerkschaften über eine Senkung der Entlassungen von 66 auf 39 zu verhandeln – und die Ford-Arbeiter weigerten sich, die Vormontage der Kabelbäume selber zu übernehmen.

Nach dem Ende des Streiks bei Ford konnten die Gewerkschaften eine bemerkenswert großzügige Sozialplanregelung aushandeln, denn Ford war bemüht, den noch wackligen Arbeitsfrieden nicht erneut zu gefährden. Von den ArbeiterInnen der ganzen Region wurde das mit großem Interesse verfolgt – und weckte eigene Begehrlichkeiten. Gewerkschaftsvertreter aus kleineren Betrieben jammern nun, dass ihre mühsam ausgehandelten Sozialplänen immer öfter von den ArbeiterInnen zurückgewiesen werden und es darüber zu Streiks kommt. Ein Vertreter der mittelständischen Firmen nannte den Sozialplan bei Ford »den hellen Wahnsinn« und kreidete ihm besonders an, dass die Frühverrentungen ab 48 (!) völlig der offiziellen Regierunspolitik zuwiderliefen, die Leute länger arbeiten zu lassen (die Regelung bei Ford war nur mit staatlicher Zustimmung möglich geworden).

## Von Genk nach Köln ...

Streikaktionen wie in Genk hat es bei Ford in Köln schon seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben. Als Ford den Abbau von 1700 Stellen ankündigte, waren Geschäftsleitung und Betriebsrat davon ausgegangen, genügend »Freiwillige« zu finden, die mit einem »goldenen Handschlag« die Firma verlassen. Aber bis heute haben nur 900 eingewilligt und auch das erst nach massivem Druck und Mobbing durch Vorgesetzte: Meister gingen mit Listen durch die Abteilungen und drohten älteren Kollegen die Versetzung ans Band oder andere Schikanen an. Einen Sozialplan will Ford vermeiden, da dann zuerst Jüngere gehen müßten. Im Werkzeugbau, der Halle Z, eskalierte die Situation in der Spätschicht am 17. November. Angeblich hatte ein Manager die Arbeiter provoziert, die wissen wollten, was es mit dem geplanten Abbau von 585 Stellen in dieser Abteilung von ca. 1100 Leuten auf sich habe. Er konnte sich schließlich nur mit dem Werkschutz vor den Arbeitern retten – und wurde zur Deeskalation später von seinem Posten versetzt. Zweieinhalb Tage ruhte die Produktion in dieser Abteilung, aber da der Werkzeugbau nicht unmittelbar in den Produktionstakt eingebunden ist, blieb dies ohne größere Folgen für die Gesamtproduktion in Köln. Der Betriebsrat erklärte nach außen, es habe sich lediglich um eine Informationsveranstaltung gehandelt und es müsse nun verhandelt werden.

Aus Sorge vor einer Ausweitung des Konflikts eilte Ford-Europa-Chef Lewis Booth persönlich herbei, um zusammen mit dem Betriebsrat die Arbeiter zu beruhigen. Niemand solle gegen den eigenen Wunsch entlassen werden. Ein weiterer unbeliebter Hallenchef wurde versetzt, am 20. November wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Für Ford in Köln ist das Gespenst »Streik« so erschreckend, dass weder GL noch BR im Zusammenhang mit dieser Aktion jemals von »Streik« gesprochen haben. Auf der Betriebsversammlung am 8.12. wurde kein Wort darüber verloren, stattdessen langweilte der örtliche IGM-Vertreter die ArbeiterInnen mit einer Rede über die Rettung der Tarifautonomie und die Bösartigkeit der CDU. Derweil kündigt die Firma an, ab 2004 das Weihnachtsgeld und andere übertariflichen Zahlungen zu streichen. Aber was den geplanten Stellenabbau in Köln betrifft, steht Ford noch vor einem ungelösten Problem. ■

# Oktober der Unzufriedenheit in Griechenland

Im Oktober hat sich in Griechenland eine Reihe von Streiks im öffentlichen Sektor entwickelt. Zum Verständnis der Hintergründe dieser Erscheinungen ist der Blick auf zwei Hauptmomente nötig:

Erstens rollt eine schrittweise Reform der Arbeitsbeziehungen im öffentlichen Sektor ab, bei der zum ersten Mal Teilzeitarbeit in großem Umfang eingeführt wird, ebenso wie Leistungsbewertungssysteme und die Koppelung der Lohnhöhe an die Produktivität. Ganz konkret hat die Regierung in diesem Herbst eine Gesetzesvorlage mit einer Lohnskala für den öffentlichen Dienst eingebracht. Abgesehen davon, dass die vorgeschlagene, für alle Teilbereiche gleiche Lohnskala den Sparkurs unterstützt, bindet sie einen Teil des Lohns an die Arbeitsproduktivität und vergrößert die Entlohnungsabstände zwischen den einzelnen Ebenen der Hierarchie.

Zweitens stehen Wahlen bevor, was günstig für die Durchsetzung von Arbeiterforderungen ist.

In einer Zeit der Reallohnminderung und sich verschlechternder Arbeitsbedingungen ist ein Gefühl von Unzufriedenheit gemischt mit Angst und Verunsicherung bei den Beschäftigten im öffentlichen Sektor vorherrschend. Weil ihre Stellung als Vermittler gefährdet ist, haben die Gewerkschaften versucht, bei den meisten Streiks die Initiative zu übernehmen. Eine Ausnahme war der Streik der Krankenhausärzte, den diese in einer Vollversammlung beschlossen haben.

Unter den Teilbereichen, die in den Streik getreten sind, finden sich die Krankenhausärzte, die Universitätslehrer, die Müllwerker und andere städtische Angestellte, Tierärzte, Angestellte der Postbank und der nationalen Behörde für Statistik sowie Angestellte von *Olympic Airlines* (Stewardessen und Zahlmeister). Im Fall der Ärzte, der Lehrer und Luftfahrtangestellten erklärte die Gewerkschaft Streiks von einem Tag bis drei Tagen Dauer, die nach zwei bis vier Wochen wiederholt wurden. Demgegenüber stehen oder standen die Müllwerker und die anderen städtischen Angestellten, die Tierärzte, Postbankangestellten und die Angestellten der staatlichen Statistikbehörde in langandauernden Streiks.

Die Forderungen der Gewerkschaften konzentrierten sich hauptsächlich auf Lohnerhöhungen (im Zusammenhang der Neufestsetzung der Lohnskala), die Angestellten der Postbank und Statistikbehörde protestieren auch gegen die bevorstehende Privatisierung der Bank bezw. der Behörde. Es ist jedoch festzuhalten, dass neben den Tierärzten, die ungefähr drei Wochen lang für Lohnerhöhung streikten, in fast sämtlichen Fällen auch Forderungen gestellt wurden, die sich auf die Arbeitsbedingungen richteten: auf das Recht zur Sozialversicherung (Müllwerker), gegen längere Arbeitszeiten (Stewardessen und Zahlmeister), gegen die Koppelung des Lohns an die Produktivität (Lehrpersonal und städtische Angestellte), gegen Leistungsbewertungssysteme (Lehrpersonal und städtische Angestellte ), gegen die Neudefinition der Arbeitsaufgaben (Ärzte und städtische Angestellte) und gegen die Einführung von Teilzeitarbeit (städtische Angestellte). All dies ging auf den Einfluss linker Kräfte zurück, die in einigen Gewerkschaften recht stark sind, sowie auf den Druck der Basis.

Obwohl in den meisten Bereichen, die in den Streik getreten sind, die Forderungen sich mehr oder weniger um dieselben Angelpunkte gruppiert haben, bleiben die Kämpfe unverbunden, denn es ist den Gewerkschaften gelungen, ihre Trennung zu organisieren. Die Arbeiterinnen und Arbeiter haben im Allgemeinen keine eigenen Formen der Selbstorganisierung erprobt und sind passiv geblieben. Die Regierung nutzt diese Lage aus und versucht, mit den einzelnen Gewerkschaften der Reihe nach Abschlüsse zu erzielen, oder aber dort, wo die Streiks zu ernsthaften Problemen führen (wie in den Fällen der Müllwerker und der Tierärzte), strafrechtliche Maßnahmen gegen sie durchzusetzen, so z.B., wenn sie die Gewerkschaft der Müllwerker vor Gericht verklagt. In diesem Sektor standen die Arbeiterinnen und Arbeiter in einem langandauernden Streik, ihrem längsten seit 1992. Der Streik wurde mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie am 25. Oktober abgebrochen. In einem einzigen ungewöhnlich harten Fall wurden neun Stewardessen und Zahlmeister gefeuert, die sich an einer Besetzung der Firmenbüros beteiligt hatten.

Im übrigen kennzeichnet die Lage, dass wenige Leute zu den Demos gehen, obwohl die Streikbeteiligung ein hohes Niveau hat. ■

# »wildcats return with a roar«

(*Financial Times*, 6. November 2003)

Sind die wilden Streiks wirklich zurück? Nach den Arbeitsniederlegungen am Flughafen London Heathrow (siehe *Wildcat* 67) gab es im Oktober und November »nicht-offizielle« Aktionen bei den PostarbeiterInnen und Feuerwehrleuten. Zeigen diese Aktionen einfach, dass das (Anti-)Streikrecht, das Maggie Thatcher durchgedrückt hatte, obsolet geworden ist? »Wenn die Gewerkschaft Streiks nicht schon vier Wochen vorher ankündigen müsste, gäbe es auch keinen Grund für inoffizielle 'spontane' Aktionen«, zitierte die *Financial Times* eine Wissenschaftlerin. Oder ist das schon ein wildcat-»Steppenbrand«, wie dasselbe Blatt meinte?

---

**Hektik in der zweiten Adventswoche im UK - Noch eine Lohnerhöhung vor Weihnachten?**

08/12/03 - Kofferpacker streiken auf dem John Lennon Flughafen in Liverpool für höhere Löhne und gegen die Drohung des Managements, 40% der Arbeitsplätze zu streichen...

09/12/03 - ArbeiterInnen der Molkerei Hatfield Peverel wollen streiken, weil das Lohnangebot der Unternehmensleitung nicht befriedigend war. Die weihnachtliche Milchversorgung ist gefährdet...

09/12/03 - Bergarbeiter des landes-größten Kohleproduzenten in Yorkshire drohen mit Streik gegen Arbeitszeitflexibilisierung, die Arbeitsplätze kosten und die 7-Tage Produktion wiedereinführen würde.

10/12/03 - In Nordirland streiken 20.000 Angestellte in den Sozialämtern, Kfz-Steuer-Verwaltungen und staatlichen Fahrschulen für mehr Gehalt...

10/12/03 - BusfahrerInnen in Loughborough lassen die Busse stehen, weil ihnen 3,3% mehr Lohn zu wenig ist.

11/12/03 - BusfahrerInnen in Littlehampton tun dasselbe aus den gleichen Gründen.

## Zum Streik der PostarbeiterInnen

Seit Jahren soll die Königliche Post umstrukturiert werden. Dabei geht es vor allem um folgende Rationalisierungsmassnahmen:

- statt zwei- bis dreimal soll die Post nur einmal täglich ausgetragen werden, was gut 30.000 Stellen einsparen würde
- Schließung von 3.000 der 9.000 Postämter
- die ArbeiterInnen sollen flexibler eingesetzt werden, je nach Arbeitsaufkommen länger bleiben bzw. früher gehen, Fahrer sollen Briefe verteilen, wenn es nichts zu fahren gibt, usw.;
- die Gewerkschaften sollen sich auf Kooperation verpflichten, ihre Funktionäre an der Basis sollen weniger arbeitsfreie Zeit für ihre Gewerkschaftstätigkeiten bekommen

Bereits im Januar 2002 sollte das modernste europäische Postverteilzentrum in der Nähe von London Heathrow in Betrieb genommen werden; das verzögert sich aber noch immer. Dieses Verteilzentrum soll neun andere ersetzen, die bislang vor allem als Zentren der ArbeiterInnenmacht Probleme machten. Im August 2003 rief die *CWU* (Gewerkschaft der KommunikationsarbeiterInnen) zu einem nationalen Streik für höhere Löhne auf. Es folgte ein Monat der internen Repression durch das Management und breiter Medienkampagnen gegen das ‚Post-Chaos', was dazu beitrug, dass im September 48.038 Stimmen gegen und nur 46.391 für den Streik gezählt wurden. In den Wochen danach kam es aber zu mehrtägigen wilden Streiks (siehe *Wildcat* 67) *und* offiziellen Streiks für einen ‚Hauptstadtzuschlag' in London. Nach der verlorenen Abstimmung setzte das Management auf die Isolation der ArbeiterInnen und versuchte auf lokaler Ebene, die Bedingungen zu verschärfen. Hier spielen die Postämter in London eine doppelt wichtige Rolle: erstens wird ein Großteil der Post in und um London (um-)verteilt, zweitens sind hier die widerspenstigsten Arbeiterkonzentrationen. Nach dem offiziellen Streik in London wurden den ArbeiterInnen sogenannte ‚back-to-work-agreements' aufs Auge gedrückt, die z.B. die Überstundenplanung für die liegengebliebene Arbeit regelten, oder die Aufgaben einzelner ArbeiterInnen ausweiteten. Das war ne klare Provo...

### »Jetzt ist klar...«

Der wilde Streik begann Ende Oktober 2003 zeitgleich und unabhängig voneinander in einem Postzentrum in Greenford/London, als Reaktion auf einen Konflikt im Verteilzentrum Southhall, und in Dartford/London. In Southhall hatte sich ein Fahrer geweigert, beim Streik liegengebliebene Briefe zu einem mit LeiharbeiterInnen betriebenen Verteilzentrum zu fahren, und war entlassen worden. Seine 400 KollegInnen legten daraufhin die Arbeit nieder. Das Management versuchte die Arbeit anderen Postzentren aufzudrücken und sorgte damit für die Ausweitung des Streiks. Innerhalb von elf Tagen gingen 20.000-25.000 ArbeiterInnen in den Ausstand, die meisten von ihnen in London und Südengland, mehr als 16 Millionen Postsendungen blieben pro Streiktag liegen. Nach wenigen Streiktagen wurden 10.000 überquellen-

de Briefkästen in London versiegelt. Einzelne Unternehmen beschwerten sich öffentlich, der Supermarktriese Tesco drohte mit Auftragsvergabe an private Postunternehmen. Regierung, Arbeitgeberverbände, Post-Management und Gewerkschaftsspitze hielten Notstandsitzungen ab.

In der Öffentlichkeit versuchte die Post, den Streik auf das Problem des ‚Hauptstadtzuschlags' zu reduzieren, um ihn vom Rest des Landes zu isolieren. Am 29. Oktober distanzierte sich die Gewerkschaftsspitze der *CWU* in einem Offenen Brief (»Wie das Problem inoffizieller Streiks zu lösen ist«) von den Streiks und machte das Management verantwortlich. Sie rief zur sofortigen, repressionsfreien Wiederaufnahme der Arbeit auf. Das Management reagierte nicht darauf und schickte stattdessen Angestellte aus anderen Landesteilen als Streikbrecher. Sie sollten vor allem die 'lukrativen Postsendungen' bearbeiten, aber auch dies musste letztendlich aufgegeben werden.

Am 1. November veröffentlichte der *Guardian* interne Anweisungen der Postkonzernleitung an das Management, wie sie mit Videokameras und dem Mitschneiden von Streikversammlungen gegen den Streik vorgehen sollten. ArbeiterInnen erzählen, dass Manager in Postuniformen verkleidet mit Post-LKWs durch London fuhren, um den Eindruck zu erwecken, der Streik sei gelaufen. Flankiert wurden diese Aktionen mit lancierten Medienberichten über eine ‚allgemeine Rückkehr zur Arbeit'.

Nachdem das Management zusicherte, dass alle Repressionen zurückgenommen werden, wird der Streik am 3. November abgebrochen. Einen Tag später treten Feuerwehrleute in verschiedenen Regionen in wilden Streik, weil ihnen eine beim letzten Streik (siehe *Wildcat-Zirkular* 65) erkämpfte Lohnerhöhung nicht ausgezahlt wurde.

### »...dass sie mit uns rechnen müssen.«

»Am 31. Oktober waren wir morgens bei der Streikkette am großen Verteilzentrum Mount Pleasant in Central London. Es war keine Kette im eigentlichen Sinne, ungefähr 20 Männer im mittleren Alter standen lose vorm Haupteingang herum und unterhielten sich, während einige Angestellte mehr oder weniger hastig das Gebäude betraten. Es gab keinen Versuch, sie daran zu hindern, keine Flugis, Spendendosen, Plakate, Transparente... Wir redeten mit einem Streikenden, wahrscheinlich ein Gewerkschaftsvertreter. Er erzählte uns in etwa das, was man in so einer Situation fremden Leuten erzählt: »Wir haben versucht, den Streik zu verhindern, aber das Management reagiert mit Repression. Hier in Mount Pleasant sind 99 Prozent aller ArbeiterInnen im Ausstand.« Andere erzählten uns, dass das Management Angestellte aus Birmingham ankarrt und hier arbeiten lässt. Außerdem schickt die Unternehmensleitung den Leuten ihre interne Polizei auf den Hals, die aus ‚postsicherheitsrechtlichen Gründen' auch vor der Privatsphäre nicht halt machen müssen. Manager stehen an allen Toren und lassen Leute rein, damit sie nicht durch den Haupteingang müssen. Die meisten dieser Leute sind LeiharbeiterInnen oder Leute mit befristeten Verträgen. Die ganze Atmosphäre rund um die Streikkette war eher geprägt durch Paranoia als durch Geschlossenheit. Streikketten aus dem Fernsehen machen einen anderen Eindruck, da gibt es gespendetes Bier, und über Feuertonnen wird gegrillt...«

Ein Freund, der seit ein paar Jahren bei der Post arbeitet und selbst am Streik beteiligt war, schätzt die Sache so ein: »Anders als beim inoffiziellen Streik 2001 schien die Unternehmensführung diesmal besser vorbereitet. Dieser Streik hat zu einem gewissen Grad 'lock out' Charakter, sie legen es darauf an, in der Hoffnung, die nationalen Vereinbarungen lokal durchsetzen zu können. Bei uns im Zentrum haben wir durch einen Gewerkschaftstypen vom wilden Streik erfahren. Er rief zu einer Versammlung auf, um darüber zu informieren. Alle gingen hin, da tauchte aber unser Hauptmanager auf und wollte die sich vom Streik distanzierende Gewerkschaftserklärung vorlesen und mit uns reden, was wir verweigerten. Den Gewerkschaftstypen hatte das Management im Büro festgehalten, was offizielle Linie in solchen Situationen ist. Sie ließen ihn letztendlich sprechen, versuchten aber gleichzeitig, ihn beim ‚Anstacheln zum Streik' zu erwischen. Er versuchte dies zu umgehen, indem er uns lediglich über den Streik informierte und zum Schluss meinte, es läge an uns, wie wir nun reagieren wollen. Als daraufhin ein Typ, der selbst nicht in der Gewerkschaft ist, zum Streik aufrief, meinte der Gewerkschaftstyp: ‚Ja, hier haben wir einen Vorschlag, lasst uns abstimmen'. Es war dann nur noch ein formales Ding, dass alle die Hand heben und für Streik stimmten...

Nach den Verhandlungen riefen *CWU* und Unternehmensspitze zur Wiederaufnahme der Arbeit auf, es gäbe eine Vereinbarung. Da wir am nächsten Morgen noch nichts über deren Inhalt wussten, streikten wir weiter. Einen Tag später war klar, es gibt keine Repressionen und keine lokalen *back-to-work-contracts,* über die nicht abgestimmt wird. Das Management konnte den Streik nicht brechen. Jetzt ist klar, dass sie ‚mit uns reden müssen'. Das allgemeine Gefühl ist: wir haben gewonnen, auch wenn der Streik ein defensiver war.«

*London, Mitte November 2003*

11/12/03 - LagerarbeiterInnen der Supermarktkette Sainsburys wollen mehr Lohn... Sie halten eine Streikabstimmungsversammlung auf dem Parkplatz des Hauptlagers in Haydock ab.

11/12/03 - Monatelanger Konflikt in Schottlands Kitas geht weiter. Weiterer Streiktag der »Nursery Nurses« für mehr Kohle und bessere Bedingungen.

11/12/03 - Streik im Call Center von Lloyds TSB in Newcastle angekündigt, das Call Center soll dichtgemacht und nach Indien verschickt werden.

11/11/12 - In Schottland stinkt's... die Müllarbeiter sammeln den Müll nicht ein, da ihr Vertrag nicht verlängert wurde.

11/12/03 - UniversitätslehrerInnen stimmen über Streik für mehr Lohn ab. Sie denken auch über Boykotts von Prüfungen und Vertretungsstunden nach.

12/12/03 - Nach mehreren Streiktagen bläst die Gewerkschaft im Atomkraftwerk Sellafield ihre Aktionen vorläufig für Verhandlungen ab, es geht um die £2000 Jahreslohnunterschied zwischen Blaumännern und Weisskragen...

12/12/03 - 95 ArbeiterInnen in einer Farbenfabrik in Suffolk halten eine Versammlung ab, um über einen Streik gegen Entlassungen abzustimmen...

12/12/03 - Straßenbahn- und BusfahrerInnen in Manchester stimmen über Streik ab, das Weihnachtsgeschäft steht auf dem Spiel, sie fordern höhere Löhne.

12/12/03 - Bahn-ArbeiterInnen von Tyne and Wear Metro drohen mit Streik, sie wollen Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden die Woche.

12/12/03 - Auch beim Eurostar droht der Ausstand, die ArbeiterInnen stimmen über Streik ab, weil ihnen 3,2% mehr Lohn zu wenig ist...

13/12/03 - ArbeiterInnen bei Land-Rover kündigen Arbeitsniederlegungen an, 6,5% auf zwei Jahre reicht ihnen nicht.

# Streik in Österreich

**Streik in der Schweiz**

*NZZ Online,*
*1. Dezember 2003*

**Polizei beendet Streik bei Allpack – Vermittlungsbemühungen gescheitert**

Die Polizei hat den Streik beim Baselbieter Verpacker Allpack am Montagnachmittag beendet. Nach vergeblichen Vermittlungsversuchen entschloss sich die Justizdirektion zum Polizeieinsatz. Die Streikenden seien um 15.30 Uhr von den Ordnungskräften weggeführt worden.
Die Justizdirektion begründete den Polizeieinsatz damit, dass Arbeitswillige von den Streikenden am Betreten des Betriebs gehindert worden seien.

Die Streikenden hatten am vergangenen Dienstag mit der Arbeitsniederlegung begonnen. Sie begründeten sie mit der geplanten Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Aus wirtschaftlichen Gründen sollte unter anderem die Arbeitszeit um eine auf 41 Stunden pro Woche verlängert und eine von fünf Ferienwochen gestrichen werden. Und statt eines 13. Monatslohns soll es künftig eine erfolgsabhängige Prämie geben.

*2. Dezember 2003*

**Wieder Streik-Blockade bei Verpackungsfirma Allpack**

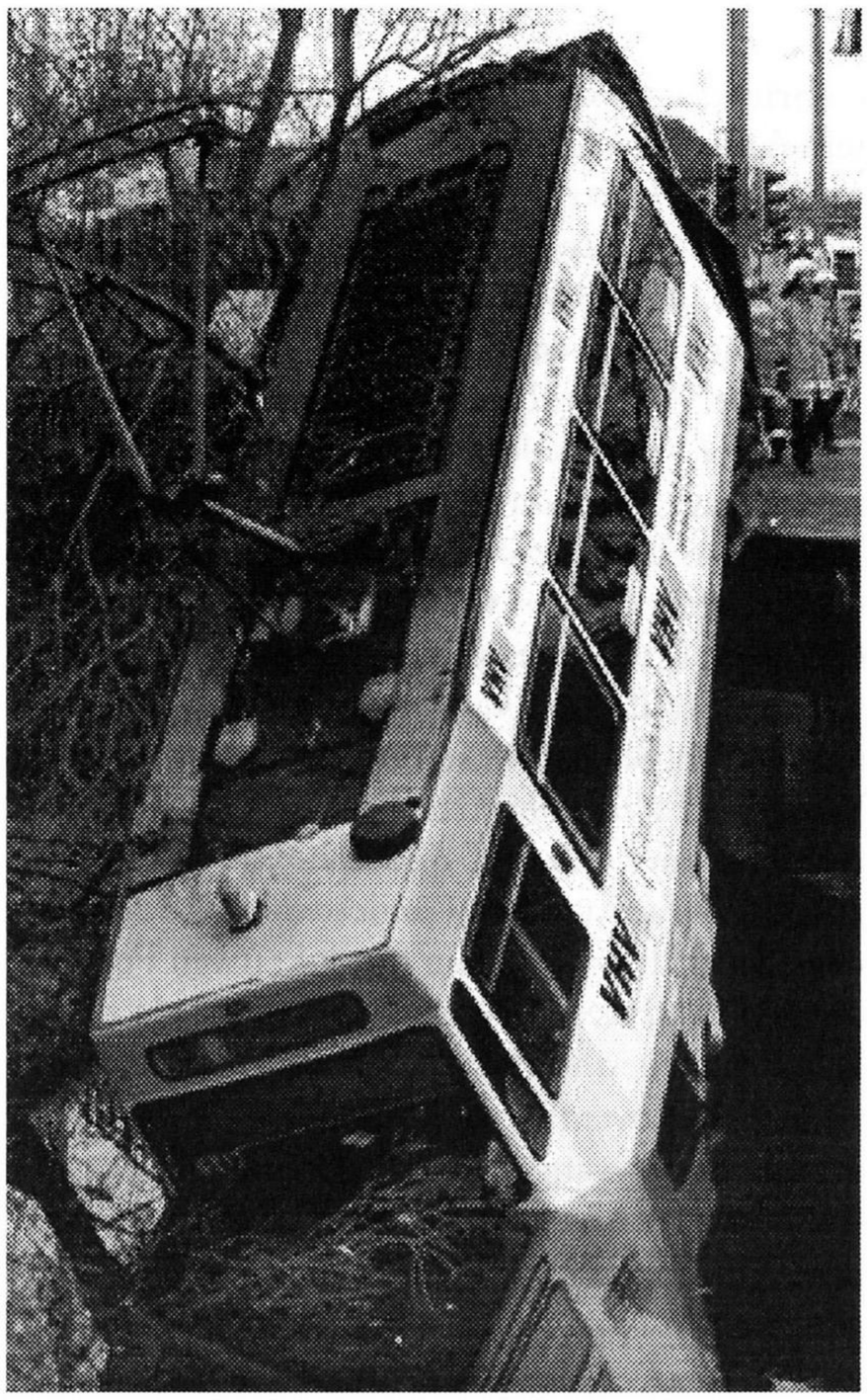
Reinach – Bei der Verpakkungsfirma Allpack in Reinach wird noch immer gestreikt: Die Streikenden haben den Eingang zum Firmengebäude weiter blockiert.

Die Streikenden hielten einzelne Arbeitswillige vom Betreten des Gebäudes ab, wie eine Aktivistin sagte.

Der Zutritt sei ihm und den Arbeitswilligen am Morgen wieder verwehrt worden, bestätigte Firmenbesitzer Robert Scheitlin. Er habe nun wiederum von den Baselbieter Behörden Unterstützung angefordert.

Fast drei Tage standen im November 2003 alle Züge der Österreichischen Bundesbahnen und die Bahnbusse still, einen Tag lang auch die Postbusse. Vor allem der Stillstand im Güterverkehr legte den EisenbahnerInnen eine Machtposition in die Hand, wogegen die Regierung nur schwer ankam. In weiten Teilen der Industrie ist die Lagerhaltung durch Just-in-Time-Anlieferung von Rohstoffen und -Abtransport der Fertigprodukte ersetzt oder in – oft von den ÖBB betriebene! – Logistik-Center ausgelagert worden. Der Druck der Wirtschaftskapitäne auf die Regierung, dem Streik ein Ende zu bereiten, war unübersehbar. Die Regierung hätte zu diesem Zeitpunkt ein Streikende nur durch wenig wahrscheinliche Repressionsmaßnahmen oder durch Einlenken erreicht, hätte sie sich nicht auf den vorauseilenden Gehorsam einer Gewerkschaftsführung verlassen können, die weniger die Interessen der Beschäftigten im Sinn hat als vielmehr die eigenen Interessen an Machterhalt im Rahmen einer Rückkehr zu sozialpartnerschaftlicher Konfliktplanierung.

Auch in Österreich wird seit einigen Jahren der Sozialstaat abgebaut und die Arbeitsbedingungen verschärft. Noch unter der sozialdemokratisch dominierten Regierung mit den Konservativen (ÖVP) wurden die ersten großen Einsparungen beschlossen und ohne viel Widerstand durchgeführt. Während der Sozialabbau der 90er gemeinsam mit der Gewerkschaft durchgesetzt wurde, steht die schwarz-blaue Regierung (ÖVP-FPÖ) für schnelles Durchziehen der Verschärfungen (Motto: »speed kills«). Die Gewerkschaft als Verhandlungspartner kann solch umfangreichen Angriffen nicht zustimmen und wird deshalb gekonnt übergangen. Gleichzeitig verliert der ÖGB (Österreichischer Gewerkschaftsbund) unter den ArbeiterInnen immer mehr an Legitimation. Aus dieser Zwangslage heraus war der ÖGB gezwungen, 2001 unter großem medialen Echo eine Abstimmung bei der Gewerkschaftsbasis durchzuführen, deren zentrale Frage war: »Soll der ÖGB zur Durchsetzung seiner Forderungen in Verantwortung für die Zukunft unseres Landes und seiner Menschen notfalls auch gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen ergreifen?« Von den 56 Prozent der ingesamt 1.428.409 Mitglieder, die sich beteiligten, stimmten 88 Prozent mit Ja. Anlässlich der Rentenreform kam es im Mai und Juni 2003 zum größten Streik der 2. Republik



(seit 1945). Am 6. Mai und 3. Juni legten mehrere hunderttausend ArbeiterInnen in zahlreichen Betrieben die Arbeit nieder und erreichten dadurch eine minimale Entschärfung und Hinauszögerung der Rentenkürzungen. Diese bescheidene Wirkung konnte die meisten nicht überzeugen und schwächte den ÖGB eher noch.

Ein wesentliches Element des Regierungsprogramms sind starke Einsparungen und die Privatisierung der (teil-)staatlichen Unternehmen. Mit ca. 48.000 Beschäftigten ist die Bundesbahn (ÖBB) einer der größten staatlichen Betriebe, der sogar eine eigene starke Teilgewerkschaft (GdE) hat. Es war nicht nur ein kleiner Stein, der das Fass des Unmuts zum Überlaufen gebracht hatte, als die EisenbahnerInnengewerkschaft – nach einem Überstundenboykott am 6. Oktober und einem halbtägigen Warnstreik am 4. November – am 12. November einen unbefristeten Streik begann.

Zum einen sollte das Verkehrs- und Transportunternehmen ÖBB in elf Unternehmen aufgeteilt werden. Neben den selbst vom Rechnungshof kritisierten Mehrkosten, zu erwartenden Leistungseinschränkungen wie Streckenstilllegungen und Fahrplanausdünnungen sowie abzusehenden Verschlechterungen in Bezug auf Sicherheit zielt diese Maßnahme auf eine Zerschlagung der starken einheitlichen Personalvertretung in mehrere kleine Betriebsratsstrukturen.

Zum anderen hätte die geplante Änderung des Dienstrechts die bisherigen Unkündbarkeits- oder Kündigungsschutz-Regelungen ausgehebelt und die zweijährlichen, automatischen Gehaltserhöhungen, sowie die meisten Zulagen für besondere Belastungen abgeschafft – was für einzelne Bedienstete bis zu 25 Prozent weniger Geld bedeutet –, um nur die herausragendsten Verschlechterungen zu nennen.

Da die Dienstverhältnisse bei den ÖBB in Einzelverträgen zwischen den Bediensteten und dem Unternehmen geregelt sind, stellten die von der Regierung vorbereiteten gesetzlichen Dienstrechtsänderungen einen Eingriff in einen zwischen zwei Partnern abgeschlossenen Vertrag durch Dritte – der Republik Österreich – dar. Damit wurde nicht nur mit sozialpartnerschaftlichen Traditionen gebrochen, sondern auch ein arbeitsrechtlicher Präzedenzfall vorbereitet, der außer einem Angriff auf die Rechte der EisenbahnerInnen auch eine massive Verwässerung jeglicher Rechtssicherheit bei Arbeitsverträgen bedeutet hätte und auch verfassungsrechtlich nicht haltbar gewesen wäre.

Nach zwei Tagen Streik wurde die Medienhetze durch Drohungen der Industrie verschärft: Einige Großbetriebe (Stahl, Chemie, ...) warnten vor Engpässen in der Rohstoffanlieferung und dem Überlaufen der Produktzwischenlager und kündigten Schadenersatzklagen an. Das einzige Zugeständnis der Regierung am dritten Streiktag war es, auf diese gesetzwidrigen Eingriffe in gültige Einzelverträge – vorerst – zu verzichten und stattdessen die Ausverhandlung eines neuen Dienstrechts dem Unternehmen OBB und der Personalvertretung zu überantworten. Sollte diese Einigung nicht bis April 2004 zur Zufriedenheit der Regierung zustande kommen, werde die Reform allerdings doch wieder per Gesetz vorgeschrieben, so der erzielte »Verhandlungserfolg« der Gewerkschaft. ■

*(zusammengestellt aus zwei Zuschriften aus Österreich)*

weitere Infos:
www.gug.or.at,
www.eisenbahner.at

# Ein Prost! auf den ATM-Streik in Mailand

Die Busfahrer* der *ATM* in Mailand haben am 1. Dezember die einzig mögliche praktische Kritik am neuen Streikgesetz für den öffentlichen Dienst geübt. Sie haben den rituellen, auf einen vorher genau festgelegten Zeitplan begrenzten Streik der Gewerkschaften *CGIL/CISL/UIL* in einen ganztägigen unangekündigten Streik umgewandelt und damit die Großstadt lahmgelegt. Nach Angaben der Mailänder Handelskammer hinderte der Streik 150.000 Menschen daran, zur Arbeit zu kommen und richtete damit einen Schaden von 140 Mio. Euro an. Somit hat der Streik das Ziel von Streiks erreicht: dem Gegner, d.h. der Mailänder Stadtverwaltung und den Unternehmern wehzutun. Das Antistreikgesetz wiederum soll es den betroffenen ArbeiterInnen (Transport und Verkehr, Schulen, Gesundheitswesen usw.) unmöglich machen, sich effektiv gegen Lohnsenkungen, Arbeitsplatzabbau und Entlassungen zu wehren.

Als das Bordpersonal von Alitalia im Juni mit massenhaftem Krankfeiern den Flugbetrieb lahmlegte, verurteilten Politiker, Gewerkschaftsbürokraten und Unternehmer im Namen der »Bürger« die »Verschlagenheit« der ArbeiterInnen, heute verurteilen sie ihre Aggressivität. So oder so, sie beklagen, dass die ArbeiterInnen wieder die Initiative an sich gezogen haben. Aber wenn Tausende von ArbeiterInnen bewusst einen gesetzlich verbotenen Streik durchführen, dann haben sie offensichtlich erkannt, dass sie sich nur ihr eigenes Grab schaufeln, wenn sie sich an die Regeln halten.

Die führenden Funktionäre von *CGIL, CISL* und *UIL* haben den Streik umgehend verurteilt, so Guglielmo Epifani von der *CGIL*: »Die Gewerkschaft steht den Arbeitnehmern zur Seite und versteht ihre Verzweiflung. Aber die Regeln dürfen nicht verletzt werden, denn damit werden andere Arbeitnehmer als Geisel genommen.« (*Il Manifesto*, 2.12.2003).

Worin das »den Arbeitnehmern zur Seite stehen« bestehen soll, ist nicht klar. Klar ist aber, dass Hunderte von Streikstunden nach den »Regeln« 2002 und 2003 nichts bewegt, sondern die ArbeiterInnen in eine eindeutige Niederlage geführt haben. Besagte »Regeln« wurden im übrigen von der Regierung und denselben Gewerkschaften ausgehandelt, die jetzt ihre Einhaltung fordern.

Die Mailänder Stadtverwaltung, die Arbeitgeber und die Rechte fordern harte Strafen. Der *Corriere della Sera* vom 2. Dezember titelte: »Der Auf-

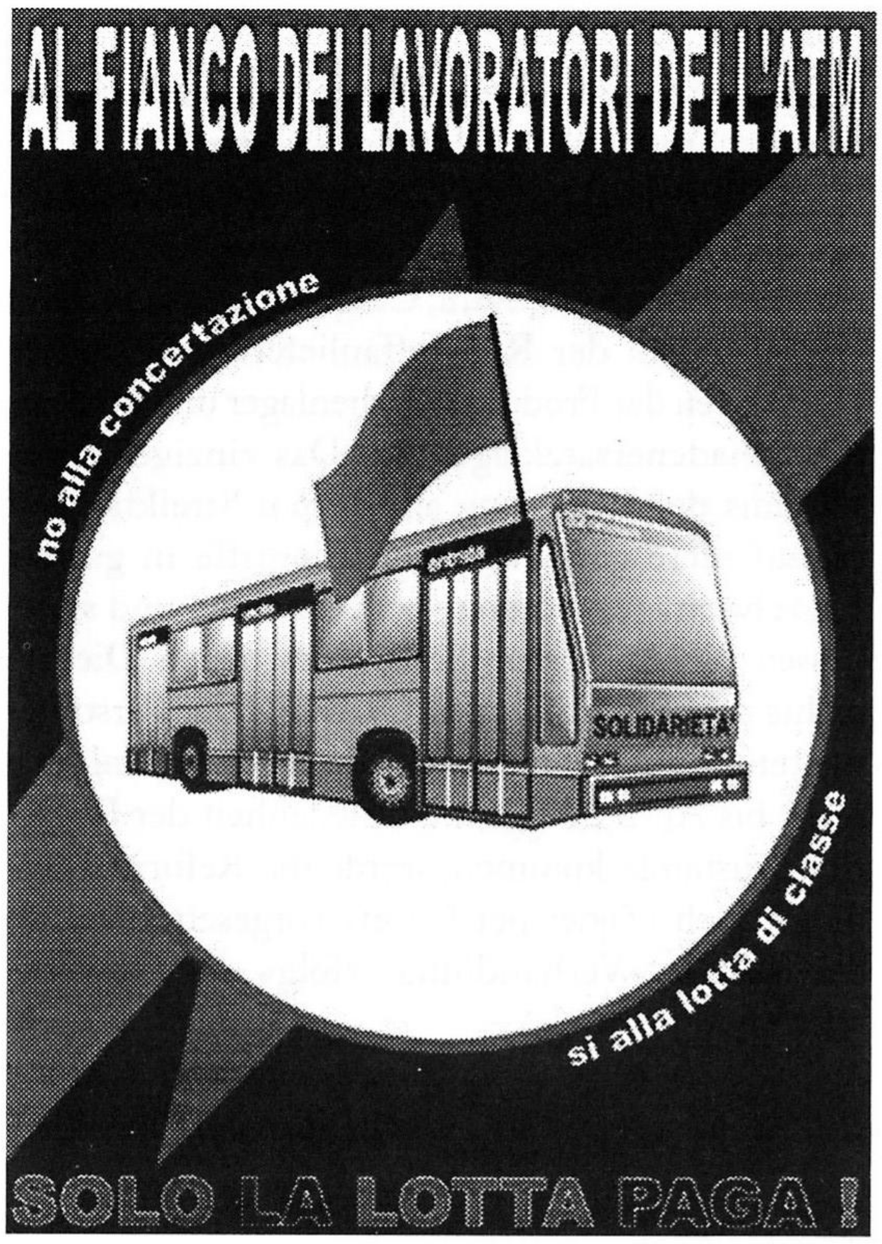
*Es geht um die FahrerInnen von Bussen, Straßenbahnen, U- und S-Bahnen. Wir zählen das im folgenden nicht jedesmal auf, sondern bezeichnen diese Gesamtheit als »Busfahrer«. Diese Leute waren ehemals eine »Arbeiteraristokratie« und haben eine bedeutende politische und gewerkschaftliche Geschichte von ihren Streiks 1944 bis zu der Tatsache, dass sie es waren, die 1969 die ersten Basiskomitees organisierten. Dass diese i.d.R. stark gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen aus der gewerkschaftlichen Kontrolle ausbrechen, ist interessant und wichtig, gerade weil sie in ihrer sozialen Zusammensetzung so ganz anders sind als z.B. die ArbeiterInnen des berühmten »lotta sporca« ebenfalls in Mailand (siehe *Wildcat Zirkular* 64 – Juli 2002: *Lotta sporca – Zum Kampf der ReinigungsarbeiterInnen bei der italienischen Eisenbahn*).

**Das Antistreikgesetz**

Die italienische Streikgesetzgebung im öffentlichen Dienst (Schulen, Gesundheitswesen, Verkehr) schränkt Streiks stark ein.

Streiks

- müssen lange vorher angekündigt werden (15 Tage, manchmal 10, woraus dann aber wegen der Bürokratie 15 oder 20 werden);
- müssen (im Verkehrsbereich) zu genau festgelegten Zeiten stattfinden;
- dürfen im Verkehrswesen nur zu bestimmten Zeiten im Jahr durchgeführt werden (nicht in den Ferien und in Zeiten mit starkem Verkehr);
- dürfen nur eine bestimmte Anzahl von Tagen pro Jahr durchgeführt werden.
- im Gesundheitswesen, aber z.B. auch bei den Telefongesellschaften, müssen Notdienste zur Aufrechterhaltung des Betriebs eingerichtet werden, mit der paradoxen Folge, dass wegen der allgemeinen Stellenkürzungen während der Streiks mehr Leute im Dienst sind als sonst.
- Wenn eine Gewerkschaft die Regeln verletzt, wird sie von den Verhandlungen ausgeschlossen und muss hohe Strafen zahlen.




schrei der Stadt: Schmeißt sie raus!« Die »reformistische« Linke appelliert an *CGIL/CISL/UIL*, bloß nicht zurückzuweichen.

Neben konkreter Solidarität mit den Streikenden müssen wir vor allem dafür sorgen, dass sich die unabhängigen und radikalen Kämpfe überall entwickeln, denn der beste Schutz für Leute, die illegal kämpfen, besteht letztlich darin, die Illegalität so sehr auszuweiten, dass man sie nicht mehr bestrafen kann.

In der Branche arbeiten fast 120.000 Menschen in 200 Betrieben. 2002/2003 wurden 212 Stunden für einen Tarifvertrag gestreikt. In den Tarifverhandlungen fordern die institutionellen Gewerkschaften 106 Euro brutto mehr als (teilweisen) Inflationsausgleich, eine nicht gerade überzogene Forderung. Trotzdem konnte der Branchen-Unternehmerverband *Asstra* den Tarifvertrag nicht unterschreiben, und zwar schlicht deshalb, weil die Regierung in Rom ihm nicht die zur Umsetzung nötigen Mittel von 500 Mio. Euro zur Verfügung stellt, sondern gerade mal 33 Mio. Euro bewilligt hat.

»Technisch gesehen« sitzen Unternehmer und Unternehmerverbände, Regionen und Kommunen und die Zentralregierung am Tisch. Die Unternehmen verhandeln, haben aber keine Mittel. Die Regierung verhandelt nicht, entscheidet aber über die Mittel. Die Stadtverwaltungen, insbesondere in der Lombardei, wollen eine größere Rolle als bisher spielen, müssen aber einsehen, dass ihre Mittel und ihre Macht begrenzt sind. So laufen verschiedene Verhandlungen: zwischen *Asstra* und Regierung, zwischen Kommunen und Regierung, zwischen Gewerkschaften und *Asstra*, und – nach dem Streik vom 1. Dezember – zwischen ArbeiterInnen und Gewerkschaften.

In den Tagen direkt nach dem Streik konnte man die Einschätzung hören, der *Asstra* selbst habe den Gewerkschaften vorgeschlagen, die Situation »anzuheizen«, um bei der Regierung zusätzliche Mittel zur Finanzierung des Tarifvertrags locker zu machen. Aber selbst wenn das wahr wäre, hätten *CISL*- und *UIL*-Funktionäre die ArbeiterInnen kaum in einen wilden Streik führen können, bestenfalls hätten Teile des Gewerkschaftsapparats mehr Platz als sonst für die selbständige Initiative der Mailänder Busfahrer gelassen.

Vielleicht haben die Widersprüche in den Institutionen den Streik begünstigt: wichtig ist, dass die Gewerkschaften die Kontrolle verlieren und es ihnen immer schwerer fällt, die Radikalisierung von Teilen der ArbeiterInnen zu verhindern. Es ist interessant, dass gerade die BusfahrerInnen mit ihrer langen Kampfgeschichte und hohem gewerkschaftlichen Organisierungsgrad der gewerkschaftlichen Kontrolle entgleiten. Der Erfolg des Mailänder Streiks hat aber auch damit zu tun, dass inzwischen sehr viele BusfahrerInnen Zweijahres-Verträge haben, wo sie – mit wenig Aussicht auf Festanstellung – miserable 850 Euro im Monat verdienen.

Ich habe keine Ahnung, ob sich hier ein neuer Kampfzyklus ankündigt. In jedem Fall stellt der Streik vom 1. Dezember einen wichtigen Sprung dar; er wird auch öffentlich sehr stark diskutiert.

Wie immer stellt die wirkliche Bewegung des Klassenkampfs mit all ihren Widersprüchen und Grenzen die offiziellen Organisationen der Arbeiterbewegung vor große Probleme und lässt ihre Strategien alt aussehen. Arbeitgeber und Regierung haben Angst, dass die Gewerkschaft die Kontrolle verliert, wenn die Situation »heißer« wird. Andererseits benutzt die Gewerkschaften solche Kämpfe gerne, um Arbeitgebern und Regierung klarzumachen, dass sie als starke und glaubwürdige Vermittlungsinstanz notwendig sind.

Ansonsten ging in den letzten Tagen die Diskussion über Repressionsmechanismen gegen wilde Streiks weiter. Inzwischen haben nämlich alle gemerkt, dass das Antistreikgesetz – hier sei mir ein Mao-Zitat erlaubt – ein Papiertiger ist. Natürlich funktioniert es zur Verhinderung von Minderheiten-Streiks und unterdrückt mit massiven Strafandrohungen Aufrufe von nicht-institutionellen Gewerkschaften zu irregulären Streiks, d.h. dem einzig wirksamen Mittel, das sie haben. Wenn sich aber die Situation radikalisiert und es zu Massenstreiks kommt, zu denen keine Gewerkschaft for-

mal aufgerufen hat, funktioniert es kaum oder gar nicht. Die Staatsanwaltschaft ermittelt und droht teilweise sogar mit Knast, aber so etwas lässt sich nicht so einfach durchziehen.

### 15. Dezember: der Streik weitet sich aus

Offensichtlich hatten alle auf den Streik der BusfahrerInnen am 15. Dezember gewartet: als Gradmesser der Situation nicht nur für die Branche. Am 11. Dezember gingen die ArbeiterInnen von *Alitalia* am Flughafen Rom-Fiumicino spontan in den Streik gegen die Drohung mit 4100 Entlassungen und die Nichtumsetzung der ohnehin miesen tariflichen Lohnerhöhungen. Sie blockierten zwei Stunden lang die Autobahn Fiumicino-Rom – wobei es kleinere Schlägereien mit der Polizei gab. Der Streik vom 1. Dezember hatte offensichtlich die Phantasie breiter Arbeiterschichten angeregt, und das Mailänder Modell breitete sich rapide aus. Die Hochburgen des wilden Streiks am 15. waren dann Turin und Brescia, aber ähnliches ereignete sich auch in Perugia und Florenz, und in vielen Städten gab es massenhafte Krankmeldungen. Eine Lawine von gelben Zetteln mit Spitzenwerten bis zu 60 Prozent ging über den städtischen Verkehrsbetrieben in Bari, Brescia, Castrovillari, Cosenza, Foggia, Genua, Neapel und Turin nieder.

Die FahrerInnen wurden dienstverpflichtet, und vor den Depots zog die Polizei auf. In Brescia drangen die Bullen sogar ins Depot ein, das brachte aber gar nichts, weil die ArbeiterInnen sich hinsetzten und sich weigerten, das Depot zu verlassen.*

Die Polizeieinsätze gegen die Streikposten zeigten aus mindestens zwei Gründen wenig Wirkung:

- auch ohne Streikposten weigerten sich viele ArbeiterInnen, die Depots zu verlassen;
- viele von denen, die aus Angst vor Strafen losfuhren, beteiligten sich am Boykott, indem sie langsam fuhren und sich genau an die Dienstvorschriften hielten.

Ein paar schnelle Überlegungen

- Ganz offensichtlich hat der Dominoeffekt funktioniert: Wenn man Mailand blockieren kann, dann geht das woanders auch, haben sich viele ArbeiterInnen gedacht.
- Viele ArbeiterInnen haben am 1. Dezember in Mailand und am 15. in Turin und Brescia vor dem offiziellen Zeitplan zu streiken angefangen und hinterher noch weitergestreikt.
- Die Gewerkschaft hat die Kontrolle verloren. Viele Gewerkschaftsmitglieder und -delegierte haben sich am Streik beteiligt, und die Führungen von *CGIL/CISL/UIL* haben ein Problem.
- Die Alternativgewerkschaften CUB, SLAI Cobas und Sn Cobas haben aus juristischen Gründen nicht formell zu dem illegalen Streik aufgerufen, aber sie haben ihn unterstützt und organisiert.
- Gleichzeitig mit den Streiks haben sich auch die organisierten Krankmeldungen ausgebreitet. Praktisch sind beides Wege, das Antistreikgesetz zu unterlaufen und auszuhebeln.
- Die Stärke der Mobilisierung hat dafür gesorgt, dass die Streiks im Öffentlichen Nahverkehr als etwas wahrgenommen werden, das alle betrifft. Natürlich sagen manche, diese Streiks treffen »andere Arbeitnehmer«, aber (und darauf kommt es politisch an) es wird auch über die Lohnbedingungen der Beschäftigten, über die Folgen der Prekarisierung und vor allem über das Antistreikgesetz diskutiert.

### P.S. Wilder Streik am 17.12. in Fiumicino

Am Morgen des 17. Dezember sind mehr als über 10 000 Beschäftigte auf dem Flughafen Fiumicino/Rom in den wilden Streik getreten. Die ArbeiterInnen schätzen die Sparpläne bei *Alitalia* offenbar so ein, dass die Fluggesellschaft insgesamt zur Disposition steht, was 8000 Arbeitsplätze kosten könnte (die Regierung spricht von 2700 Arbeitsplätzen). Drei Stunden lang war der Flughafen komplett gesperrt und nur mit dem Zug zu erreichen. Die Autobahn nach Rom war vier Stunden lang von mehreren tausend ArbeiterInnen blockiert. Die Bullen haben sich mit jungen ArbeiterInnen geprügelt, die die Blockade fortsetzen wollten. Sie haben außerdem ArbeiterInnen aus anderen Betriebsteilen, die zur Verstärkung mit dem Zug anreisten, zunächst eingekesselt. Trotz der Repression haben sich 90 Prozent der ArbeiterInnen am Streik beteiligt, mehr als 100 Flüge mussten gestrichen werden. ■

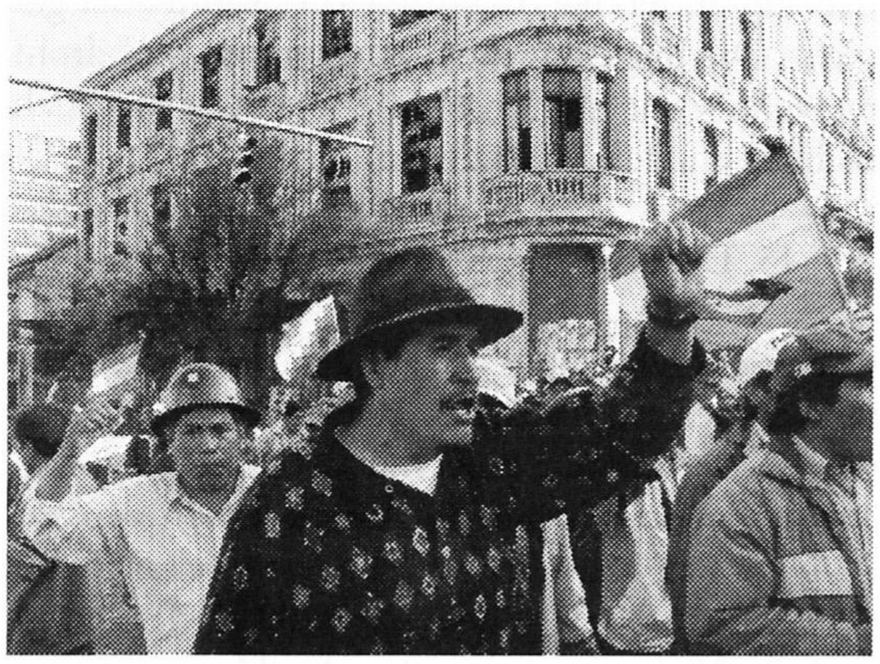
* Ein spannender Bericht dazu auf indymedia: *http://de.indymedia.org/2003/12/70288.shtml*

Auf indymedia war bereits am 3.12. ein langer Bericht über den Streik am 1. Dezember: *http://de.indymedia.org/2003/12/68848.shtml*

**Unglaublich:** noch während der Drucks dieser Seite erschien folgendes Interview mit einem streikenden Flughafenarbeiter: *http://de.indymedia.org/2003/12/70419.shtml*

## Lateinamerika:

# Das Donnerrollen der Unzufriedenheit



Auf den folgenden Seiten wird die explosive Situation in Lateinamerika aus zwei unterschiedlichen Perspektiven unter die Lupe genommen. Im zweiten Beitrag geht es um Bolivien: die Flucht von Präsident Sánchez de Losada nach der »Gasexplosion« im Oktober 2003, den Aufständen gegen den Verkauf der Erdgasvorräte an multinationale Konzerne, ist der vorläufige Höhepunkt einer sich seit Ende 1999 zuspitzenden sozialen Auseinandersetzung, die immer wieder an der Frage der Privatisierung der natürlichen Ressourcen wie Wasser und Erdgas eskaliert. Der Beitrag versucht einen Einblick in die Zusammensetzung der Bewegung.

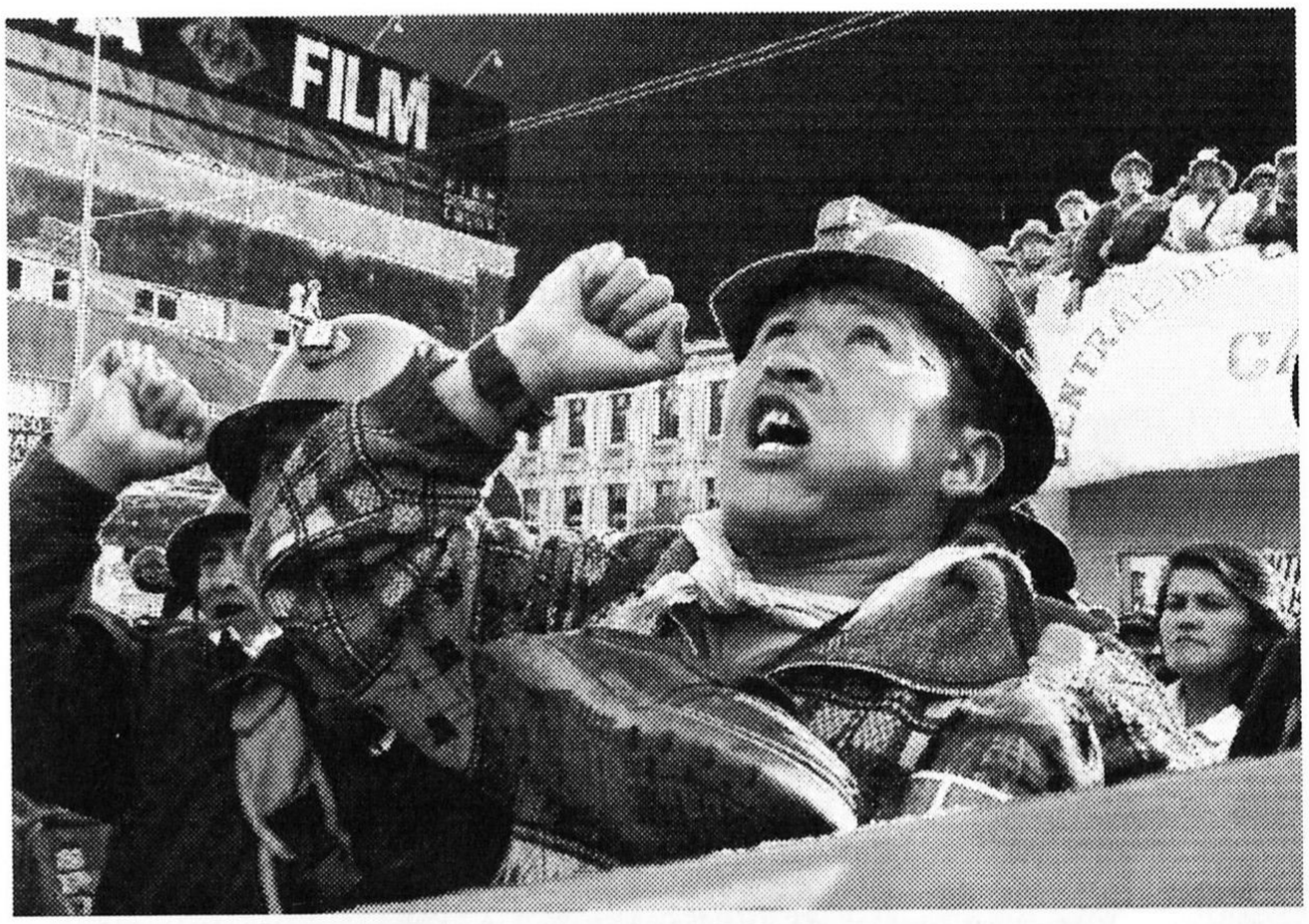
Der erste Beitrag ist die Übersetzung eines Textes von Immanuel Wallerstein, in dem er ausgehend von den Aufständen in Bolivien eine Einschätzung der Situation in Lateinamerika vornimmt. Wir haben in der Wildcat immer wieder über die Situation in Argentinien seit den Aufständen vom Dezember 2001 berichtet (siehe auch die Beilage in diesem Heft). In der Wildcat 66 haben wir in »Ein Kontinent in Aufruhr« darauf hingewiesen, dass die Entwicklung in Argentinien kein Einzelfall ist. Wallerstein nennt es ein »feines Donnerrollen der politischen Unzufriedenheit in Lateinamerika«. Er erinnert an die 60er Jahre, als die Revolution in Lateinamerika »überall Thema« war, und die Vereinigten Staaten die Situation militärisch »lösten«. Es folgte das Jahrzehnt der sog. Schuldenkrise, Mitte der 90er kam es mit Mexiko zur Bildung der NAFTA. Und hier macht Wallerstein auch den Wendepunkt fest: mit den Zapatisten bildet sich eine Bewegung »neuen Typs«, die weltweit Aufmerksamkeit bekommt. Ende der 90er und zu Beginn des 21. Jahrhundert setzt sich das »Donnerrollen« in Brasilien, Ecuador, Peru, Venezuela und Argentinien fort. Wallerstein benennt zwei wichtige Unterschiede zur Situation in den 60er Jahren: die USA sind trotz aller Unzufriedenheit über die Entwicklung nicht in der Lage, eine militärische »Lösung« wie in den 70er Jahren zu forcieren (was nicht bedeutet, dass sie nicht mit militärischen Interventionen »niedriger Intensität« mitmischen). Vor dem Hintergrund des militärischen Engagements im Mittleren Osten scheinen sie nicht die Macht zu haben, die Entwicklungen in Lateinamerika gänzlich im Griff zu behalten. Der zweite Punkt betrifft die Bewegungen selbst: nach den Maßstäben der 60er Jahre sind sie nicht unbedingt revolutionär, die Übernahme der Staatsmacht ist nicht ihr Ziel. Und in der Tat, das macht die Bewegungen aus: aus den Erfahrungen mit der Sackgasse der nationalen Befreiung setzen die Bewegungen auf eine Macht von unten, die sich enger an den Lebens- und Arbeitsbedingungen orientiert. Diese sympathische »negative Macht« entwikkelt sich in horizontalen Basisstrukturen, in Stadtteilversammlungen, Selbstverteidigungskomitees oder besetzten Betrieben. Aber der Bezug auf das Unmittelbare kann zur Schwäche werden, wenn es dieser »negativen Macht« nicht gelingt, die kapitalistische Verwertung zu blockieren oder die nationalstaatlichen Grenzen zu überschreiten. Tatsächlich besetzen z.B. in Argentinien und Brasilien reformistische Mitte/Links-Regierungen das »Machtvakuum« wieder. Zumindest versuchen sie es, auch wenn am Beispiel Lula schnell deutlich geworden ist, welche Grenzen das hat: er zeigt dem IWF natürlich nicht wirklich »die Stirn« (Wallerstein), und die in ihn gesetzten Hoffnungen auf eine »andere Politik« mündeten schnell in erste Konfrontationen. Insofern ist es etwas unverständlich, dass Wallerstein am Ende seines Textes als Perspektive der Bewegungen nur den politischen Einfluss auf die Mitte/Links-Regierungen sieht – umso mehr als der von ihm benannte wichtige Widerstand gegen das Projekt einer gesamtamerikanischen Freihandelszone (FTAA/ALCA) von diesen Mitte/Links-Bündnissen in eine Bewegung für eine alternative Freihandelszone kanalisiert werden soll. Stattdessen müsste das Augenmerk auf den Möglichkeiten und Grenzen der Bewegungen liegen, auf ihren konkreten Erfahrungen und auf der Frage, ob und wie in diesen Bewegungen gesellschaftliche Spaltungen in Frage gestellt und Ansätze entwikkelt werden, die über das Unmittelbare hinausweisen. ■

# Bolivien, Bush und Lateinamerika

Commentary No. 124, Nov. 1, 2003 »Bolivia, Bush, and Latin America«
von Immanuel Wallerstein

Über den Aufstand in Bolivien, der einen Präsidenten sein Amt kostete, ist in nordamerikanischen und europäischen Zeitungen ungewöhnlich breit berichtet worden. In gewisser Weise überrascht dies, denn selbst in den besten Zeitungen werden Länder wie Bolivien in der Regel ausgeblendet oder finden allenfalls untergeordnete Berichterstattung. Vielleicht handelt es sich hier nur um die Auswirkungen einer Häufung von Ereignissen während der zurückliegenden zwei Jahre, in denen sich der Wandel der politischen Strukturen Lateinamerikas wiederspiegelt. Möglicherweise rückt Lateinamerika aber wieder in den Brennpunkt der Weltpolitik.

---




Während der 60er Jahre begegnete man in Lateinamerika dem Thema »Revolution« überall. Kuba wurde zum Symbol für den Marsch zum Sozialismus. Che Guevara versinnbildlichte und praktizierte einen Ansatz, der Fokustheorie genannt wurde, »Revolution innerhalb der Revolution«, ein Weg, auf dem Guevara den Tod fand – in Bolivien. »Abhängigkeit« lautete danach der neue Slogan der lateinamerikanischen Intellektuellen, ein Konzept, das sich aus dem Bild von Kern und Peripherie sowie aus der »Entwicklungstheorie« herleitete, wie sie von Raul Prebisch und dem Wirtschaftsausschuss der Vereinten Nationen für Lateinamerika zuerst entwickelt worden war. Jene Intellektuellen stellten sich erstmals den kommunistischen Parteien Lateinamerikas offen entgegen. Sie betrachteten diese als reformistische, anti-revolutionäre defacto-Kollaborateure mit den Vereinigten Staaten und dem Weltkapitalismus. In einer ganzen Reihe von Ländern traten Guerilla-Bewegungen auf die Bildfläche, und sie erschienen sehr stark. In Chile wurde Salvador Allende auf der Grundlage eines Programms des Übergangs zum Sozialismus gewählt.

Von da an setzten die Vereinigten Staaten, um die Flutwelle einzudämmen, auf die militärische Übernahme einiger Regimes: Brasilien, Chile, Argentinien, Uruguay. Die revolutionäre Welle ebbte in den 70er Jahren ab; die Sandinistas in Nicaragua sind als ein letzter Schub nach vorn zu betrachten. In den 80er Jahren begann Lateinamerika für die weltwirtschaftliche Stagnation zu zahlen. Mexiko führte den Reigen an, als sich 1982 dort der Vorhang für die »Schuldenkrise« hob (obwohl streng genommen Polen diesbezüglich schon 1980 das Rennen um den Platz Eins in der Welt für sich entschieden hatte). Die 80er Jahre sind Schauplatz einer Absetzbewegung von der Entwicklungspolitik und zugleich eines neuen Vorschubs in Richtung »Demokratie«, d.h. einer auf Wahlen gestützten Politik, im ganzen aber einer Beruhigung der Gewässer. Im Grunde gaben die verschiedenen Guerilla-Bewegungen Mittelamerikas auf und erhielten dafür zur Wahrung ihres Gesichts Beteiligungsrechte bei parlamentarischen Wahlen. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und der verschiedenen Ausprägungen des Kommunismus in Ost-Europa desorientierte einen großen Teil der amerikanischen Linken und nahm ihm die Waffen.

Die 90er Jahre gaben den USA das Gefühl, in Lateinamerika mit bequemen Spielräumen operieren zu können. Mexiko erklärte sein Einverständnis, sich der *Nordamerikanischen Freihandelszone* (NAFTA) anzuschließen. Endlich, nach einem halben Jahrhundert der Einparteienregierung durch

den *Partido Revolucionario Institucional* (PRI), wählte Mexiko Vicente Fox zum Präsidenten, den Chef einer konservativen, auf Freihandel orientierten, pro-nordamerikanischen Partei.

Gewiss, sogleich nach der Unterzeichnung des NAFTA-Vertrags, erlebte Mexiko die Entstehung und Stabilisierung eines auffälligen neuen Typs sozio-politischer Bewegung, nämlich die der Zapatistas in Chiapas, die sich die Verteidigung der Interessen der unterdrückten indianischen Bevölkerung zum Ziel gesetzt hatten. Sie aktivierten weltweit Aufmerksamkeit und Unterstützung in bemerkenswertem Ausmaß. Die Vereinigten Staaten hingegen schenkten ihnen praktisch keine Beachtung – möglicherweise deshalb, weil die Zapatistas ihr Desinteresse an der Übernahme von Staatsmacht verkündeten.

Als Sánchez anbot, bolivianisches Gas billig zu verkaufen, explodierte das Land – allen voran die ungeheuren Slumgebiete von Altiplano, die drohend von oben auf die City der Hauptstadt herunterschauen. Und plötzlich riefen Studenten und Arbeiter, die durch die Straßen marschierten, das Lob Che Guevaras.

Nun gingen die Vereinigten Staaten dazu über, den Plan eines *Freihandelsbündnisses der Amerikas* (FTAA oder ALCA) zu propagieren, und gewannen Chile dafür, als erstes Land seine Signatur unter ein bilaterales Vertragswerk solcher Bestimmung zu setzen.

Danach ließ sich in Lateinamerika ein feines Donnerrollen der politischen Unzufriedenheit vernehmen. Die Art und Weise, in der es sich äußerte, unterschied sich in Ecuador, Peru, Venezuela, Brasilien und Argentinien im Einzelnen. In einer Eigentümlichkeit stimmten jedoch alle überein. Die Unzufriedenheit wurzelte bei den Bevölkerungen der Indios (oder Mestizen) sowie bei den gewerkschaftlich organisierten und in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerungsteilen. Hingegen waren die Mittelschichten vergleichsweise desorientiert und verunsichert bezüglich ihrer Interessenlage. In keinem dieser Fälle kam eine Regierung an die Macht, die nach den Normen der 60er Jahre »revolutionär« war. In allen Fällen aber formierte sich mehr oder weniger offene Opposition gegen die Diktate des *Internationalen Währungsfonds* (IWF) und gegen die Herausbildung der FTAA. Immer waren die Vereinigten Staaten wenig glücklich, erschienen jedoch unfähig, die Lage so direkt und schnell zu beeinflussen wie in den 70er Jahren. Es gab keinen Staatsstreich à la Pinochet.

Dies ist der Hintergrund für Bolivien, das vielleicht ärmste Land Südamerikas. Bolivien war im Grunde der Pionier der voraufgegangenen »revolutionären« Welle in Lateinamerika. Eine Revolution im Jahr 1952 führte zur Verstaatlichung der Zinn-Bergwerke. Die Revolution stand unter der Führung des *Central Obrero Boliviano* (COB), Organisator der Zinn-Bergleute, die in der Mehrzahl Indios waren. Diese Revolution schockierte die Vereinigten Staaten schrecklich, denn es vereinten sich in ihr gewerkschaftliche Kampfbereitschaft mit Ansprüchen der indianischen Mehrheit auf eine politische Rolle im Staat. Fünf Jahre waren nötig, um die Sache einzudämmen. Als die Nachfrage nach Zinn auf dem Weltmarkt zurückging, wandten sich viele der indianischen Produzenten der Herstellung von Coca zu, was ihnen zwar ein Einkommen bescherte, aber ebenso sehr den Zorn der Vereinigten Staaten, die ihren Feldzug gegen Drogen betrieben.

In der jüngsten Wahl trat Evo Morales an – der Sprecher der Cocaleros –, der eine Bewegung namens *Movimiento al Socialismo* (MAS) leitete, welche die Unterstützung des COB und der indianischen Bewegung genoss. Er war nur ganz knapp Gonzalo Sánchez de Lozada unterlegen, einem konservativen Standardkandidaten. Berichten zufolge witzelte Sánchez, als er Bush in Washington traf, er wolle sich wohl wunschgemäß verhalten,

jedoch würde, täte er es, Bush ihn bei nächster Gelegenheit vermutlich als politischen Exilanten in den Vereinigten Staaten antreffen. Genau so geschah es. Als Sánchez anbot, bolivianisches Gas billig zu verkaufen und darüberhinaus offerierte, eine Gasleitung zu einem Hafen zu bauen, der einst Bolivien gehört hatte, jedoch im 19. Jahrhundert im Krieg von Chile errungen worden war, da explodierte das Land – allen voran die ungeheuren Slumgebiete des Altiplano, die drohend von oben auf die City der Hauptstadt herunterschauen. Und plötzlich riefen Studenten und Arbeiter, die durch die Straßen marschierten (ebenso wie der COB in einem offiziellen Dokument), das Lob Che Guevaras.

Die Vereinigten Staaten verkündeten, dass sie Sánchez unterstützten, und sie brachten den Generalsekretär der *Organisation Amerikanischer Staaten* dazu, ein Gleiches zu tun. Der Aufstand war jedoch zu stark. Der bislang unprofilierte Vizepräsident kündigte die Unterstützung der Regierung auf und ebnete damit den Weg für seine eigene Amtsübernahme. Als Nächstes verlor zu jedermanns Überraschung kurz darauf die konservative Regierung Kolumbiens, des stärksten Verbündeten der Vereinigten Staaten auf dem Kontinent, die Bürgermeisterwahl in Bogota (ebenso wie in Medellin, der zweitgrößen Stadt) an »Lucho« Garzon, einen Gewerkschaftsführer und Ex-Kommunisten. Die Typologie der Unzufriedenheit stimmte in beiden Fällen überein: Folgeschäden des Neoliberalismus und der Forderungen nach Ausrottung der Coca-Pflanzen, wobei im letzteren Fall die Unzufriedenheit mit der harten Verhandlungslinie der Regierung gegenüber der dauerhaft überlebenden Rebellenbewegung FARC hinzutrat. Also: keine »Revolution«, aber systematische Geländeverluste für konservative Kräfte und das politische Projekt der Vereinigten Staaten.

Versuchen wir einen Überblick der Geschehnisse im Ganzen: In Brasilien gingen »Lula« und der *Partido dos Trabalhadores* (PT) am Ende siegreich aus einer Präsidentenwahl hervor. In Argentinien, dem Schaufenster des *Internationalen Währungsfonds*, brachten wirtschaftlicher Zusammenbruch und politischer Aufruhr einen Präsidenten hervor,

Heftige Proteste begleiteten die FTAA-Verhandlungen im November 2003 in Miami. Die Polizei setzte Tränengas und Gummigeschosse gegen die Demonstranten ein.

der dem IWF die Stirn bot, damit davon kam und hierfür schließlich mit starker politischer Unterstützung für seine Kandidaten in den wichtigsten Bürgermeisterwahlen belohnt wurde. Im Jahr 2003 scheiterten die Vereinigten Staaten mit dem Versuch, bei einem kritischen Votum des UN-Sicherheitsrats zum Irak, die Unterstützung eines einzigen der beiden Länder Mexiko oder Chile zu gewinnen. In Cancun lag die Führung des Widerstands gegen die Vereinigten Staaten in den Händen Brasiliens, und dies erfolgreich. Landauf, landab hat sich das Erwachen der indigenen Bevölkerungen gezeigt, die in der größeren Zahl der Länder Lateinamerikas die Mehrheit bilden.

Zwei Erscheinungen, die zusammentraten, haben möglich gemacht, dass diese Woge anschwellen konnte: Einerseits verfügen die Vereinigten Staaten nicht mehr über die Macht, Entscheidungen in Lateinamerika zu diktieren, gerade gegenwärtig, während sie im mittelöstlichen militärischen Engagement gebunden sind. Andererseits haben die politischen Führer Lateinamerikas – insbesondere im Feld von Mitte-Links – ihre Lektion gelernt. Diese besagt, dass sie keine großen, schnellen Schritte machen können, dass ihnen aber durchaus mittelgroße möglich sind, und diese wiederum können kumulieren. Lateinamerika ist dabei, aus Schwächeerscheinungen der Vereinigten Staaten Vorteil zu ziehen. Die Kämpfe haben zwei Angelpunkte: Einmal das Ausmaß, in dem indianische und andere, bei den Gewerkschaften und den Landarbeitern beheimatete Bewegungen ihre Dynamik beibehalten und ihren politischen Einfluß vergrößern; zum anderen die Frage, ob die Verhandlungen über die FTAA tatsächlich zusammenbrechen, weil die Vereinigten Staaten sich gegenüber jedem sinnvollen Zugeständnis starr verschließen.* ■

* Die Verhandlungen über die Bildung der FTAA wurden im November 2003 in Miami – begleitet von schweren Protesten – »grundsätzlich abgeschlossen«. Bis Januar 2005 sollen »noch offene Detailfragen« geklärt werden.

# Der Oktoberaufstand in Bolivien

Am 17.10. musste wieder ein lateinamerikanischer Präsident seinen Regierungssessel vorzeitig verlassen. Sánchez de Losada floh vor dem Zorn der BolivianerInnen – symbolträchtig direkt nach Miami, via US-Botschaft. Im September hatte in Bolivien der *Krieg um das Gas* begonnen, eine breite Mobilisierung gegen die Pläne der Regierung, mit dem Erdgas eine weitere Ressource an die multinationalen Konzerne zu verscherbeln. Aus den Protesten gegen die neoliberale Ausverkaufspolitik entwickelte sich ein Volksaufstand mit einem gemeinsamen Ziel: die Regierung zu stürzen. In diesem Aufstand haben sich Bewegungen vereint, die in den letzten Jahren getrennt gekämpft haben. Die Einheit kam durch den Druck der Basis zustande, der Partei- und Gewerkschaftsführungen überrollte. Der Aufstand war unkontrollierbar, und es entwickelten sich neue Strukturen von Gegenmacht und (teilweise bewaffneter) Selbstverteidigung. Entgegen vorherigen Ankündigungen konnten die USA ihren Präsidenten Sánchez de Losada nicht halten. Aber es ist ihnen gelungen, mit Carlos Mesa eine sozialverträglichere Figur zu installieren und die Rebellion zunächst aufzuhalten. Aus dem Oktoberaufstand ist noch keine Revolution geworden.

---

Weitere Materialien zum Aufstand im Oktober und zu den Bewegungen in Bolivien befinden sich auf unserer Webseite:
*www.wildcat-www.de*

Seit dem *Wasserkrieg* im April 2000, mit dem die EinwohnerInnen von Cochabamba die Privatisierung der Wasserversorgung verhindert haben, ist es in Bolivien immer wieder zu Blockaden und Aufständen gekommen. Mal blockierten die Aymarabauern auf dem Hochland die Straßen, dann wieder die Kokabauern im tropischen Chapare. Die Bergarbeiter meldeten sich mit ihren Dynamitstangen in der Hauptstadt zu Wort, und RentnerInnen gingen auf die Straße. Verschiedenste Gruppen mobilisierten gegen ihre unerträglichen Lebensbedingungen. Zu einer ersten Vereinheitlichung kam es im Februar 2003, als die Ankündigung einer massiven Steuererhöhung zu einem Aufstand führte, der mit 33 Toten und der Rücknahme der Steuererhöhung endete. Die Einheit und Stärke, die in den Kämpfen im Oktober entstanden ist, ging wesentlich weiter und wurde heftiger unterdrückt. Die Repression hinterließ mehr als achtzig Tote und fünfhundert Schussverletzte. Die Verletzten demonstrieren zur Zeit im Zentrum von La Paz für Entschädigungen. Den meisten fehlt das Geld für Medikamente und medizinische Versorgung.

Zentrum des Aufstands war El Alto, die Stadt der Armen oberhalb der Hauptstadt. La Paz liegt in einem Talkessel. Wer Geld hat, wohnt in den tiefer gelegenen Stadtteilen, wo die Luft nicht ganz so dünn und die Kälte nicht so beißend ist. Oberhalb der Kante des Kessels, auf mehr als 4000 m Höhe, haben sich die MigrantInnen vom Land niedergelassen. El Alto ist die Hauptstadt der Aymara und hat inzwischen 800 000 EinwohnerInnen. Ehemalige Bauern und Bergarbeiter schlagen sich hier mit Straßenhandel, informeller Arbeit und Klitschenwirtschaft durch. Sie leben teilweise seit Generationen in der Stadt, aber die Verbindungen zu den Aymara auf dem Land sind vielfältig.

Die bolivianische Gesellschaft besteht aus zwei Welten: die der weißen Minderheit und die der indigenen Mehrheit. Landbevölkerung und städtische Aymara waren die ProtagonistInnen des Aufstands. Sie provozierten damit teilweise bürgerwehrähnliche Angriffe von Weißen (wie der Nación Camba – Nation der Weißen in Santa Cruz), aber es gelang ihnen auch, absteigende weiße Mittelschichten mitzuziehen. In den letzten Tagen des Aufstands kam es auch in Mittelschichtsvierteln in La Paz zu Mobilisierungen.

Die Jugendlichen von El Alto sind moderne Vorstadt-Kids mit städtisch-westlicher Kultur. Aber in einer Gesellschaft, in der sie zu Armut und miesesten Jobs verdammt sind und als »Scheiß-Indios« beschimpft werden, beziehen sie sich ebenso auf ihre Identität als Aymara. Am 20.9. erschoss das Militär bei der Räumung einer Straßenblockade in Huarisata auf dem Andenhochland fünf Aymara-Bauern. Die Bauern und Bäuerinnen intensivierten daraufhin ihre Blockaden und begannen, sich zu bewaffnen. Die Aymara von El Alto schlossen sich dem Aufstand an. Die Hauptstadt La Paz war von den Blockaden eingekreist. Besonders umkämpft war die Autobahn, die La Paz mit El Alto und dem Flughafen verbindet. Hier kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Militär

und DemonstrantInnen, die die Straßen mit Barrikaden und entgleisten Bahnwaggons blockierten und Gräben aushoben.

Die BewohnerInnen von El Alto benutzten die bestehenden etwa 500 Nachbarschaftskomitees (Juntas Vecinales), um sich zu organisieren. Auf den Straßen fanden ständig Versammlungen statt. An den Mobilisierungen waren besonders viele Frauen und Jugendliche beteiligt. Nachts traf man sich an den Feuern, die zur Absicherung der Stadtviertel brannten und von organisierten Nachtwachen bewacht wurden. Um das Vordringen von Polizei und Militär zu verhindern, wurden Barrikaden gebaut, Brücken gesprengt, Autoreifen verbrannt und Stacheldraht ausgelegt. Selbstverteidigungskomitees sorgten für die Ausrüstung mit Molotow-Cocktails, Sprengsätzen und anderen Mitteln zur Verteidigung. Schließlich bildete sich für die Fragen der militärischen Verteidigung eine Koordination aus der *Vereinigung der Nachbarschaftskomitees* (*FEJUVE*), dem *Regionalen Gewerkschaftsdachverband* (*COR*) und der *Gewerkschaft der Hochlandbauern* (*CSUTCB*). Die BewohnerInnen von El Alto haben die Organisation und Absicherung ihrer Stadt selbst in die Hand genommen. Manche sprachen schon davon, die Kommune von El Alto auszurufen – wozu es dann aber nicht mehr kam.

Unter dem Druck der Ereignisse hatte der Gewerkschaftsdachverband *COB* zu einem unbefristeten Generalstreik und Straßenblockaden aufgerufen. Der Generalstreik war zunächst umstritten, da der *COB* an der Basis keinerlei Vorbereitungen getroffen hatte, wurde dann aber zu einem Bezugspunkt. In diesem Rahmen fand auch der *Bürgerstreik*, das völlige Lahmlegen des öffentlichen Lebens in El Alto statt. Die Leitung des Aufstands lag jedoch weder beim *COB*, noch bei den beiden Bauernparteien (der Indigena-Bewegung der Hochlandbauern *MIP*, unter Leitung von Felipe Quispe, und der *Bewegung zum Sozialismus MAS*, der Partei der Kokabauern unter Evo Morales, die bei den Wahlen im August 2002 die zweitmeisten Stimmen bekam). Bei einem erweiterten Treffen des *COB* am 18.10., mit 150 Führungspersonen aus den verschiedenen gewerkschaftlichen und sozialen Bewegungen, die an dem Aufstand beteiligt waren, kam der *COB*-Vorsitzende Jaime Solares unter allgemeiner Zustimmung zu dem Schluss: »Kein Führer und keine politische Partei hat diesen Volksaufstand angeführt. Weder Evo, noch Felipe, noch wir haben an der Spitze der Rebellion gestanden. Dieser Konflikt hatte – leider – keine einheitliche Führung. Es waren die bolivianischen

*»Kein Führer und keine politische Partei hat diesen Volksaufstand angeführt. Weder Evo, noch Felipe, noch wir haben an der Spitze der Rebellion gestanden.«*

ArbeiterInnen, die den Mörder Goni (Sánchez de Losada) von unten mit Fußtritten von der Macht vertrieben haben. Es waren die wütenden Massen, die dem nordamerikanischen Imperialismus eine Ohrfeige versetzt haben. Niemand kann sich als Individuum oder Partei die Führung in diesem Konflikt zuschreiben. Niemand.«

Die Einheit der Bewegungen ist von unten und auf der Straße entstanden. Als Hunderte Bergarbeiter aus Huanuni und Oruro nach tagelangen Märschen und Auseinandersetzungen mit Polizei und Militär in El Alto ankamen, um sich dem Aufstand anzuschließen. Als sich nach den beiden Massakertagen am 12./13.10., an denen in El Alto 54 Menschen starben, eine Massendemonstration von El Alto ins Zentrum von La Paz bewegte und der Aufstand sich auf das ganze Land ausweitete. Als Bergarbeiter und Bauern, Aymara und weiße Mittelschichten gemeinsam den Sturz des Präsidenten feierten.

Die Bewegungen haben dem neuen Präsidenten einen Waffenstillstand von 90 Tagen eingeräumt. Viele halten das jetzt schon für einen Fehler und bereiten sich auf neue Auseinandersetzungen vor. In der Krisenprovinz Chapare hat Evo Morales bereits Schwierigkeiten, seine Bewegung von der Beibehaltung des Waffenstillstands zu überzeugen. Hier führt die Regierung unter dem Vorwand der Drogenbekämpfung seit Jahren Krieg gegen die sozialen Bewegungen, gemeinsam mit US-Militärs. Mit der Verhaftung von acht AnführerInnen der Kokabauern am 10.12. haben sie neues Öl ins Feuer gegossen. ■

# Was bisher geschah

In dieser Rubrik wollen wir Fehler in zurückliegenden Heften korrigieren und über Weiterentwicklungen zu abgedruckten Artikeln berichten. Diesmal tun wir das eine stark selektiv, denn im letzten Heft sind uns so viele technische Fehler passiert, daß deren Kommentierung ein eigenes Heft füllen würde. Nur ein paar Beispiele: das Editorial rutschte ohne Bearbeitung in den Druck, Hinweise darauf, was da jetzt kommen *sollte*, landeten im Heft; beim Umsetzen des Layouts auf die Druckplatte sind mehrere Fehler passiert, so daß am Ende die Graustufen weg waren – vom (geplanten) Layout habt Ihr im Heft nur eine Andeutung gesehen. Gleich auf der Umschlagseite war „Tigel" falsch geschrieben... usw.. **Kein** Fehler war, daß im Editorial „Reichianer" nicht erklärt wurde, die Erklärung kam nämlich im Adorno-Artikel. Aber wir hätten vielleicht erwähnen sollen, daß alle Bilder, die nicht anders erklärt waren, sowohl auf der Titelseite als auch im Heft vom „black out" in den USA stammten, meistens von spontanen Parties...

Bei so vielen Fehlern freuen wir uns natürlich doppelt, daß uns diesmal gar kein Fehler passiert ist!

Nachzutragen wäre erstens eine Ergänzung zu einer Berichtigung in der WC 67: Das in der Nr. 66 besprochene Buch von E. Todd ist nun auf Englisch erschienen.

http://www.columbia.edu/cu/cup/*catalog/data/023113/023113102X.HTM*

Zweitens ein Nachtrag zum Artikel »Mobilisierung gegen den Stellenstreichungserlass in Italien« in der Wildcat 66 – damals hatten wir den Artikel mit dem Satz beendet: »Mal sehen, was draus wird!« Jetzt haben in Rom Eltern die Initiative aufgegriffen und eine Schule besetzt, um gegen die Schulreform zu kämpfen.

Drittens ein Nachtrag zum „Weiter(bildung) in der Krise"-Artikel (WC 67):

**Weiterbildung: Massiver Personalabbau**

Die Anbieter von beruflicher Weiterbildung streichen bis zum Jahresende rund 20 000 Stellen, schätzen Branchenexperten. Die zur Gewerkschaft Verdi gehörende *Deutsche Angestellten-Akademie* (*DAA*) hat bereits 750 der 2000 Mitarbeitern gekündigt, jetzt droht eine zweite Kündigungswelle. Beim Berufsfortbildungswerk des DGB (*bfw*) fallen 670 von 2400 Stellen weg, bei einem der größten Privatanbieter, der *DekraAkademie*, 250 von 970. Kleinere Anbieter bauen laut *Bundesverband Deutscher Privatschulen* im Schnitt 50 Prozent ihrer Dozentenstellen ab. Die Zahl der Teilnehmer an solchen Kursen sank 2003 von rund 340 000 auf rund 220 000. (dpa)

Viertens wäre nicht »nachzutragen«, aber darauf *hin*zuweisen, daß es seit Mitte Oktober 2003 zum ersten Mal seit 25 Jahren in US-Supermärkten einen Streik gibt. In Südkalifornien streiken über 70 000 ArbeiterInnen seit mehr als neun Wochen, vor allem Frauen, AfroamerikanerInnen und Latin@s. Sie wehren sich dagegen, daß die Finanzierung der Krankenversicherung weiter zu ihren Lasten verändert werden soll. Das sei an dieser Stelle erwähnt, obwohl es bestimmt nix mit der Geschichte aus einem US-Supermarkt im letzten Heft zu tun hat! Ihnen haben sich Bus- und Ubahn-ArbeiterInnen angeschlossen, die aber inzwischen die Arbeit wieder aufgenommen haben. Mitte Dezember fand ein Soli-Konzert für die streikenden ArbeiterInnen statt: *»Benefit Concert for Grocery Strikers - There will be a concert to raise money for the striking southern California grocery store workers, Thursday, December 18, at the Roxy Theater in Hollywood. Performers will include Tom Morello, Brad Wilk, Serj Tankian, Janeane Garafalo, Phantom Planet, Boots Riley from The Coup, Corey Taylor from Slipknot, and Lester Chambers...«*

Fünftens sei darauf *ver*wiesen, daß es im nächsten Heft auch wieder eine Rubrik „was bisher geschah" geben wird, und daß dort **Dein Leserbrief** stehen kann!

Und sechstens, können die Bauarbeiter in Berlin weitere Lohnnachzahlungen *vor*weisen:

## Teil 3 der Lohnraub-Soap an der WBM-Baustelle

# »Berlin, Rathauspassagen«

### Was bisher geschah

Was bisher geschah: Durch Rechtsanwälte, Öffentlichkeitsarbeit und eine Demo konnte die *Wohnungsbaugesellschaft Mitte* (WBM) zur Zusage gezwungen werden, ihr Subunternehmer werde 19 Bauarbeitern afrikanischer Herkunft 13.500 EUR ausstehende Löhne zahlen.[1] Diese Summe wurde tatsächlich ausgezahlt – und der Erfolg hatte den Effekt, dass weitere 23 geprellte Arbeiter von fünf Subunternehmern derselben Baustelle ihre ausstehenden Löhne einforderten – außerdem wurde die Baustelle wegen Schwarzarbeit gerazzt.[2]

Zum Fortgang der Sache schreibt uns *ElexirA*:

Wir konnten einen systematischen Lohnbetrug während des Umbaus der Rathauspassagen zwischen Frühjahr und Herbst letzten Jahres, über eine Zeit von ungefähr sieben Monaten nachweisen. Auf der Baustelle hatte es deswegen ständig Konflikte gegeben: Mehrmals hatten Subunternehmen die Polizei gerufen, um sich Gruppen von Arbeitern, die ihren Lohn einforderten, vom Hals zu schaffen. So hatte eine Gruppe von Arbeitern die Auszahlung ausstehender Löhne erzwungen, indem sie Arbeitsmaschinen beschlagnahmte.

Obwohl die *WBM* in Generalklauseln mit ihren direkten Subunternehmern geregelt hat, dass eine Weitervergabe der Aufträge an Sub-Subs nicht zulässig ist, war es meistens genau so gelaufen. Die *WBM* gab sich offiziell uninformiert über diese Praxis auf ihrer Baustelle. Sie weigert sich strikt, Zahlungen zu übernehmen und »übt« statt dessen »Druck auf ihre Subunternehmen aus«, damit diese zahlen.

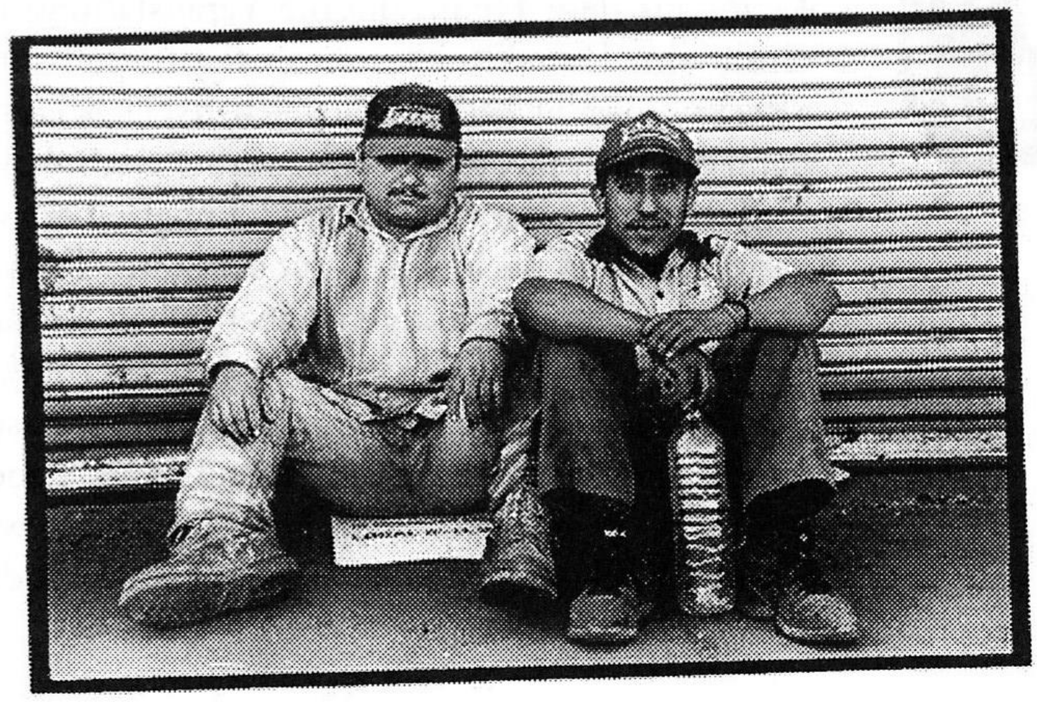
In Verhandlungen zwischen *WBM* und Vertretern der Arbeiter, unterstützt durch die Flüchtlingsinitiative Brandenburg (*FIB)* und *ElexirA*, wurde im Oktober die Auszahlung von 2.300 EUR bzw. 9.500 EUR an weitere zwei Gruppen von zwei bzw. elf Arbeitern durch die betreffenden Subunternehmen zugesagt. Diese sind inzwischen ausgezahlt worden.

Im Fall einer vierten und bisher letzten Gruppe von acht Arbeitern geht es um ausstehende Löhne von 18.000 EUR. Auch hier behauptet die *WBM*, auf ihr direktes Subunternehmen eingewirkt zu haben, auch hier ist die Tatsache und der Umfang der geleisteten Arbeiten nicht umstritten (Gedächtnisprotokolle und Stundenzettel der Arbeiter liegen vor) – aber die Subunternehmer schieben die Verantwortung hin und her. Die niedrigste Ebene gibt sich zahlungsunfähig, behauptet, selbst nicht ausgezahlt worden zu sein, die mittlere Ebene weist jeden direkten Bezug zum Arbeitsverhältnis von sich.

Wir überlegen deshalb, ob über eine parlamentarische Anfrage das Durcheinander im Unternehmensgeflecht etwas entwirrt werden kann. Immerhin ist die *WBM* im Besitz Berlins und eine erste Anfrage der PDS-Abgeordneten Karin Hopfmann hatte neben viel Bla-bla zumindest die Zusage von Stadtentwicklungssenator Strieder zur Folge, der Konflikt werde »nicht auf dem Rücken der Schwarzarbeiter ausgetragen.«[3]

Die Koordination zwischen den verschiedenen Ebenen verlangsamt in diesem Lohnkampf unsere öffentlich sichtbaren Aktivitäten. Die Rückvermittlung und Einbeziehung der Arbeiter selbst in den Prozess der Lohneinforderung ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Daneben sind ständige Absprachen zwischen mehrheitsdeutscher Antira-Gruppe (Elexir-A) und Flüchtlingsselbstorganisation (FIB) wichtig. Auch muss immer wieder abgewogen werden, inwieweit die rechtliche Ebene begleitend nötig ist, um den Druck zu erhöhen, was wiederum mit Kosten und Fristen etc. verbunden ist.

Als Zwischenziel haben wir uns gesetzt, bis zum Jahresende einen konkreten Erfolg für die letzten ausstehenden Lohnzahlungen durchzusetzen. ■



[1] *»Probieren kann man's ja mal...«*; wildcat 66/6, Juli 2003, S. 58f.

Ausführlicher: *»...tausendmal ist nichts passiert...«*; express 08/2003, S.11f., *http://www.labournet.de/diskussion/wipo/migration/wbm-mueller.html*

[2] *»Lohnraub an Berliner Baustelle: Fortsetzung folgt...«*; wildcat 67, Oktober 2003, S. 62.

[3] 32. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 12.6.2003

# *Elexir-A* über ihre Arbeit zu Lohnraub

Elexir-A *(und ihre Vorläufergruppen) unterstützte schon längere Zeit (illegalisierte) Flüchtlinge.*

Die Beschäftigung mit der Frage von »Lohnklau« und Arbeitsbedingungen ergab sich aus dem Alltag der Flüchtlinge, mit denen die *Flüchtlingsinitiative Brandenburg* (FIB) in Kontakt stand. Trotz Verbots gehen Flüchtlinge arbeiten. Daraus ergeben sich Probleme wie fehlende Sicherheit am Arbeitsplatz, Arbeitsunfälle, Lohnbetrug, Überausbeutung etc..

Nach einer Diskussion zwischen *Elexir-A* und *FIB* sind wir gemeinsam seit Mitte 2002 mit einem Informationsblatt in verschiedene Flüchtlingsheime in Brandenburg gegangen und haben Veranstaltungen zum Thema gemacht. Denn wir wollten Flüchtlinge dort ansprechen, wo sie kollektiv erreichbar sind. Aber Flüchtlingsheime werden gegen »gefährliche« Leute von außen, wie es antirassistische Gruppen in der Sicht der Heimbetreiber sind, geschützt. Wichtig war es, über die *FIB* kontinuierliche Kontakte vor Ort zu haben und Leute aus dem Heim, die die Veranstaltung mit einfädeln. Der Titel konnte oft offiziell nicht »Rechte von Flüchtlingen am Arbeitsplatz« lauten, denn die Tatsache, dass Asylbewerber (verbotenerweise) arbeiten, ist zwar allen Heimbetreibern bekannt, aber ein nach außen gut gehütetes Tabu.

In den Veranstaltungen selber haben wir aber offen über die Realität der »Arbeit ohne Papiere« geredet, um – von der Sicht der Flüchtlinge ausgehend – die Arbeitssuche als Versuch eines Lebens in Würde zu thematisieren. Die Flüchtlinge wollen damit sich selbst und die Familie versorgen, dem Elend und der völligen Abhängigkeit von der mangelhaften Fremdversorgung im Heim (die der »Abschreckung« und Vertreibung aus Deutschland dient) entgehen, ihr Leben selbst in die Hand nehmen.

Der *FIB* war besonders wichtig, die Verlogenheit des Systems anzusprechen: Alle, die mit AsylbewerberInnen zu tun haben, wissen, dass diese sich bemühen, Lohnarbeit zu finden, und dass viele arbeiten. Gleichzeitig wird diese Tatsache von allen Beteiligten an der staatlichen Heim- und Lagerverwaltung tabuisiert, die ArbeiterInnen gar zu Kriminellen gestempelt, obwohl dieselben Leute von ihrer Überausbeutung doppelt und dreifach profitieren: Die Lagerbetreiber profitieren davon, Heimplätze mehrfach belegen zu können, weil die Flüchtlinge in den Großstädten arbeiten und nur kurzfristig in den Lagern auftauchen, um sich zurück zu melden und nach Post zu schauen. Die Arbeitgeber profitieren von Niedrigstlöhnen, der Staat kassiert oft trotzdem Sozialbeiträge und Steuern (wenn z. B. auf falschen Namen gearbeitet wird). Aber wenn sie aufmucken, werden sie als überflüssig behandelt. Doch den »illegalen« ArbeiterInnen ist der Wert ihrer Arbeit bewusst, denn sie sehen den Reichtum, der daraus entsteht.

Durch die Veranstaltungen kamen wir mit den Flüchtlingen ins Gespräch über ihre Erfahrungen bei der Arbeit. Die Informationen über Lohnbetrug, die die *WBM*-Geschichte ins Rollen brachten, stammen aus einer solchen Veranstaltung. Wichtig war unsere Offenheit für die Erzählungen der Flüchtlinge, die von Entwürdigung berichteten, aber auch von Akten des Widerstands. Ihre eigene Analyse der Situation war auch für uns spannend. Soweit wir dies konnten, versuchten wir unser Wissen über die arbeitsrechtlichen Möglichkeiten weiterzugeben und gemeinsam darüber zu diskutieren, was über die rechtliche Ebene hinaus möglich ist. Es war wichtig, diesen politischen Aspekt von Anfang an zu benennen, denn wir sind keine AnwältInnen – haben aber ebenfalls festgestellt, dass auch diese »Experten« in dem Bereich fast keine Erfahrungen haben. Die Grauzone der nicht eingeforderten Rechte ist riesig. Arbeitgeber

# Wie eine »mehrheitsdeutsche Antira-Gruppe« zur Beschäftigung mit Lohnarbeit kam ...

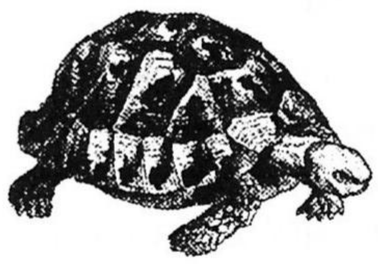
können sich meist darauf verlassen, dass sich auf rechtlicher Ebene kaum jemand wehren kann. Das Fazit aus dieser Erfahrung mit dem »Recht«: Nur in der kämpferischen Auseinandersetzung können überhaupt Informationen darüber gesammelt werden, welche Rechte ArbeiterInnen ohne Papiere haben. Und dieser Prozess – so hoffen wir – wird Rechte eben nicht nur dokumentieren, sondern sie auch erkämpfen, d.h. er wird »Rechte« überhaupt erst real machen.

Durch die Veranstaltungen und »learning by doing« haben wir uns drei Grundthesen erarbeitet:

**Öffentlichkeit:** Die Arbeitsbedingungen von »undokumentierten ArbeiterInnen« lassen sich nur thematisieren und damit auch verändern, wenn wir offen und öffentlich über die Zustände sprechen. Sonst machen wir uns zu Bundesgenossen von Staat und Arbeitgebern, die ständig wegschauen und das Phänomen ignorieren, und gleichzeitig skandalisieren, wenn es ihnen in den Kram passt.

**Prekarisierung:** Zwar unterscheidet sich die Arbeitssituation von Asylbewerbern oder »illegalen Arbeitern« in vielem auch sehr grundsätzlich von entgarantierten Arbeitsverhältnissen mehrheitsdeutscher bzw. »legaler« Arbeiter. Die Arbeitsbedingungen von allen sind jedoch demselben Prozess der Prekarisierung unterworfen, der wiederum ein Phänomen des globalen Kapitalismus ist. Als mehrheitsdeutsche Antira-Gruppe motiviert uns auch das Eigeninteresse an einer anderen Gesellschaft, hier aktiv zu werden – nicht allein die Empörung über die Formen der Ausbeutung von »undokumentierten ArbeiterInnen«.

**Rechte für ArbeiterInnen:** Die Forderung nach einer Veränderung in den Ausbeutungsverhältnissen von »undokumentierten ArbeiterInnen« muss sich an einer Ausweitung ihrer Rechte orientieren. Dies klingt eigentlich selbstverständlich, trotzdem hören wir immer wieder das Argument: »Gefährdet ihr mit eurer Aktivität nicht die Arbeitsmöglichkeit für genau die, die ihr zu vertreten versucht?« Aber mit einer solchen Haltung wird die Zuschreibung: »MigrantIn arbeitet ohne Absicherung, billig, schnell und ohne zu protestieren« naturalisiert, d.h. festgeschrieben, als ob es so zu sein hätte. ■



In der aktuellen Ausgabe (10/03) u.a.:

- »Es ist die Forderung, dass allen ihre Existenz gesichert sei« (Hegel), Thomas Gehrig zum Konzept ›Sozialpolitik als Infrastruktur‹
- AG links-netz: »Scheiter-Haufen«, Konzeptauszüge zu Sozialpolitik als Infrastruktur
- »Erheblicher ›Reformschaden‹«, Frank Jäger zur Reform des Sozialhilferechts
- Hans Köbrich: »Der Kampf geht weiter«, inner- und außerhalb der IG Metall
- »Revolutions per minute (RPM)«, Beiträge zur diesjährigen »troublemaker«-Labor-Notes-Konferenz
- Kirsten Huckenbeck: »Eine ungeheure Welt der Waren«, ver.di über WTO, Welthandel und Wettbewerbsbeschränkungen, Teil I

○ Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar
○ Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)

**PF 10 20 62**
**63020 OFFENBACH**
**Tel. (069) 88 50 06**
**Fax (069) 82 11 16**
**Email: express-afp@t-online.de**

express

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

# Boo - fighter

## Aus! - der Alltag eines scheidenden IT-Arbeiters

»Das ist kein Problem. Diese Fehler bekommst du, weil deine Version des Options-File veraltet ist. Wenn du ein neues Options-File erzeugst, sind sie weg.« Ich lege den Hörer hin und weiß, dieses nicht mal zehnminütige Telefongespräch war meine Arbeit für heute, vielleicht für die ganze Woche. Die Kollegen in Budapest haben den Bereich »Operating« schon übernommen und bis auf sporadische Zwischenfragen, wie die eben, haben sie keine Sorgen damit. Das ist auch besser so, denn vom Operating-Team bin nur noch ich da, größere Probleme dürfen da ohnehin nicht mehr anfallen...

> *Die beiden anderen vom Team, Ben, der gemütliche Bär mit Ehefrau, vier Kindern und Einfamilienhaus, der sein Informatik-Studium an der Fernuni gemacht hat, und Lutz, der Physik studiert hatte und nie wirklich Programmierer war oder sein wollte, haben schon die Firma gewechselt. Sie werden gerade in Luxemburg umgeschult, um dann wieder hier in Ostdeutschland Projekte für die sächsische Landesbank zu machen. Diese Luxemburger Firma gehörte vor Jahren – so wie wir damals auch - zu BrokeIT, genauso wie die Abteilung in Paderborn, wo zwölf weitere Kollegen untergekommen sind.*

Nachdem ich meine privaten e-Mails gecheckt, die Verabredungen für den Abend klargemacht habe, will ich mir noch die Musik von Franks MP3-Server auf mein Notebook laden. Klar, dass jetzt in der Firma, das große Kopieren losgeht. Alles, was auf den Fileservern rumliegt, wird mitgenommen: Betriebssysteme, Office Suites, Developer Tools... Gerade die, die sich selbständig machen wollen, können das Zeug gut gebrauchen. Während die MP3-Files auf meine Festplatte wandern, drehe ich die Boxen auf – aber *Metallicas St. Anger* ist so schlecht geblieben, wie ich es in Erinnerung habe. Dann doch lieber *Nine Inch Nails*...

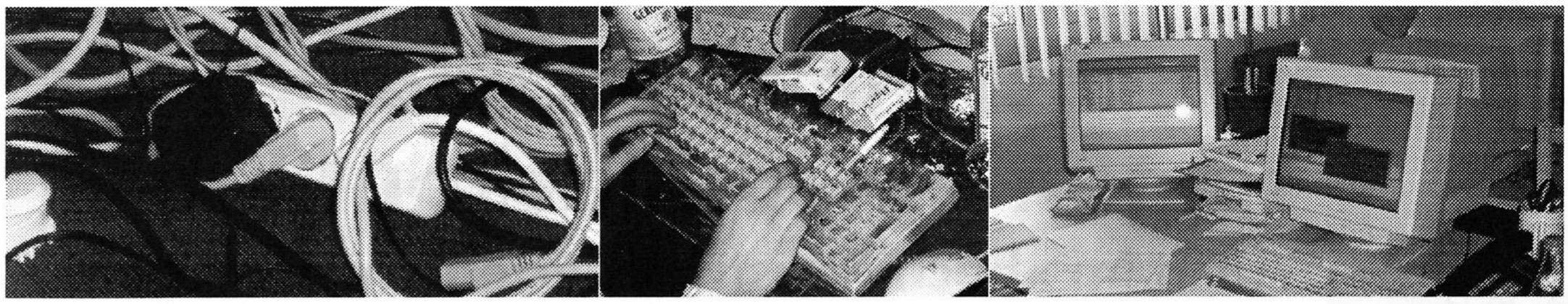
> *Als der märchenhafte Geldsegen, der die »New Economy« fett gemacht hatte, vorbei war, wurden die zugekauften Betriebsteile wieder abgestoßen. Für die zuvor mit viel Geld, freien Getränken, Obst und jeder Menge »familiärer Atmosphäre« umworbenen IT-Kräfte wurde es nun eng. Auslagerung, Verkauf, Konkurs – das waren seit 2001 die neuen **buzz words**. Zunächst waren die Vertriebsleute und die Grafiker dran; oder Katrin, die mehr als nur Putzfrau war, die irgendwie den gesamten »Backbone« der Firma organisiert hatte, dann Corinna vom Empfang...*

Stimmt, es sind kaum noch Frauen hier. Ganze vier von 75 sind es noch. Viele waren es nie. Aber als vor einem Jahr zum erstenmal Leute entlassen wurden, waren von sechs Entlassenen fünf Frauen. Da fällt mir ein – ich wollte noch mal mit Jana reden. Sie ist vor Jahren als Englischlehrerin eingestellt worden. Heute übersetzt sie Handbücher und Benutzeroberflächen von Programmen, für eine promovierte Sprachwissenschaftlerin nicht grade 'ne erfüllende Arbeit. Aber unsere *Office Managerinnen* – früher hieß das Sekretärinnen – haben ja auch Diplom und sprechen drei oder vier Sprachen. Jana ist Betriebsrätin und manchmal kann sie was erzählen, was man sonst nicht erfährt. Aber über die versprochenen Abfindungen – irgendwas zwischen 10.000 und 50.000 Euro, je nach Betriebszugehörigkeit und Gehalt – weiß sie auch nix. Seit Wochen ruhen die Verhandlungen... Unter den Kollegen machen Spekulationen die Runde. Vielleicht plant die Firmenleitung ja doch die Insolvenz, dann gehen alle leer aus.

> *Im Sommer war uns allen mitgeteilt worden: Ende des Jahres ist Schluss. Knapp 80 Leute mit meist gutbezahlten Jobs. Einige hatten gerade angefangen, ein Haus zu bauen, und sind über die nächsten zehn Jahre verschuldet, sie traf das natürlich schwerer als Leute wie mich, die eh nicht auf Zukunft gesetzt hatten. Ich werde auch mit dem Arbeitslosengeld zurechtkommen, und das werde ich wohl auch erst mal tun.*

Scheiße! um den Kram fürs Arbeitsamt muss ich mich auch noch kümmern. Da passt es gut, dass es nix zu arbeiten gibt, dieser Formularkram nimmt mich ganz schön in Anspruch. Man hat immer das Gefühl, mit einem falsch ausgefüllten Papierbogen richtig Ärger bekommen zu können. Noch schnell 'ne Mail an die Personalabteilung in Stuttgart: »... Ich brauche eine Arbeitsbescheinigung. ...« Die Antwort kommt prompt und automatisch – die Kollegin ist im Urlaub und erst nächste Woche wieder da. Hoffentlich kriege ich das alles noch fristgerecht gebacken!

> *Als sie uns im Sommer gesagt hatten, dass hier Ende des Jahres das Licht aus geht, ging zwei Tage lang nix mehr. Niemand hat was gemacht, die ganze Firma ein einziger Debattierclub, in jedem Zimmer Gespräche über die Zukunft, Träume von einem anderen Leben, Fragen, ob man sich vielleicht doch gemeinsam wehren könne..., sollte man überhaupt weiterarbeiten?! Und dann passierte... – gar nix! Alle machten irgendwie ihren Job weiter. Wenn die Projekte nicht fertig würden, ginge die Firma konkurs und dann gäbe es keine Abfindungen. Außerdem wollte sich die Geschäftsleitung um Übernahmen durch andere Firmen bemühen. Irgendwie kriegen sie die Leute noch immer ans Arbeiten.*



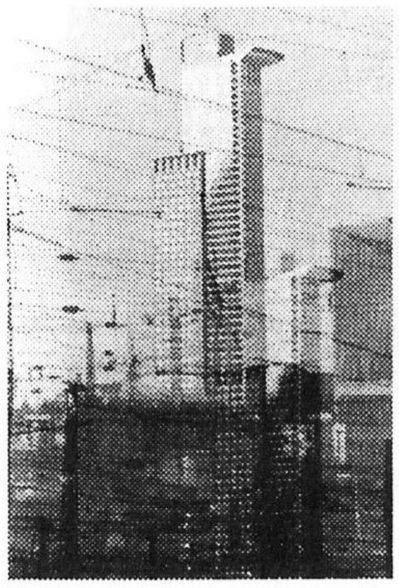
Was tue ich nun? Zum Glück gibt es das Internet. Nachdem ich auf *dilbert.com* in den Comic-Strips gestöbert habe, guck ich auf *dotcomtod.de*, was es Neues gibt. Hier läuft ein witziges Spiel: jeder kann Tips (Boo's) abgeben, welche Firma demnächst den Dotcom-Tod sterben wird, oder zumindest mit seinen Boo's diesen Tod beschleunigen. Unsere Firma hat gar keinen Eintrag, ist jetzt auch egal. Aber ich finde den aktuellen Boo für *MegaTron*, wo eine Freundin arbeitet. Hmmm, sie sind offensichtlich dabei, einen wichtigen Kunden zu verlieren, weil sie den Projektplan nicht annähernd schaffen werden. Ich schreibe ihr schnell eine e-Mail mit dem Artikel dran. Fünf Minuten später habe ich ihre Antwort: Wenn vor einem halben Jahr nicht ein Viertel der Entwickler entlassen worden wären, wäre die Zeitplanung halbwegs realistisch. Aber so? Gestern hatten sie ein Meeting, bei dem der Projektmanager des Kunden sich von jedem erzählen ließ, woran er oder sie arbeitet. Natürlich waren die Leute verunsichert, denn Lügen ist normalerweise das Geschäft der Consultants und nicht der Programmierer. Andererseits wäre die ungeschminkte Wahrheit auch nicht ganz das Richtige gewesen. Von welchen Projekten durften die Kunden wissen und von welchen nicht? Ja, in solchen Situationen war ich auch schon. Aber so gut werde ich nicht bezahlt, dass ich dann Geschichten erfinde. Deswegen war ich natürlich bei den Kunden beliebt. Wenn sie die Wahrheit über den Zustand des Projektes wissen wollten, hat immer mein Telefon geklingelt und nicht das des betreuenden Projektmanagers. Irgendwann hatte ich dann einfach keinen Kundenkontakt mehr – war auch nicht schlecht!

*Als vor zwei Monaten dann die Kündigungen ausgesprochen wurden, ist die Produktivität völlig zusammengebrochen. Einige Leute haben komplett die Arbeit eingestellt. Interessant, dass das zum Teil diejenigen waren, die in den Jahren zuvor durch besonderes Engagement Karriere gemacht hatten, mit dem Chef zum Mittagessen gingen und am Wochenende in seinem Garten beim Bier saßen. Klar hatten die mehr Grund, sauer zu sein, als ich! Wen interessierte es jetzt noch, dass sie zwölf Stunden am Tag vor dem Monitor gesessen hatten, sich »den Arsch aufgerissen« hatten, um die Deadline für die* **General Acceptance** *zu schaffen? Was waren ihre Teamleiterposten noch wert? Vor dem Rotstift waren alle (fast) gleich. Ab jetzt gab es wöchentliche Motivationsmeetings im Team. Als ob das noch was gebracht hätte. Der Betriebsrat wies darauf hin, dass alle hier immer noch ihren Arbeitsvertrag erfüllen müssten. Aber gegen den explodierenden Krankenstand konnte er auch nix machen.*

Da kommt schon wieder eine Mail von meiner *MegaTron*-Freundin: »*Hi! Unser Vorstand hat uns grad per Mail mitgeteilt, dass die Aktionäre (über 50 Prozent Chef und Ex-Chef mit Familien) ihre 20 von 24 Mio. Euro Geldreserven aus der Firma rausziehen. Bei jährlichen Verlusten von 1-2 Mio. Euro lässt sich absehen, wann der Laden pleite ist.*« Die Arme! Wieso musste sie auch in einer Firma anheuern, die Software für *TollCollect* schreibt?! In der Vorstandsmail wird die Parole ausgegeben: »*Auf Zeit werden wir dabei nicht setzen können. Mit der Reorganisation und den umgesetzten Kostenmaßnahmen sehen wir uns dafür auf gutem Weg.*« Mit den »umgesetzten Kostenmaßnahmen« meinen sie den Rausschmiss von 25 der 140 Leute, die vor einem Monat noch übrig waren. Außerdem machen sie Druck auf die Leute, sich (schein-)selbständig zu machen, um sie dann als *Freelancer* weiter zu beschäftigen. Sogar einige der Entlassenen wurden noch auf dem Weg zum Personalgespräch von ihren Abteilungsleitern angequatscht, ob sie Interesse hätten, in Zukunft als Freie ...

*Keinen Tag krank – in sechs Jahren... Darauf hatte Steffen, Abteilungsleiter Research and Development, vor allem mich hin und wieder aufmerksam gemacht. Er hatte immer den Macher gemimt, der die Dinge entschlossen anging, weil »es doch vorwärts gehen muste«. Nun wurde er plötzlich still – mit mir hatte er allerdings schon länger nichts mehr geredet, was nicht unbedingt sein musste. Er hatte vor sechs Jahren zwei Monate vor mir in der Firma angefangen. Irgendwann meinte er, man könne nicht sein Leben lang Programmierer sein und bewarb sich als Teamleiter, dann als Abteilungsleiter. Am Ende war er Stellvertetender Niederlassungsleiter. Und nun? Irgendwie hatte ich meine Zeit in der Firma sinnvoller genutzt als er – wenn man mal davon ausgeht, dass er so etwas wie einen »Sinn« in dem gesehen hat, was er tat, einen Sinn jenseits seiner knapp 80.000 Euro Jahresgehalt.*

So, es ist 15:00 Uhr. Hier passiert heute doch nichts mehr. Ich packe meine Sachen und mache noch mal in Alex' Zimmer Halt. Alex ist ein Freund – inzwischen der einzige in der Firma. Auch das Gespräch mit ihm dreht sich um die Frage: Soll er arbeitslos sein und tun, was ihm gefällt? Kann er sich so ein Loch im Lebenslauf leisten? Er hat schon ein Angebot: ein halbes Jahr als *Freelancer* für eine größere Firma in Berlin. Für immerhin vierzig Euro die Stunde. Mit dem Übergangsgeld vom Arbeitsamt kommt er auf 'ne ganz schöne Summe, wenn er das durchzieht. Dann könnte er das nächste halbe Jahr nach Afrika fahren. Aber ob er das dann macht? Naja – ich jedenfalls werde morgen früh zum Arzt zu gehen... ■



# Was ist ein Black Bloc gegen einen Blackout?

## Auch im »hochindustrialisierten Westen« geht es den Stromnetzen an die Substanz.

**Timetable**

Okt. 2003 In Berlin, Lüneburg, Ludwigshafen und Mannheim ereignen sich größere Stromausfälle, die jeweils 10.000 bis 100.000 Haushalte betrafen.

28.9.03 Nahezu ganz Italien ist ohne Strom. Es dauert fast einen Tag, bis die Versorgung wieder hergestellt ist.

23.9.03 In Dänemark und Südschweden sind ca. 4 Mio Menschen mehrere Stunden ohne Elektrizität.

28.8.03 Ein einstündiger Blackout legt den Nahverkehr Londons flach.

14.8.03 USA/Kanada. Fast 60 Mio Menschen sind bis zu 30 Stunden ohne Energieversorgung.

21.7.03 Bis zu zwölfstündiger flächendeckender Stromausfall auf Mallorca und Menorca.

26.6.03 Flächendeckende Abschaltungen für zigtausende von Unternehmen und mehr als sechs Millionen Haushalte in Italien.

8.10.00 Die City von Chicago ist sechs Stunden ohne Strom.

22./23.7.00 Auf der Insel Fehmarn sind rund 12000 Bewohner und Tausende von Urlaubern zehn Stunden lang ohne Strom.

9./10.5.00 In der gesamten Südhälfte Portugals, einschließlich der Hauptstadt Lissabon, fällt der Strom mehrere Stunden aus.

12/99 Nach einem Orkan am 27.12. sind 3,4 Millionen in Frankreich ohne Strom. Erst Mitte Januar 2000 ist die Stromversorgung in allen Teilen wieder hergestellt.

Im Sommer 2003 verursachten »Blackouts« Chaos in mehreren Industriestaaten. Aufgeschreckte Expertenrunden plädierten meist auf »tragische Verkettung von unvorhersehbaren Ereignissen« und/oder »menschliches Versagen«, und versicherten im selben Atemzug, in Deutschland seien solch flächendeckende Zusammenbrüche äußerst unwahrscheinlich. Dass man im Sommer 2002 nur knapp an einem Blackout im Südwesten der BRD vorbeigeschrammt war, wurde nicht erwähnt. Ähnlich selbstsicher war bis kurz vor dem britischen *blackout* auch auf der Insel argumentiert worden: Eine Sprecherin des Stromversorgungsunternehmens *National Grid* hatte nach dem großen Stromausfall in den USA verkündet, so etwas sei in Großbritannien »höchst unwahrscheinlich«.

Natürlich gibt es keine hundertprozentige Versorgungssicherheit, kurzzeitige Stromausfälle kommen hin und wieder vor. Allerdings häufen sich solche Vorfälle in jüngster Zeit. Und die vier großen Blackouts im Sommer 2003 kamen nicht so plötzlich und unerwartet, wie das Medienecho meinen lässt. Laut *VDN* (Verband der Netzbetreiber) war es bereits am 26.6.2003 zu »kontrollierte(n) rollierende(n) Abschaltungen von jeweils 1.500 MW in mehreren italienischen Städten« gekommen. Bei der Ursachenanalyse wird vornehmlich das veraltete Stromnetz (USA), zu geringe Kraftwerkskapazitäten (Italien) und allgemein eine mangelnde Koordination und/oder schlecht ausgebildetes Personal für den Ausfall der Energieversorgung verantwortlich gemacht.

Über die genauen Umstände halten sich zwar alle Betreibergesellschaften bedeckt. Aber allenthalben wird der Rückgang der Investitionen in die Infrastruktur beklagt. Der Zentralverband der Elektrotechnik und Elektronikindustrie (*ZVEI*) erklärte, dass seit Beginn der Liberalisierung des Strommarktes in Deutschland 1998 die »Investitionen in Kraftwerke, Stromnetze und Leittechnik um 50% zurückgegangen« seien (*Strommagazin* 29.9.03). Durch den erhöhten Durchleitungsaufwand infolge des grenzüberschreitenden Stromhandels – in den 1990er Jahren ist dieser um 60% gestiegen – wird das Problem noch verschärft.

Im Gefolge der Marktöffnungen kam es auch zu zahlreichen Fusionen und Unternehmensübernahmen. Dabei werden die Beschäftigten immer wieder systematisch durcheinandergewürfelt, ganze Bereiche der Energieversorgungsunternehmen (EVU) neu- bzw. ausgegliedert. Auch Bereiche, die technisch nicht sinnvoll zu trennen sind (so die Anlagentechnik und der Netzbetrieb – ähnlich wie bei der Bahn das Schienennetz und der Fahrbetrieb) werden aufgespalten und sind gezwungen, sich – behindert über gegenseitige Abrechnungsprozesse – wieder zu koordinieren. Viele KollegInnen müssen sich nach internen Versetzungen neu einarbeiten und dabei oft auch längere Anfahrtswege in Kauf nehmen.

Auf diese Weise wurde nicht nur die Arbeit der Rest-Belegschaften massiv verdichtet, sondern auch die »natürliche« Fluktuation erhöht. Bereits im Vorfeld der eigentlichen Liberalisierung ist die Anzahl der Beschäftigten im Bereich Energie- und Wasserversorgung in Deutschland zwischen 1994 und 1999 um fast 17% gesunken (Statistisches Bundesamt – neuere Werte sind nicht verfügbar). Seither gab es nochmal einen kräftigen Beschäftigungsabbau. Dabei wurden ältere Angestellte (oft schon mit 50) in den Vorruhestand geschickt. Begonnen wurde mit einem drastischen Stellenabbau im Osten Deutschlands, der mit ein paar Jahren Verzögerung dann auch im Westen angegangen wurde. Der steigende Konkurrenzdruck auf dem Strommarkt – die Strompreise für Industriekunden sind von 1995 bis 2000 in Deutschland um bis zu 50% gesunken – diente dabei zur Legitimation. (Inzwischen steigen die Strompreise wieder kräftig an, so dass sie bald wieder auf dem Niveau vor der Liberalisierung liegen dürften.)

Aber nicht nur die ArbeiterInnen der Energieversorger – auch die EVU-Ausrüster werden unter Druck gesetzt. Sie hatten zunächst mit einem beträchtlichen Auftragsrückgang zu kämpfen, da die meisten EVUs ihre Investitionen auf das absolut notwendige Minimum zurückfuhren. Auch laufende Wartungsarbeiten wurden minimiert und oft auch an kleinere Installationsfirmen vergeben, die durch die allgemeine Krise am Bau nun verstärkt

## EU-Kommission will Energienetze schützen

BRÜSSEL (dpa). Totale Stromausfälle wie im vergangenen Sommer in Italien sollen künftig in der Europäischen Union durch bessere Vernetzung und mehr Investitionen verhindert werden. Die spanische EU-Energiekommissarin Loyola de Palacio schlug am Mittwoch in Brüssel ein entsprechendes Gesetzespaket vor. Die Energieversorger müssten demnach genügend Kapazitäten in der Hinterhand halten, um mögliche Krisensituationen zu meistern.

So sollen Stromanbieter nach den Plänen der EU-Kommissarin ihren nationalen Aufsichtsbehörden regelmäßig Investitionspläne vorlegen. Die EU-Mitgliedsländer müssten zudem verbindliche Standards bei Transport und Verteilung von Strom festlegen. Entscheidend für eine sichere Versorgung ist nach der Einschätzung de Palacios auch, dass die zehn neuen Mitgliedstaaten, die am 1. Mai des kommenden Jahres beitreten werden, rasch in das schon bestehende Strom- und Gasnetz einbezogen werden.

dpa: 10.12.2003

in den Hochspannungssektor drängen. Im Bereich der Neuinvestitionen hat sich zudem die Konkurrenz durch die EU-weiten Ausschreibungen verschärft. Zunächst wurde versucht, dem Druck durch Entwicklungsvorsprünge gegenüber der Konkurrenz zu begegnen, was aber letztlich nur zu einer Beschleunigung der Produktzyklen führte. Wie aus der Softwareindustrie bekannt, werden nicht voll ausgereifte Produkte auf den Markt gebracht, und faktisch die Erprobungsphase – selbst in sicherheitstechnisch sensiblen Bereichen – zum Kunden hin verlagert. Langjährige Beziehungen zu Zulieferfirmen wurden aufgekündigt und die preisgünstigsten Bauelemente und Materialien weltweit eingekauft, gleichzeitig wurde die Qualitätskontrolle abgebaut.

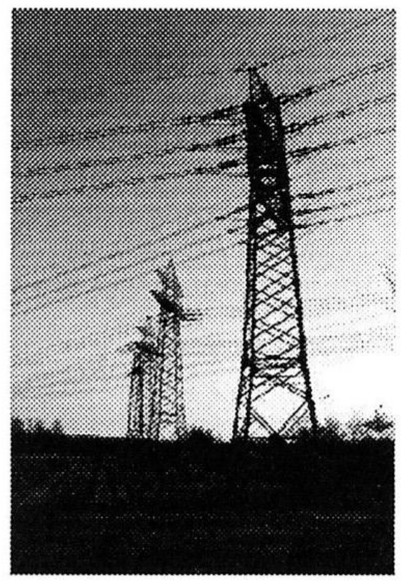
Die verbliebenen Belegschaften haben mit einer enormen Leistungsverdichtung zu kämpfen, die durch die beschleunigte technologische Erneuerungswelle (vor allem im Bereich der Kommunikations- und Schutz-/Steuerungstechnik) noch verschärft wird. Außerdem wurden die Montageabteilungen der Elektrokonzerne drastisch ausgedünnt, notwendige Arbeitskräfte werden nach Bedarf bei Leihfirmen zugekauft. Im Ergebnis sollen überforderte Bauleiter schlecht bezahlte Leiharbeiter zum Malochen bringen. Selbst die zuständigen Stellen bei den EVUs sind inzwischen kaum noch in der Lage, die korrekte Ausführung der Arbeiten zu kontrollieren. Viele neuerrichtete Anlagen bringen alle Voraussetzungen mit, um im Falle eines Falles ein Glied in der berüchtigten »Verkettung widriger Umstände« zu werden.

Schutz- und leittechnische Einrichtungen sind inzwischen so komplex und vielfältig, dass sie – unter dem herrschenden Zeitdruck – kaum mehr ausreichend geplant bzw. erprobt werden können. Im Fehlerfall kommt es dann zu längeren Ausfällen, weil die Anlagen oft nicht so ohne weiteres wieder in Betrieb genommen werden können. Außerdem führt die gestiegene Vielfalt der Anlagen bei gleichzeitig verringerter Ersatzteilvorhaltung zu längeren Ausfallzeiten. Immer wieder schalten überforderte Energiewerker bei Bauarbeiten mal eben ganze Betriebe oder Stadtteile »schwarz«. All diese Entwicklungen haben zu einem Verlust an technischer Kompetenz auf beiden Seiten geführt. Für notwendige Schulungen steht weder Zeit noch Geld zur Verfügung. Eine Weitergabe von Wissen ist durch die vielen Frühverrentungen verunmöglicht worden.

Auch aus den Windkraftanlagen erwachsen viele neue Probleme. Ihre Abhängigkeit von der Windgeschwindigkeit macht den Netzbetrieb komplexer. Schwerer wiegt die Tatsache, dass diese Anlagen oft von branchenfremden Firmen errichtet und betrieben werden. Da sie die Anlagen nicht selber steuern können, werden Fremdfirmen beauftragt. Zum einen sind das die jeweiligen Energieversorger, zunehmend aber auch kleine mittelständische Unternehmen ohne jeden Erfahrungshintergrund. Aufwendige aber sichere Formen des Netzbetriebes werden dann schon aufgrund fehlenden Know hows gar nicht mehr in Erwägung gezogen. Auch die vielen Industrieunternehmen mit eigenem Hochspannungsnetz sparen immer mehr ein und lassen z.B. Aufgaben, die in der Vergangenheit von speziell ausgebildetem Fachpersonal erledigt wurden, von anderweitig Ausgebildeten machen.

Eigentlich ist es verwunderlich, dass die Infrastruktur im Großen und Ganzen noch immer funktioniert. Aber in jüngster Zeit häufen sich kleinere und mittlere Ausfälle. Und dahinter stecken nicht immer »Kompetenzdefizite«! Inzwischen ist auch bei vielen Spezialisten die Frustration groß genug, als dass man noch mit der erwarteten Motivation an die Arbeit ginge. Die Computersicherheit dieser Unternehmen wird nicht so sehr von Hackern bedroht – die meisten Attacken gehen von frustrierten (Ex-)Angestellten aus. Und da oft selbst bei der Sicherheit der Computernetze gespart wird, haben es diese auch nicht allzu schwer, sich bei ihren Ausbeutern zu rächen.

Noch ist die Situation in Deutschland durch die noch vorhandene Substanz, gut vermaschte Netze usw., vergleichsweise gut. Deutschland hat das »wohl beste Netz in Europa«, meint jedenfalls Dieter Rumpel, Ex-Prof. für Elektrische Anlagen und Netze an der Uni Duisburg im Focus (41/03). Das führt er aber hauptsächlich darauf zurück, dass hier die »Deregulierung noch nicht so weit vorangeschritten ist«. Das mit der Liberalisierung verbundene »kommerzielle Modell« sei jedenfalls »meilenweit vom physikalischen entfernt« und wird mittelfristig zu ähnlich desaströsen Entwicklungen auch hierzulande führen. *lu.*



8.12.98 Fast eine Million BewohnerInnen von San Francisco müssen sieben Stunden lang ohne elektrische Energie auskommen.

Jan. - März 98 Die neuseeländische Metropole Auckland wird durch andauernde Stromausfälle in ein wochenlanges Chaos gestürzt. Ende März, nachdem die endgültige Wiederherstellung der Stromversorgung verkündet worden ist, bricht das Netz in der Innenstadt erneut zusammen.

Jan. 98 Wochenlanger Stromausfall in Kanada nach Eisregen auf Freileitungen. Nach zwei Wochen sind von den anfangs betroffenen 750 000 Haushalten noch immer 240 000 ohne Strom.

20.06.97 Stromausfall legte Washingtons City für eine Dreiviertelstunde lahm.

2.7.96 Bis zu 7stündiger Stromausfall in 14 Bundesstaaten der USA sowie Teilen Kanadas und Mexikos nach einem Blitzeinschlag in einem 345-kV-Mast.

Feb. 96 Die Stromversorgung der Ukraine steht infolge winterlichen Belastungsspitzen und einem Bergarbeiterstreik kurz vor dem Zusammenbruch. Rund 5000 Fabriken müssen ihren Betrieb wegen Strommangels einstellen.

30.8.95 Einstündiger Stromausfall im Bahnnetz von Bayern, Sachsen und Thüringen sorgt für ein Verkehrschaos.

Diese und weitere Meldungen finden sich auf: *http://www.udo-leuschner.de/energie-chronik/chframe.htm*

# Angst bei der Arbeit – Angst am Werk!

## Ein LKW-Fahrer aus New York schaut sich um

Was abgeht in den USA? – Ganz einfach: Die Wirtschaft macht uns fertig. Ich fürchte, der Krieg im Irak berührt nur die Familien der Soldaten, die dort stationiert sind und den Tod jeden Tag erleben. Aber die Wirtschaft berührt jeden von uns. Wir arbeiten hier alle (oder wir arbeiten nicht) unter einer Art Angstglocke. Selbstverständlich gibt es hier keine Demokratie am Arbeitsplatz. Nur die Angst hält uns alle an der Arbeit – die Angst davor, keine Beschäftigung, kein Dach mehr über dem Kopf zu haben.

Der Krieg ist weit weg, außer für die Familien der Soldaten. Wir reden nicht darüber. Aber ich habe nicht den Eindruck, als ob es starke Unterstützung für den Krieg gäbe. Allen ist klar, dass er nicht gut läuft, aber, so leid es mir tut, Amerikaner rühren sich grundsätzlich nur, wenn Amerikaner sterben. Irgendwie hat uns der Rassismus, der im Fundament dieses Landes steckt, und sein Ausbau zum Imperialismus seit 1898 dermaßen vergiftet, dass tausend tote Afghanis und Irakis einfach gar nichts bedeuten, während ein einziger toter Amerikaner oder zwei am Tag uns schwer beunruhigen. Die Regierung ist besorgt, die Medien dürfen die Leichname und die Verwundeten nicht fotographieren, die zu Tausenden zurück nach Hause kommen. Nicht mal die Familien der toten Soldaten dürfen dabei sein, wenn ein Leichnam wieder in den Vereinigten Staaten ankommt.

Aber mir ist so, als hätte die fehlende Unterstützung für diesen Krieg auch mit der Wirtschaft zu tun. Seit fast dreißig Jahren ist jetzt der Lebensstandard der amerikanischen Arbeiter gesunken. In den achtziger Jahren rollte der Angriff auf die Gewerkschaften. In den Neunzigern wurden die Jobs weiter ausgedünnt. Inzwischen ist Wal-Mart mit über einer Million Beschäftigten der größte Arbeitgeber in den Vereinigten Staaten, und jeder weiß: Das sind Elendsjobs, leben kann man von ihnen eigentlich nicht. Dann haben wir bei den Enron-Skandalen zugeschaut, den Halliburton- und Bechtel-Verträgen im Irak, bei Managern, die Hunderte Millionen Dollar dafür kassieren, dass sie Firmen schließen, dass sie Arbeiterinnen und Arbeiter entlassen. Mir scheint, die Arbeiter in Amerika beurteilen die Gründe für diesen Krieg mindestens sarkastisch, wenn sie sich nicht sogar Sorgen über seine Folgen machen. Ich glaube, es gibt einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem, was wir als Arbeiterklasse über die letzten zwanzig Jahre hinweg erlebt haben, und dem Ausmaß unserer Bereitschaft, an den Krieg zu glauben.

Ich will das aber nicht überbewerten. Es gibt immer noch einen Haufen Idioten, die George W. für einen feinen Kerl halten, und die von den täglichen Lügen im Fernsehen vergiftet werden. Und da hat die Wirtschaft ihren Auftritt. Im Fernsehen wurde erzählt, die US-Wirtschaft wäre im letzten Quartal um 8,2 Prozent gewachsen. Über den Irak kann gelogen werden. Aber wenn über die Wirtschaft gelogen wird und man ist arbeitslos oder man hat Angst um seinen Job, dann weiß man es besser. Das ist Spinnerei – die Wirtschaft, die unser tägliches Brot ist, wird nicht besser sondern schlechter! Ich arbeite als LKW-Fahrer in der Spedition, und wir sind in den letzten zwei Wochen mehrmals nach Hause geschickt worden, weil nichts zu tun war. Das haben wir vor Weihnachten noch nie erlebt. (Von September an bis Weihnachten ist immer am meisten los, danach, im Januar und Februar, rührt sich nichts.) Wir fragen uns: »Wie wird das im Januar?« Überall hört man, dass Firmen schließen, dass sie Arbeiterinnen und Arbeiter entlassen, und uns erzählt man, die Wirtschaft würde gerade einen neuen Rekord aufstellen!

Der Krieg gegen die Arbeiter geht immer weiter. *Howard's Express*, eine hauptsächlich in den Staaten New York und New Jersey tätige Speditionsfirma, hat im letzten Frühjahr die Arbeiter dahin getrieben, dass sie in den Streik treten mussten, und führt das Geschäft seither mit Streikbrechern und Wachpersonal weiter. Die Firma *Star Container*, ein verrosteter Schuppen, wo Pappkartons hergestellt werden, gleich um die Ecke von meiner Firma und seit 75 Jahren im Geschäft, hat den gewerkschaftlich organisierten Fahrern mitgeteilt, dass sie alle durch einen gewerkschaftsfreien Subunternehmer ersetzt werden. Auch wenn man, wie in meinem Fall, bei einer riesigen Speditionsfirma arbeitet, die in allen Staaten fährt, hat man keine Sicherheit. Die zweitgrößte Firma des Landes hat sie gerade gekauft. Wir alle, von denen die meisten ihren Arbeitsplatz schon drei- oder vier-

**Workers conter gehen anders vor**

Wir hatten den Autor gebeten, uns zwei Sätze zu seinen politischen Erfahrungen mit workers center zu schreiben. Das folgende ist dann innerhalb von fünf Minuten aus ihm herausgesprudelt:

*workers center* sind Projekte, die es vielleicht schon seit den 80er Jahren, bestimmt aber seit den 90er Jahren gibt. Sie organisieren entlang der Probleme der ArbeiterInnen, die von den Traditionsgewerkschaften nicht abgedeckt werden. In den Vereinigten Staaten haben die Gewerkschaften in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts das *National Labor Relations Board* akzeptiert, das die Regierung eingesetzt hatte, um die Arbeiterbewegung zu regulieren. Damit haben sie das Prinzip »Alles oder nichts« übernommen. Wem etwas am Arbeitsplatz nicht passt, der muss dort so weit organisieren, dass mehr als die Hälfte der ArbeiterInnen sich für eine Gewerkschaft aussprechen. Wenn das Votum mit nur einer Stimme unter 50% bleibt, dann gibt es keine Gewerkschaft. Die Gewerkschaft zieht wieder ab und man bleibt mit Nichts in der Hand zurück. *workers center* gehen anders vor. Man braucht keine Mehrheit der Beschäftigten, die schließlich wissen, dass der Versuch, eine Gewerkschaft zu bilden, sie mit hoher Wahrscheinlichkeit den Job kosten wird – woraufhin sich dann das *NLRB* noch drei oder vier Jahre für die Entscheidung nimmt, dass man Recht hatte und seinen Job wiederbekommen soll!

mal verloren haben, wenn die Speditionen dichtgemacht wurden, bei denen wir gearbeitet haben, wir sagen uns: »Jetzt geht es wieder los.« Ob wir unsere Jobs in einer Fusion verlieren? Wir wissen nur eins: Wir, die Arbeiterinnen und Arbeiter, die diese Firmen aufgebaut haben, die die Arbeit machen, wir werden es als letzte erfahren. Das Gerede von Demokratie ist ein Witz. Wir leben in einer Tyrannei der Bosse. Und die Gewerkschaften haben vergessen, wie man kämpft. Trotz allem, was sie sehen, halten sich die Gewerkschaften an Gesetz und Recht. (Bei *Star Container* heißt es: »Die Gewerkschaft verhandelt.« Wie soll man verhandeln, wenn dein Gegenüber sagt: »Morgen bringe ich dich um«? Die allein mögliche Antwort besteht darin, den Laden dichtzumachen, anstatt den Rahmen der eigenen Tötung auszuhandeln.) Die Firmen brechen die Gesetze, rücksichtslos. Und sie siegen.

Es ist überall dasselbe: Wer arbeitet, hat Angst, den Job zu verlieren. Diese Woche habe ich eine Auslieferung gefahren. Der karibische Arbeiter an der Rampe hat mir gesagt, dass die Firma wegen des Feiertags zwei Tage dichtmachen würde. Das sei schlecht für ihn, weil er für diese Tage nicht bezahlt würde. Die Lage ist typisch: Bei proletarischen Jobs bis zu einem bestimmten Niveau werden in der Mehrzahl der Fälle die Feiertage, Urlaubs- oder Krankheitstage nicht bezahlt. Bezahlung gibt es nur für die tatsächlich gearbeiteten Stunden. Der Mann hat mir auch erzählt, dass er über die normale Arbeitszeit hinaus arbeitet, dass der Boss ihm aber für Überstunden (mehr als vierzig Wochenstunden) nicht die gesetzlich vorgeschriebenen 50 Prozent Zuschlag zahlt. Die meisten Arbeiter dort sind Latinos, und sie fürchten, dass sie gefeuert werden, wenn sie den Mund aufmachen. Er hat mir sogar erzählt, dass sein Kollege in der Warenannahme die amerikanische Staatsbürgerschaft besitzt und sich trotzdem nicht traut, vom Boss die Bezahlung nach geltendem Recht zu verlangen! Auch das ist typisch. Arbeiterinnen und Arbeiter sind keine Feiglinge, aber natürlich wäre es schön, wenn sie sich zusammenschließen und ihre Rechte fordern würden. Nach meinen Erfahrungen im *workers center** würden sie hinausfliegen, wenn sie bei ihrem Boss auch nur die Einhaltung von Gesetz und Recht fordern würden. Und die Rechtsordnung würde ihnen überhaupt nicht helfen. Also haben alle Angst, die arbeiten, weil sie jederzeit gefeuert werden können.

Das spiegelt sich in den Auseinandersetzungen im *workers center* wider. Für Arbeitsimmigranten ist die Sache noch schlimmer und für Illegale ganz fürchterlich. Die Lage der illegalen Arbeiter hat sich in den zurückliegenden zwei Jahren stark verschlechtert. Im Vollzug des *Patriot Act* setzt jetzt die Polizei überall im Land die Ausländergesetze durch, anders als früher. Die Stadt New York bildet eine Ausnahme, aber nur deswegen, weil eine starke Bewegung von Protest und Kundgebungen, die unter anderem von *community*-Gruppen und Gewerkschaften ausgeht, den Bürgermeister dazu gebracht hat, eine Verordnung zu erlassen, die es der Polizei verbietet, die Ausländergesetze durchzusetzen. Einige andere Städte und Gemeinden im Land haben ähnliche Rechtsvorschriften erlassen, und im Land entstehen Gruppen zur Verteidigung der Bürgerfreiheiten gegen den *Patriot Act*. Wie wir vor kurzem erfahren haben, hat es bei LKW-Fahrern Festnahmen und Überstellungen in Abschiebehaft in großer Zahl gegeben, weil die Polizei bei der Überprüfung der Verkehrssicherheit, also beim Abgleichen des Ladegewichts und der Fahrtstunden auf dem Schreiber, seit neuestem die *green card*, d.h. Arbeitspapiere von Fahrern mit gültigem Führerschein verlangt. Für Arbeitsimmigrantinnen und -immigranten wird es jetzt richtig beängstigend. Sogar in der Asbest-Sanierung, bei Jobs, die wegen

*workers center* unterstützen die ArbeiterInnen bei der Ermittlung ihrer Rechte, sie geben juristische Unterstützung, um bestimmte Mißstände zu bekämpfen, und gewöhnlich liegt bei ihnen der Nachdruck auf der Selbstorganisierung und der direkten Aktion. Ein Beispiel sind Proteste zum Eintreiben von ausstehendem Lohn. Die *Chinese Stuff and Workers Association* ist ein *workers center* in der Stadt New York, genauer in China Town. Es entstand in den 80er Jahren nach einer großen Kampagne zur gewerkschaftlichen Organisierung der Textil-Schwitzbuden in China Town. Die Kampagne war »erfolgreich«, die ArbeiterInnen merkten, dass gewerkschaftliche Tarifverträge die Missstände nicht abstellen – die Gewerkschaft hatte Angst, die Verträge durchzusetzen, ließ sogar Kinderarbeit zu, unbezahlte Überstunden usw.. Sie wollte »den Standort nicht gefährden«. Also wurde das *workers center* gegründet, und eine Zeitlang gab es dort sogar eine eigene, unabhängige Gaststättengewerkschaft, doch heute ist nur noch ein Restaurant organisiert, in dem jahrelang gekämpft worden ist.
Auf der *Lower Eastside* gibt es das *Latino workers center*. Es beschäftigt sich vor allem mit Bildungsarbeit und unterstützt illegale ArbeiterInnen, die sich legalisieren möchten. Dann gibt es noch das *CIW*, die *Coalition of Immokolee Workers*, in Immokolee im Staat Florida, einer landwirtschaftlichen Region. Dort wurde der *Taco Bell*-Boykott zur Unterstützung der eingewanderten TomatenpflückerInnen organisiert

[siehe *http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/9857/1.html*].

Es ist ihnen gelungen, Vorfälle von offener Sklaverei auf den Feldern zu beenden. Wenn nur ein Arbeiter oder zwei aus einer Fabrik kämpfen wollen, dann machen es die *workers center* wie die Wobblies, nicht wie die Gewerkschaften – sie organisieren den Arbeiter. Wir prüfen, was wir als Kollektiv zur Unterstützung dieses Arbeiters tun können, wir treffen die Entscheidungen über eine Aktion im Kollektiv. (Wir, das sind in diesem Fall *Workers in Action*, ein Projekt einer Stadtteilgruppe aus Brooklyn, die sich »Make the road by walking« nennt.) Das Motto lautet: »sì, se puede!«, das Motto von Cesar Chavez vom *Agricultural Farmworkers Movement* (Vereinigte Bewegung der Landarbeiter). Dort gibt es ne gute, solidarische Atmosphäre. Gewiß, wir sind ein bißchen eingeschränkt dadurch, daß wir eine Art Gewerkschaft der Gefeuerten bilden. Im Regelfall kommen die eingewanderten ArbeiterInnen zu uns, wenn sie schon rausgeschmissen worden sind, aber doch nicht immer. Es ist schwierig, richtig Kraft zu entfalten, wenn man nicht im Betrieb organisieren kann. Hier bildet die Rechtsordnung eine Erschwernis, denn wir können vieles fordern, wie beispielsweise ausstehende Löhne, aber wenn wir nicht an den Arbeitsplatz zurückkehren, können wir dort keine bleibenden Veränderungen bewirken. ArbeiterInnen ohne Papiere kann man leicht kündigen, und nach dem Hoffmann-Urteil wird kein Richter einen Unternehmer zur »gesetzbrecherischen Handlung« der Wiedereinstellung eines illegalen Arbeiters zwingen. Also müssen wir die Legalisierung erreichen. Ein Teil der Kapitalistenklasse strebt das auch an. Aber das ist eine andere Geschichte ...

ihrer Gefährlichkeit oft von Latino-Immigranten übernommen wurden, wird jetzt plötzlich ein frisch verlängerter Führerschein verlangt. Die Voraussetzung für einen Führerschein sind Arbeitspapiere, also können viele Asbest-Arbeiter nicht weitermachen.

Ein typischer Fall aus dem *workers center* ist der Kampf von sechs Frauen und Männern, die in einem Geschäft in der Nachbarschaft gearbeitet haben und alle aus dem einen oder anderen Grund hinausgeworfen worden sind. Sie waren alle zu langen Arbeitstagen gezwungen worden, manchmal bis zu achtzig Stunden in der Woche, ohne Bezahlung der Überstunden oder auch nur des gesetzlichen Mindestlohns. Das ist nicht unüblich. Das Besondere liegt darin, dass diese Arbeiterinnen und Arbeiter ins *workers center* gekommen sind, sich über ihre Rechte informiert, ihre Angst besiegt und ihren Boss wegen Lohnhinterziehung in Höhe von etwa 90.000 Dollar im Ablauf von drei Jahren verklagt haben. Wir haben Protestaktionen vor dem Geschäft gemacht und fordern die Leute auf, dort nicht einzukaufen, bis der Boss bezahlt hat, was er schuldet. Die Arbeiterinnen und Arbeiter wollen ihr Geld, aber sie wollen aus dem Vorgang auch ein Beispiel machen und den Kampf auf die anderen Geschäfte im Viertel ausdehnen.

Das »Hoffman-Urteil« des obersten Gerichtshofs der USA vom März 2002 macht das schwieriger. In diesem Fall urteilte das Gericht, dass ein Arbeiter ohne Arbeitspapiere, der rechtswidrig entlassen worden war, weil er versucht hatte, gewerkschaftlich zu organisieren, im Gegensatz zu den anderen Arbeitern kein Recht auf Lohnnachzahlung hat. Damit unterschied das Gericht zum ersten Mal zwischen Arbeitern aufgrund ihres Legalitätsstatus. Vorher lag das Arbeitsrecht in der Bewertung immer über dem Ausländerrecht, das heißt das Arbeitsrecht war bei aller Ärmlichkeit doch immer maßgeblich. Aber das ist vorbei. Alle Unternehmer haben diese Entscheidung zur Kenntnis genommen. Seither feuern sie Arbeiter ohne Papiere, und ihre Anwälte sagen ihnen: »Machen Sie sich keine Sorgen, tun Sie gar nichts, kein Gericht wird Sie zwingen, diese Arbeiter wieder einzustellen oder zu bezahlen.« Aber um die Lebensbedingungen von arbeitenden Menschen hier im Land zu ändern, brauchen wir mehr und besser organisierte direkte Aktionen und nicht die Gerichte.

Als Optimist könnte man sagen, dass die Lebensbedingungen, mit denen jetzt alle Arbeiterinnen und Arbeiter in Amerika konfrontiert sind, uns dazu zwingen werden, unsere gemeinsamen Interessen ins Auge zu fassen. Es stimmt, dass die Gewerkschaftsbürokratie, die vor zehn Jahren die Immigration abgelehnt hat, inzwischen die Legalisierung aller Immigrantinnen und Immigranten fordert, und zwar aus Eigeninteresse. Die Gewerkschaften verschwanden von der Bildfläche, und wenn sie ihre Arbeitsplätze behalten wollten ... jedenfalls sahen die Klügeren unter ihnen, dass die Latino-Arbeiter in schlecht bezahlten Jobs sich organisieren wollten. Gewiss unterstützt dieselbe Gewerkschaftsbürokratie heute manchmal grenzüberschreitende Solidarität, die vor zehn Jahren die japanischen Importe zum Sündenbock gemacht und dazu aufgerufen hat, »amerikanisch zu kaufen«. Es stimmt, dass Gewerkschaften häufiger gegen die WTO protestieren und amerikanische Firmen wegen ermordeter Gewerkschafter in Kolumbien verklagen, und so weiter. Als Pessimist müsste man dagegen halten, dass der Rassismus immer Werkzeug zur Spaltung der Arbeiterklasse war, dass der amerikanische Arbeiter mit zwanzig Dollar in der Stunde in einer anderen Welt lebt als der Einwanderer mit seinen vier Dollar, und ganz sicher in einer anderen als die Millionen von schwarzen und Latino-Jugendlichen im Knast. Der Pessimist wird einwenden, dass Amerikaner nur dann etwas verstehen, wenn sie getötet werden oder wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Im übrigen hat der Rassismus sie noch immer blind gemacht gegen alles, was ihre Regierung in anderen Ländern anstellt, und sie haben teil an den gestohlenen Reichtümern anderer Länder. Kann in einem Land, das von Fernsehen und Einkaufsstraßen derart verblödet ist, jemals wieder ein Klassenbewusstsein entstehen?

Mir scheint, man kann nur eins tun: Unablässig weiter Druck machen gegen diese Widersprüche, weiter organisieren, die Autoritäten weiter in Frage stellen. Man muss versuchen, alternative Medien zu schaffen, und versuchen, menschlich zu bleiben – als amerikanischer Arbeiter jedem anderen Arbeiter, der den aufrechten Gang versucht, solidarisch die Hand reichen, ob er Einwanderer ist oder sonst etwas. Unsere Geschicke sind miteinander verbunden. In dieser Zeit der Angst und der Selbstherrlichkeit der Bosse in ihren Betrieben kann nur ein Dummkopf glauben, dass eine Welt von Unterschieden zwischen einem Arbeiter mit zwanzig Dollar und einem anderen mit vier Dollar Stundenlohn liegt. Wenn wir nicht kämpfen, sind wir morgen vielleicht beide obdachlos. ■

# Prekarisierung und industrielle Reservearmee

*...Fortsetzung von S. 9*

Sozial hatte all dies zunächst keine Auswirkungen: die Löhne stiegen trotz wachsender Arbeitslosigkeit weiter an. Gleichzeitig war eine Absetzbewegung von Lohnarbeit und Karriere entstanden, die auf vielfältige Weise nach einem Leben jenseits kapitalistischer Ausbeutung suchte. Die nachfolgenden Rationalisierungsschübe in den Fabriken und Verwaltungen ließen das Reservoir der für alternative Entwürfe Empfänglichen weiter anschwellen. Die sozialstaatliche Absicherung diente dabei meist als Fundament.

Der Gesamtkomplex dieser Erfahrungen bildete ein historisches Hemmnis bei der Konstruktion einer bescheidenen, geduckten, leicht manipulierbaren, im Ergebnis billigeren Arbeiterklasse. Die Unternehmer und die von ihnen bestimmten Institutionen bemühten sich, auf verbreitete Neigungen von Arbeitern, besonders von Arbeiterinnen einzugehen. Teilzeitarbeit, die den gewohnten Regelarbeitstag in der Dauer unterschritt, war ein Angebot, das Widerhall fand. Empfänglich für die Vorzüge der schwach abgesicherten Teilzeitjobs waren wie immer auch diejenigen, die eine Ausbildung oder ein Studium auf der Einkommensseite unterfüttern wollten, und die, denen das Verharren im Dauertrott des Regelarbeitsverhältnisses ein Gräuel war. Jugendliche und Heranwachsende mit solchen Bedürfnissen hatte es auch zwanzig Jahre zuvor gegeben, nur war ihre Zahl inzwischen stark gewachsen. Der erste größere Durchbruch ereignete sich aber gerade in demjenigen Sektor, der sich den Schutz des Regelarbeitsverhältnisses auf die Fahnen geschrieben hatte: der Metallbranche.

### Die gewerkschaftlichen Hebel funktionieren nicht mehr

War seit den 50er Jahren mehr als zwei Jahrzehnte lang die Stundenlast der Arbeit sowohl auf den Arbeitstag, auf die Arbeitswoche und auch auf das Jahr bezogen unter der Maßgabe des Lohnausgleichs kontinuierlich herunter gezwungen worden, so erwies sich in den 80er Jahren der Versuch mehrerer Gewerkschaften, die tarifliche Wochenarbeitszeit von 40 auf 35 Stunden zu reduzieren, als Falle. Als Kompromissbeitrag schlossen wichtige Verbände flankierende Flexibilisierungsverträge ab, welche die Arbeitszeit ganzer Belegschaften und weite Tarifbereiche betrafen. Die früher tariflich befestigte »starre« Arbeitszeit, die für jede Abweichung Lohnzuschläge fällig machte, gehörte der Vergangenheit an. Mit der »flexibilisierten« Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf weniger als die seit mehr

»Lasst die Adler fliegen, in ganz Deutschland, frei und ohne Fesseln« – Rogowski, von-Papen-Darsteller und Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutschen Industrie

als zehn Jahren geltenden 40 Stunden wurde zum ersten Mal auch den Arbeitern im Kernbereich der tarifgeschützten Arbeitsverhältnisse ein wichtiger Teil der Verfügungsmacht über die Verteilung ihrer Arbeitsleistung streitig gemacht.

### Die Macht, Ja oder Nein zu sagen

Im landläufigen Sinn redet man von »prekären Arbeitsverhältnissen«, wo Arbeit unter Bedingungen geleistet wird, die nach Höhe der Entlohnung, Bestimmung der Arbeitszeit, gesetzlichen Schutzrechten sowie sozialer Absicherung den Standard erkennbar unterschreiten, der im Zeitraum der höchsten Kraftentfaltung auf Arbeiterseite definiert worden war. Dem Inhalt nach lässt sich die »Prekarisierung« in einen Fächer von Erscheinungen aufgliedern. Historisch wird sie am besten verständlich, wenn man sie als Angriff auf die Verfügungsmacht von Arbeiterinnen und Arbeitern über ihre Arbeitsleistung betrachtet.

Wenn die Dauer des Arbeitsvertrages von vornherein befristet wird, verliert der Arbeiter die Macht, die Dauer seines Verbleibs in einem bestimmten Betrieb und damit in einem bestimmten sozialen Zusammenhang mit seinen Kolleginnen und Kollegen selbst zu bestimmen. Wird seine Arbeitszeit flexibilisiert, so gerät die Macht zur selbständigen Definition von Lage und Dauer des Arbeitstages in Verlust. Schließt ein Arbeitsvertrag die Absicherung durch Beiträge zur Altersrente aus, so rückt die selbstbestimmte Beendigung der Lohnarbeit in weitere Ferne.

Für den Einzelnen sind die Folgen solcher Eingriffe leicht erkennbar. Ihr sozialer Sinn wird aber erst deutlich, wenn man sie als Angriff nicht nur auf die Verfügungsmacht der einzelnen Arbeiterin, des einzelnen Arbeiters über ihre Arbeitsleistung versteht, sondern als Angriff auf die Dispositionsmacht *der Klasse* über ihr Arbeitsvermögen im Kampf mit dem Kapital. Erst dieser umfassende Sinn weist über den täuschenden Eindruck hinaus, der in der Einzelerscheinung der Prekarisie-

rung nur den kleinlichen Chef, nur das neoliberale Raubtier der Konzernleitung, nur die vielleicht kurzsichtige Maßnahme der Kostensenkung erkennbar werden lässt.

### Die Arbeiter vor den Schutzrechten schützen

An der Zerstörung der Dispositionsmacht der Klasse über ihr Arbeitsvermögen, an der schrittweisen Einschränkung und projektierten Beseitigung des im historischen Vergleich bedeutenden Maßes von Einfluss, den Arbeiterinnen und Arbeiter in diesem Land auf die Ausgestaltung ihres Lebens ausüben konnten, haben der Staat und seine Institutionen seit nunmehr drei Jahrzehnten zielstrebig gearbeitet. Schon zu Beginn der 70er Jahre, als der Ausbau sozialstaatlicher Garantien für die Arbeitsverhältnisse in der BRD noch seinem Höhepunkt entgegen ging, wurde unter der von Willy Brandt geführten SPD/FDP-Regierung das Gesetz über Leiharbeit verabschiedet, das für den vorher undenkbaren »modernen Sklavenhandel« eine rechtlich unangreifbare Grundlage bereitstellen und ihn damit möglich machen sollte. Wenige Jahre später – immer noch unter SPD/FDP-Regierung – wurde in einer Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes die Nachtarbeit für Jugendliche, die vorher verboten gewesen war, wieder gestattet.

Zum ersten Mal bewährte sich bei diesem Unternehmen eine zynische Unterstellung, die seither die Rechtfertigung jeden Angriffs auf Lohn und Arbeitsbedingungen, jede staatlich inszenierte Verschlechterung der Bedingungen der Arbeiterexistenz flankiert hat: Das Schutzrecht gefährde die Arbeits- oder eben im Fall der Jugendlichen die Ausbildungsplätze.

Die Logik, der zufolge man den Arbeitslosen durch Verschlechterung ihres Arbeitslosengelds und Verwüstung ihrer Arbeitsbedingungen zu Hilfe kommen müsse, ist von der Thatcher-Regierung in Großbritannien in Umlauf gebracht und von den sozialdemokratischen Regierungen – unter gebührender Verteufelung ihrer Urheberin – lautstark und von den Gewerkschaften kleinlaut bestätigt worden. Diesem ideologischen Strickmuster ist in der Folgezeit überall dort gefolgt worden, wo Maßnahmen erprobt oder sanktioniert werden sollten, die wir zum Panorama der Prekarisierung rechnen: Bei der Verschlechterung des Kündigungsschutzes, bei der Beseitigung der rechtlichen Hemmnisse für befristete Arbeitsverhältnisse, bei der Öffnung der Schleusen für »geringfügige« sprich: sozialversicherungsfreie Arbeitsverhältnisse, am deutlichsten beim »Beschäftigungsförderungsgesetz« von 1985, das die Einrichtung von Arbeitsplätzen ohne Kündigungsschutz ausdrücklich unterstützte und die Arbeitslosen zum Eintritt in solche Arbeitsverhältnisse zu zwingen versuchte.

### Vor der Beseitigung der Rechte steht der inszenierte Bankrott der Sozialversicherung

Die seit Jahrzehnten durch Parteien und Staat vorangetriebene Minderung der finanziellen Absicherung bei Arbeitslosigkeit komplettiert das Panorama. Denn erst die spürbare Verschlechterung der Lebensbedingungen bei Verlust des Arbeitsplatzes, erst die ernsthaft drohende Gefahr sozialen Elends kann die prekären Arbeitsverhältnisse so attraktiv machen, dass sie auch wirklich akzeptiert werden.

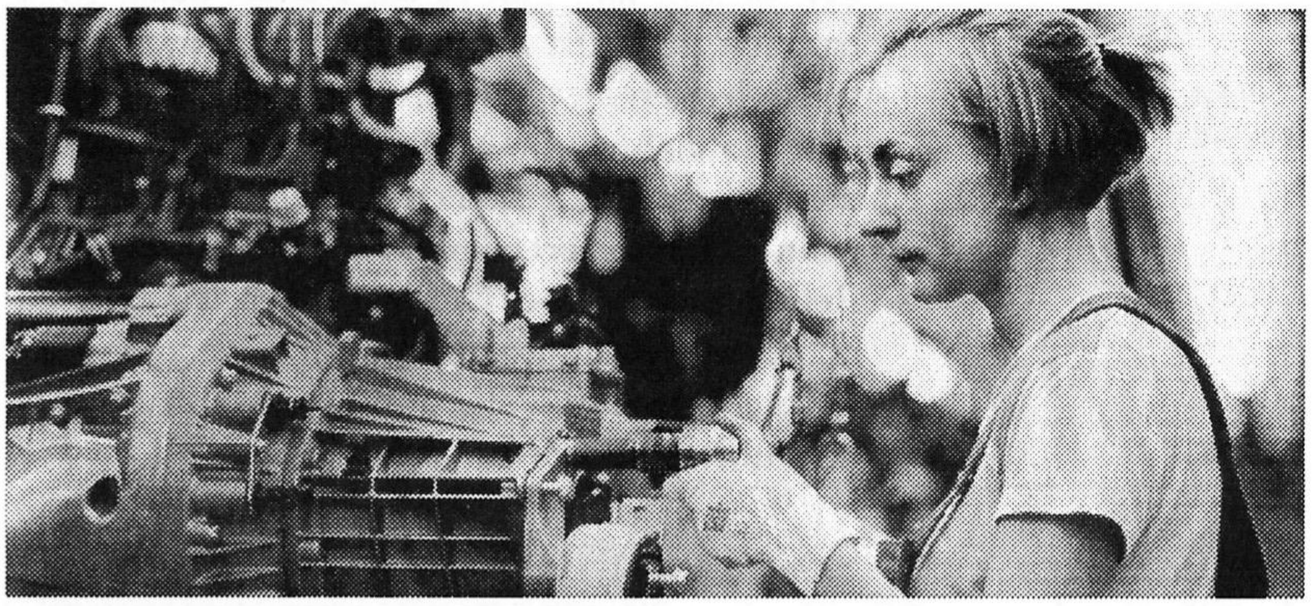
Zum Ärger der Unternehmer hatten es sämtliche Regierungen seit Mitte der 70er Jahre nicht geschafft, hier den entscheidenden Durchbruch zu bewirken. Das Objekt der Begierde, eine unter manifesten Elendsperspektiven bescheidene, lenkbare, kostengünstig einsetzbare Arbeitskraft, war weiterhin nicht zu greifen. Erst die Verschleuderung der angesparten Guthaben der Sozialversicherungen, insbesondere der Rentenversicherung, haben den bevorstehenden Bankrott der sozialen Sicherungssysteme der Arbeiterexistenz herbeigeführt, unter denen sich der Durchmarsch der Schröder-Regierung inszenieren lässt. *Zum ersten Mal seit den 50er Jahren steht ein Angriff auf die Existenzsicherung nicht nur isolierter »prekärer« Gruppen, sondern der gesamten Arbeiterklasse auf der Tagesordnung.*

### Wunschbild des Kapitals: die um Arbeit bettelnde industrielle Reservearmee

In der Perspektive dieses Angriffs zeichnet sich ein projektierter Szenenwechsel ab: Die abgemagerten Vergütungen und Sicherungen, der weitgehend beseitigte »indirekte Lohn«, bislang in erster Linie für die prekären Arbeitsverhältnisse charakteristisch, sollen Allgemeinerfahrung werden – schrittweise, aber nicht weniger planmäßig. Nicht schwer vorauszusagen, dass die Dynamik der Spaltung durch neue Verschlechterungen im fortgeführten prekären Sektor lebendig gehalten werden wird. Immer vorausgesetzt natürlich, dass der Keulenschlag der neuen »Reformen« die richtige Stelle trifft. So oder so: Wer über die mehr oder weniger tristen Einzelfälle hinausblickt, wird in der »Prekarisierung« von Teilen der Klasse den Hunger des Kapitals erkennen, der auf die Wiederherstellung einer industriellen Reservearmee im klassischen Sinn zielt.

Aber der Bär, dessen Fell verteilt werden soll, ist noch nicht erlegt. Schon melden sich als Antwort auf das große Verelendungsprojekt der »Agenda 2010« die ersten Sturmzeichen. Demonstrationen, Proteste und Streiks kommen in Bewegung. Ob es dazu reicht, das Projekt zu unterlaufen, ist heute noch nicht absehbar. ■

# Im Hamsterrad der Maßnahmen



Im Zuge der Hartz-Reformen wurden Umschulungen und Weiterbildungen für Arbeitslose massiv zusammengestrichen, die verhassten Trainingsmaßnahmen aber ausgeweitet. Deren Disziplinierungscharakter wird offen erklärt: »Überprüfung der Arbeitsbereitschaft und Arbeitsfähigkeit«, »Eignungsfeststellungen«, »Bewerbungstraining« und psychologische Beratung »über Möglichkeiten der Arbeitssuche« (§ 49 SGB III). Seit 1994 wurden solche Maßnahmen zunächst in kleinem Umfang eingesetzt, seit 1997 nehmen sie zu, und von 1999 bis 2002 hat sich ihre Zahl mehr als verdoppelt (von 432.000 auf 877.000). Im Jahr 2002 gab das Arbeitsamt dafür ca. 500 Mio Euro aus – in der Gegenrechnung wurden im Jahr 2003 in kurzer Zeit ca. ½ Million Arbeitslose vor allem mit solchen Maßnahmen aus dem Leistungsbezug gekippt.

Die Kommandotrupps der Arbeitsämter forsten wie die Wilden die Statistiken der Erwerbslosen durch und greifen sich »Langzeitarbeitslose« heraus, um diese mit vielfachen Möglichkeiten des direkten und indirekten Drucks zu belästigen. Wann eine »Maßnahme« beginnt, erfährt man häufig erst einen Tag vorher, mit Kurierpost überbracht. Manchmal liegt dazwischen auch nur ein Sonntag – mit programmierter Absicht, dann gleich die erste Sperrzeit aussprechen zu können. Bis zu drei solcher »Einheiten« in wenigen Monaten sind keine Seltenheit. Auch 61-jährige werden noch in die Schule gepresst. Und auch wer eisern durchhält und jeden Tag da ist, kann hinterher eine Sperre bekommen: wenn ihm der Trainer »mangelnde Mitarbeit« bescheinigt.

Es gibt inzwischen einen reichen Erfahrungsschatz mit derartigen »Maßnahmen«. Die Motivation ist bekanntlich immer dann außerordentlich niedrig, wenn unmittelbarer Zwang dahinter steckt. Man rechnet hier offenbar mit einem Ermüdungs- und Zermürbungseffekt. Abgebrühte Langzeitarbeitslose bringen das erste Training noch einigermaßen locker hinter sich. Wer aber bereits die zweite oder dritte sinnlose Zwangsverpflichtung absolviert, muss erheblich mehr Widerstand aufbringen, – um sich der Gehirnwäsche zu entziehen – um nicht aufzugeben und den nächstbesten miesen Job anzunehmen – um sich nicht hirnlos in irgendeine Ich-AG zu stürzen.

Auf dem Markt der sogenannten Maßnahmeträger haben sich in der Regel bundesweit tätige »Fortbildungsorganisationen« breit gemacht, die auch die Verträge (»Pakete«) mit den örtlichen Arbeitsämtern aushandeln. Sie beschäftigen eine geringe Anzahl von Festangestellten und stellen zu relativ niedrigen Löhnen sogenannte Honorarkräfte ein, die andernfalls zumeist auch beim Arbeitsamt gemeldet wären.

Unter den Maßnahmeträgern wie auch unter den Honorarkräften gibt es eine gewollte Konkurrenz, was dazu führt, dass dort Löhne von knapp 12 Euro pro Stunde oder »Pakete« von knapp 1.400 Euro (pro Person einer 7-wöchigen Sitzperiode) verdealt werden. Eine Muster-Kalkulation: Bei einem TeilnehmerInnenkeis von etwa 25 Personen kostet eine »Feststellungsmaßnahme« ca. 35.000 Euro. Weitere fünf Personen handeln sich sofort oder während des Kurses Sperrzeiten ein, weil sie die engen Bedingungen nicht beachten. Das spart schon mal schnell 6.000 Euro (bei einer durchschnittlichen Arbeitslosenhilfe von 600 Euro im Monat). Hinzu kommt die angedrohte Rückzahlung der Teilnahmegebühren an das Arbeitsamt. Auswirkungen haben diese Trainingsprogramme auf weitere »Kunden«, denn es spricht sich herum, dass ein kälterer Wind weht.

Wie sieht nun die Gegenrechnung für den Arbeitslosen aus? Sieben Wochen Maßnahme heißt sieben Wochen keine Möglichkeit, etwas dazu zu verdienen. Sieben Wochen, in denen gegebenenfalls die Kinder woanders untergebracht werden müssen. Keine Möglichkeit wegzufahren. Wer krank macht, bekommt sofort nach »Gesundung« die nächste Vorladung. Zusätzliches Geld gibt es auch nicht mehr (nur Fahrgeld für öffentliche Ver-

kehrsmittel). Sieben Wochen lange acht Stunden täglich absitzen, in denen einem das eigene Versagen vor Augen geführt wird: in dieser Situation lassen sich etliche Arbeitslose dazu überreden, sich doch »selbständig« zu machen – nur, um endlich wieder selbst über die eigene Zeit zu verfügen.

Seit diesem Jahr gibt es ein Bündel neuer Maßnahmen, gestaffelt für »leichte« bis »schwere« Fälle. Im letzten Heft* hatten wir einen Bericht über eine Maßnahme »im Mittelfeld« – bereits während dieses Kurses hatte sich rausgestellt, daß die Maßnahme radikalisiert würde: Praktikum nur noch im Reinigungsgewerbe! Diesmal haben wir zwei Berichte von den entgegengesetzten Enden: Job-Club für die leichteren Fälle und eine Maßnahme aus dem ultra hardcore-Bereich...

* »Träge Bildung«, *Wildcat 67, Seite 26*

1. November 2003, Berlin

### Im »Job Club«

»Nach drei Monaten Arbeitslosigkeit schickte mich das Arbeitsamt in den Job-Club. Dieser wird von einem privaten Träger veranstaltet, der *DAA* (*Deutsche Angestellten Akademie*). In der Einführungsveranstaltung wurde uns vor allem klargemacht, dass wir uns in einer schlimmen Krisensituation befinden, nämlich arbeitslos sind, deshalb gäbe es für uns nichts Wichtigeres, als uns um Arbeit zu bemühen. Dabei dürften wir ruhig »kreativ« sein. Alles was dem Ziel Arbeit dient, ist gut, alles was diesem Ziel nicht dient, ist schlecht. Das sei der zentrale Merksatz, den sich alle hinter die Ohren schreiben sollten.

Der Job Club läuft folgendermaßen. Es stehen 50 Arbeitsplätze zur Verfügung (in so einer Art Großraumbüro), daneben ein Telefonraum, eine Abhängecke mit Sofas und Kaffeeautomat und eine Terrasse zum Rauchen. Im Großraumbüro steht immer mindestens ein Jobtrainer für Fragen zur Verfügung (außerdem kontrolliert er ein bisschen, was so läuft, und liest die fertigen Bewerbungen). Daneben haben noch alle ihren persönlichen Job-Trainer, der am Anfang einen sogenannten Bewerbungsplan erstellt und später gegebenenfalls modifiziert, sollte er nicht zum Erfolg führen. Alle sollen pro Woche mindestens fünf Bewerbungen raushauen, wobei jede einzelne von den Job-Trainern geprüft, und wenn sie die Prüfung passiert hat, zentral verschickt wird. Die »Arbeitszeiten« sind gleitzeitmäßig. Es müssen vor allem fünf geprüfte Bewerbungen raus (ich war immer zwischen 10-12 Stunden dort). Sie stellen alles Material zu Verfügung, selbst das Foto wird vom Job-Club organisiert.

Die Teilnehmer waren bunt gemischt, ein Großteil hat die Maßnahme nicht als Repression empfunden, sondern als Hilfestellung. Einige waren sogar auf eigene Initiative da. Die Stimmung war nicht richtig stressig, sondern mehr so locker. Es wurde viel geratscht, viele nahmen die Job-Trainer als Abladestelle für ihren persönlichen Frust, als so eine Art Pfarrer. Bei der Einführungsveranstaltung hatte ein Teilnehmer auf die Frage nach den Erwartungen geantwortet: er erwarte »persönlichen Zuspruch«, da seine Frau »dazu nicht bereit« sei.

Die meisten TeilnehmerInnen waren Angestellte, von der Fremdsprachenkorrespondentin bis zu Büroinformationskauffrauen in Massen, aber auch Industriemechaniker und einige Ungelernte. Alle Altersklassen, wobei die unter 30jährigen absolut in der Mehrzahl waren.

In der Praxis dauert es nicht lange, bis man die persönlichen Vorlieben und Abneigungen der einzelnen Job-Trainer kennt und eben so schreibt, wie es der einzelne Mister Wichtig gerne lesen möchte, um möglichst schnell auf die fünf Bewerbungen zu kommen und abzuflattern. Die Raucherecke hat sich dabei als wichtiger Kommunikationsort herausgestellt, um Tipps und Erfahrungen mit den Kappen auszutauschen. Dabei war durchaus der eine oder andere Lacher dabei.

Bei den Job-Trainern hatte ich den Eindruck, dass sie bei den Schleimern den Druck ständig erhöhen. Da ich (und andere) ihnen eher die kalte Schulter gezeigt habe, haben sie ihre Ansagen etwas tiefer gehängt.«

### Bewerbungs- und Integrationsmaßnahme

»Bewerbungs- und Integrationsmaßnahme
mit Motivations- und Kommunikationstraining.
*Schlüsselqualifikation: Soziale und emotionale Kompetenzen, fachliche und methodische Kompetenzen*«

Ein Trainer vom IB für nur vier TeilnehmerInnen, alle über 40 Jahre alt, alle langzeitarbeitlos (fünf Jahre) und mit gesundheitlichen Beeinträchtigun-

gen, aber keinem Anspruch mehr auf eine Reha-Maßnahme, abgelehnten Rentenanträgen usw...

Schon in der Einführungsveranstaltung macht der Trainer klar: »Krankmeldung ist nicht. Wer das versucht, muss damit rechnen, dass ich eine Viertelstunde später bei ihm auf der Matte stehe.«

Der Tag beginnt mit zwei Stunden Job-Suche am Arbeitsamtcomputer und in Zeitungen, Anrufen bei möglichen Arbeitgebern. Bewerbungen schreiben am PC. Dann werden gemeinsam die Termine durchgesprochen. Nach der Mittagspause begleitet der gesamte Kurs den Kandidaten mit der Straßenbahn zum Vorstellungsgespräch, wartet dann im Flur. Außerdem gibt es täglich etwa zwanzigminütige Einzelgespräche mit dem Trainer: über die Bilanz des Tages, wie man seine Chancen auf dem Arbeitsmarkt sieht, welche Abstriche und Kompromisse man eingehen würde, um wieder einen Job zu bekommen, über den Krankheitsverlauf. Besonders perfide ist, dass der Trainer sämtliche Unterlagen des Arbeitsamts über die Teilnehmer im Rucksack hat. Er kennt alle ihre Akten und Briefwechsel mit dem Amt und zitiert bei Bedarf daraus, wenn sich jemand in Widersprüche verstrickt. Er versucht, sie auszuhorchen und gleichzeitig, sich anzubiedern, mit Einladungen zum Kaffee zum Beispiel.

Hat man diese zwei Wochen überlebt, kann es trotzdem passieren, dass das Arbeitsamt eine Sperre von drei Monaten verhängt: weil man seiner »Mitwirkungspflicht nicht nachgekommen« sei – und (im konkreten Fall) nachdem der Teilnehmer schon den neu gefundenen Job angetreten hat. Gegen so etwas kann man natürlich Widerspruch einlegen und anschließend klagen, das dauert aber Monate.

### Zwei Nachbemerkungen:

Arbeitsamtsmaßnahmen ließen sich in den letzten Jahren vor allem darüber durchsetzen, dass noch im blödesten Kurs Leute saßen, die ihn als »Chance« begriffen, oder zumindest so taten, um sich individuell aus der Affäre zu stehlen. Aber je beschissener die Maßnahme, desto stärker der »organisierende« Effekt! Und dies lässt durchaus hoffen, dass sich in diesem Bereich in den nächsten Monaten einiges regen wird. Es gibt erste Erfahrungen von Widerstand, der über einzelne »Klassen« und »Maßnahmen« hinaus geht. Stammtische, die sich auch nach dem Ende des Kurses noch treffen; kleine Umfragen, um die Maskerade des »Mitspielens« zu durchbrechen; sich gegenseitig den Rücken stärken; allgemein Verhalten, das die Maßnahme infragestellt. Hieran wäre anzuknüpfen. ■

## Das sogenannte Normalarbeitsverhältnis heute

Noch immer sind 60-65 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse Normalarbeitsverhältnisse, definiert als *unbefristete und sozial- sowie arbeitsrechtlich abgesicherte Vollzeitbeschäftigung.* Doch wer denkt, bereits die Form Normalarbeitsverhältnis biete Schutz vor Verarmung und Niedriglohn, sollte sich die unterschiedlichen Branchen und Regionen anschauen.

**»Die Köchin, die Putzfrau und der Wachmann«**: in dieser ZDF-Sendung wurden am 2. September 2003 drei entsprechende ArbeiterInnen aus Berlin vorgestellt, unter dem Motto: »Viel Arbeit für wenig Geld«. Sie verdienen zwischen 6 und 8 Euro in der Stunde, machen Schicht- und Wochenendarbeit und kommen mit diversen »Nebenjobs« auf eine 60h-Woche. Ihre Hauptjobs sind Vollzeitbeschäftigungen, bezahlt nach Tarif, mit Kündigungsschutz.

Dass eine Vollzeitbeschäftigung zu Tariflohn nicht nur in Ausnahmefällen keine Existenzsicherung bietet, zeigen folgende Zahlen: 1995 verdienten 36 Prozent aller Beschäftigten weniger als 75 Prozent des Durchschnittslohns (1975 waren es nur 30 Prozent), 12 Prozent bekamen weniger als 50 Prozent des Durchschnittslohns (das sind dann 800-900 Euro netto). Etwa ein Drittel aller ganzjährig Vollzeitbeschäftigten aus den Kernbereichen des tarifvertraglich abgesicherten Normalarbeitsverhältnisses gehören zum sogenannten Niedriglohnsektor: Verkäuferinnen, Putzfrauen, Wachleute, LandarbeiterInnen, Beschäftigte in Kleinstbetrieben.

Im Jahr 2002 betrug das durchschnittliche Arbeitslosengeld 737 Euro, ca. ein Drittel der ALG-BezieherInnen hatte weniger als 600 Euro. Die durchschnittliche Arbeitslosenhilfe lag bei 522 Euro: diese Zahlen weisen auf das frühere Lohnniveau der heutigen Arbeitslosen hin (Arbeitslosengeld: 60-65 Prozent des letzten Nettolohns, Arbeitslosenhilfe 50-53 Prozent des letzten Nettolohns, jährlich gekürzt un fünf Prozentpunkte).

**»Das geltende Tarifvertragssystem ist äußerst flexibel** ... Die Gewerkschaften haben ... Abweichungen von bestehenden Tarifverträgen vielfach zugestimmt, wenn dadurch Beschäftigung gesichert und Unternehmen in wirtschaftlicher Not geholfen werden konnte.« (aus einer Anzeige von »Betriebs- und Personalräten für den Erhalt der Tarifautonomie« in allen großen Tageszeitungen, September 2003).

Ca. 35 Prozent aller Betriebe haben bisher Öffnungsklauseln der Flächentarifverträge genutzt: variable/verlängerte/verkürzte Arbeitszeiten, niedrigere Einstiegslöhne, Kürzung von Weihnachts- und Urlaubsgeld.

Jenseits der Löhne haben sich auch die anderen Rahmenbedingungen des Normalarbeitsverhältnisses verändert: Nur noch 65 Prozent aller Beschäftigten waren im Jahr 2001 tarifgebunden, 1996 waren es noch 70 Prozent. 58 Prozent hatten keine festen Arbeitszeiten mehr, sondern waren mit Arbeitszeitkonten oder Ähnlichem konfrontiert. Fast jede/r zweite Beschäftigte (47 Prozent; 1991 waren es 42 Prozent) muss inzwischen Wochenend-, Schicht- oder Nachtarbeit leisten.

Der **Kündigungsschutz** spielt in der öffentlichen Diskussion immer eine wichtige Rolle. (Gerade eben wurde die Mindestbeschäftigtenzahl der Betriebe, für die er gilt, wieder auf über zehn verdoppelt). Er gilt grundsätzlich nach sechs Monaten im unbefristeten Arbeitsverhältnis. Selten wird ein Entlassener wieder eingestellt, sondern der Beschäftigungsanspruch wird mit Geld abgegolten. Der Unternehmer muss, wenn er aus betrieblichen Gründen entlassen will, eine soziale Auswahl unter den Beschäftigten treffen. Existiert ein Betriebsrat, werden Massenentlassungen ausgehandelt. Je älter, je mehr Unterhaltspflichten und je länger im Betrieb, desto teurer wird eine Entlassung. Dabei ist in Deutschland keine Abfindung vorgeschrieben; Entlassene müssen vor dem Arbeitsgericht auf Wiedereinstellung klagen. War die Kündigung nicht gerechtfertigt, erhalten sie eine Abfindungszahlung, andernfalls nicht.

# Das Praktikumsunwesen

»Praktika« sind der Renner. Das Arbeitsamt drückt dich rein, den Arbeitgeber kostest du nix, und für viele Jobs ist ein vorgeschaltetes »Praktikum« inzwischen Pflicht...

*»Kostümbildnerin sucht Praktikantin, gerne gelernte Schneiderin oder Modedesignerin, für Näharbeiten«*

(aus einer Annonce)

Es gibt inzwischen **Arbeitsamts-Maßnahmen**, die zu einem großen Teil oder vollständig aus einem Betriebspraktikum (3-6 Monate) bestehen. Die Arbeitslosen kosten den Betrieb also nix. Diese Möglichkeit wurde Mitte der 90er Jahre im Arbeitsförderungsgesetz verankert. In den Neunzigern waren die Chancen recht groß, nach einem absolvierten Betriebspraktikum einen Arbeitsplatz zu bekommen, oder es ergab sich zumindest eine befristete Anstellung. Heute machst du ein Praktikum meistens genau so lange, wie der Betrieb keine Lohnkosten für dich bezahlen muss. Viele Firmen holen sich für immer die gleichen Jobs (z.B. Büroarbeiten, Telefonzentrale) einfach immer wieder neue PraktikantInnen.

Oft bietet die »Fortbildungsmafia« selbst ein Praktikum in einem ihr angeschlossenen Betrieb an, welches vielleicht in ein befristetes Arbeitsverhältnis mündet (um die Quote fürs Arbeitsamt zu simulieren), danach bist du dann wieder arbeitslos.

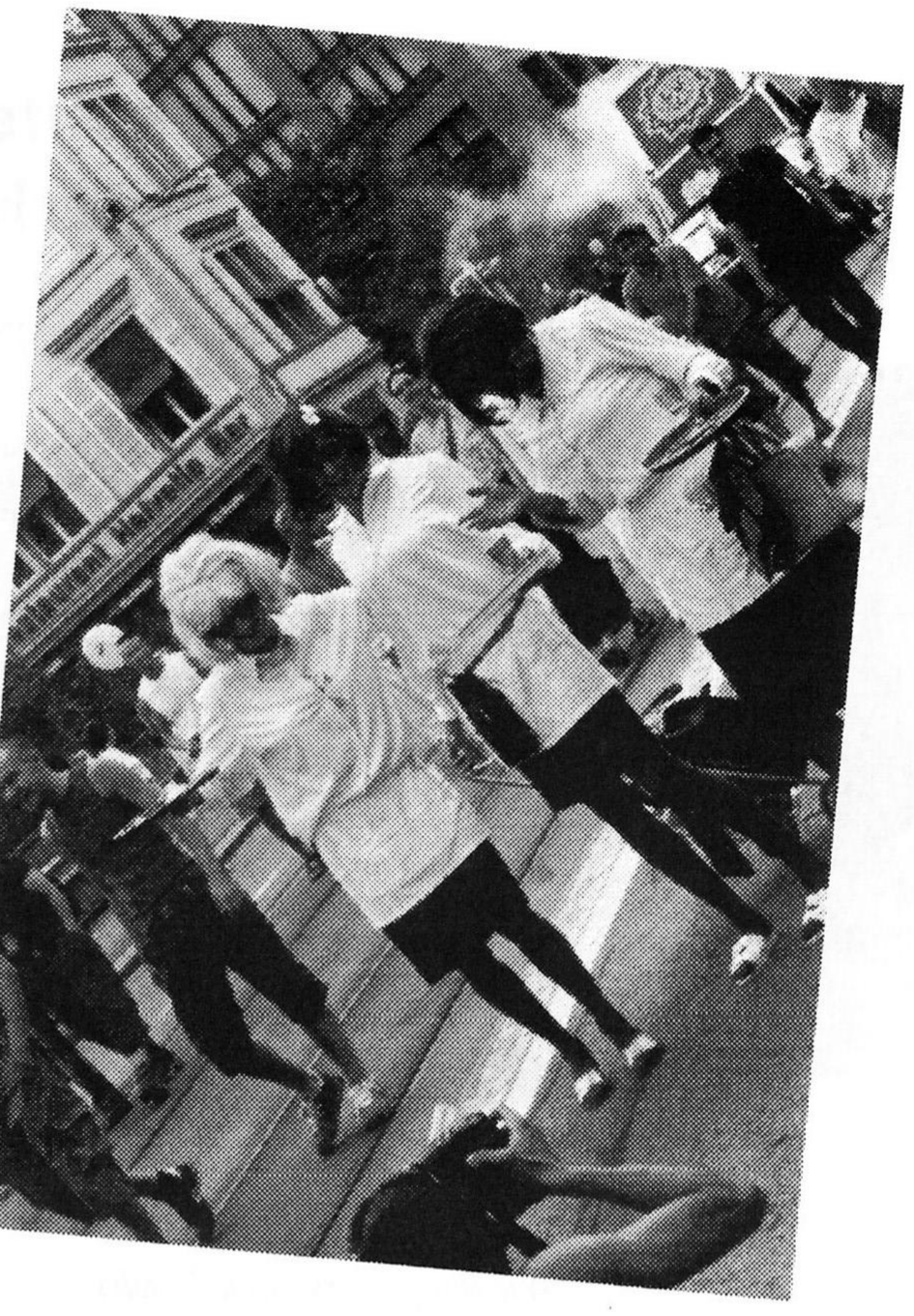
Immer häufiger verlangen Arbeitgeber, dass du erstmal ein paar Tage (zum Beispiel auf dem Bau) oder gar drei Monate **auf Probe** arbeitest. Dies wird dann »Praktikum« genannt und meist damit begründet, dass man z.B. erst mal sehen muss, ob »man auch zusammenpasst«, oder die BewerberInnen sollen erst mal zeigen, was sie so drauf haben! Das Ganze geschieht natürlich im beiderseitigen Einverständnis zum Wohle beider Parteien... Dieses Probearbeiten wird in der Regel überhaupt nicht bezahlt, manchmal gibt es das Angebot, nach einer eventuellen Einstellung einen Teil dieser Arbeitszeit doch noch vergütet zu kriegen.

In vielen Branchen ( z.B. Medien, Architektur, Modedesign.) werden die Bewerber für Praktika gezielt nach ihren schon vorhandenen Kenntnissen eingestellt (z.B. Webdesign). D.h., du musst die geforderten Kenntnisse für den Job schon mit in die Firma bringen. Also nix mit ausprobieren und dazu lernen, sondern du wirst gezielt für etwas eingeplant, wofür normalerweise jemand regulär beschäftigt und bezahlt werden müsste. (ein Beispiel aus einer Annonce: »Kostümbildnerin sucht Praktikantin, gerne gelernte Schneiderin oder Modedesignerin, für Näharbeiten«)

Auch früher schon waren für viele Studiengänge Praktika vorgeschrieben. Neu ist, dass Leute **nach Studienabschluss unbezahlte »Praktika«** machen, um überhaupt einen Job zu bekommen.

Eine Besonderheit stellt die Medienbranche (insbesondere Radio und TV) dar. Da es für viele Jobs gar keine Ausbildungsgänge gibt, finden sich hier alle Arten von unbezahlten Praktika. Das Geld zum Lebensunterhalt verdienen die Leute dann halt abends hinterm Tresen. Es werden sogar Praktika für Kabelträger angeboten und auch absolviert – alles, um beim Fernsehen mitmachen zu dürfen. ■

# Die Ich-AG-Blase



Laut der Werbebroschüre »agenda 2010 – Deutschland bewegt sich«, die die Bundesregierung im November verteilen ließ, sind seit Januar 2003 61.000 Ich-AGs entstanden. Das Unwort des Jahres 2002 scheint der große Renner im Jahr 2003 geworden zu sein. Was treibt Arbeitslose, die meist über wenig Rücklagen verfügen, in die Selbständigkeit? Wir haben ein paar Leute aus dem weiteren Bekanntenkreis befragt und festgestellt: die Ich-AGs haben »ansteckenden Charakter«. Die *agenda 2010* scheint tatsächlich Leute in Bewegung zu versetzen – die Mischung aus Angst vor weiteren Schikanen vom Amt, Trotz, geschicktem Ausweichen und plötzlich erwachtem Unternehmensgeist ist noch nicht ganz leicht zu entwirren. Verstehen lässt sich die Sache noch bei Leuten, die bisher weniger als 600 Euro Arbeitslosenhilfe hatten, ein bisschen Schwarzarbeit nun legal verrichten und ansonsten drauf spekulieren, sich in einem Jahr wieder arbeitslos zu melden. Aber manche scheinen den Tritt in den Arsch tatsächlich als Ansporn nehmen zu wollen, sich nun selbst Arbeit und Einkommen zu organisieren.

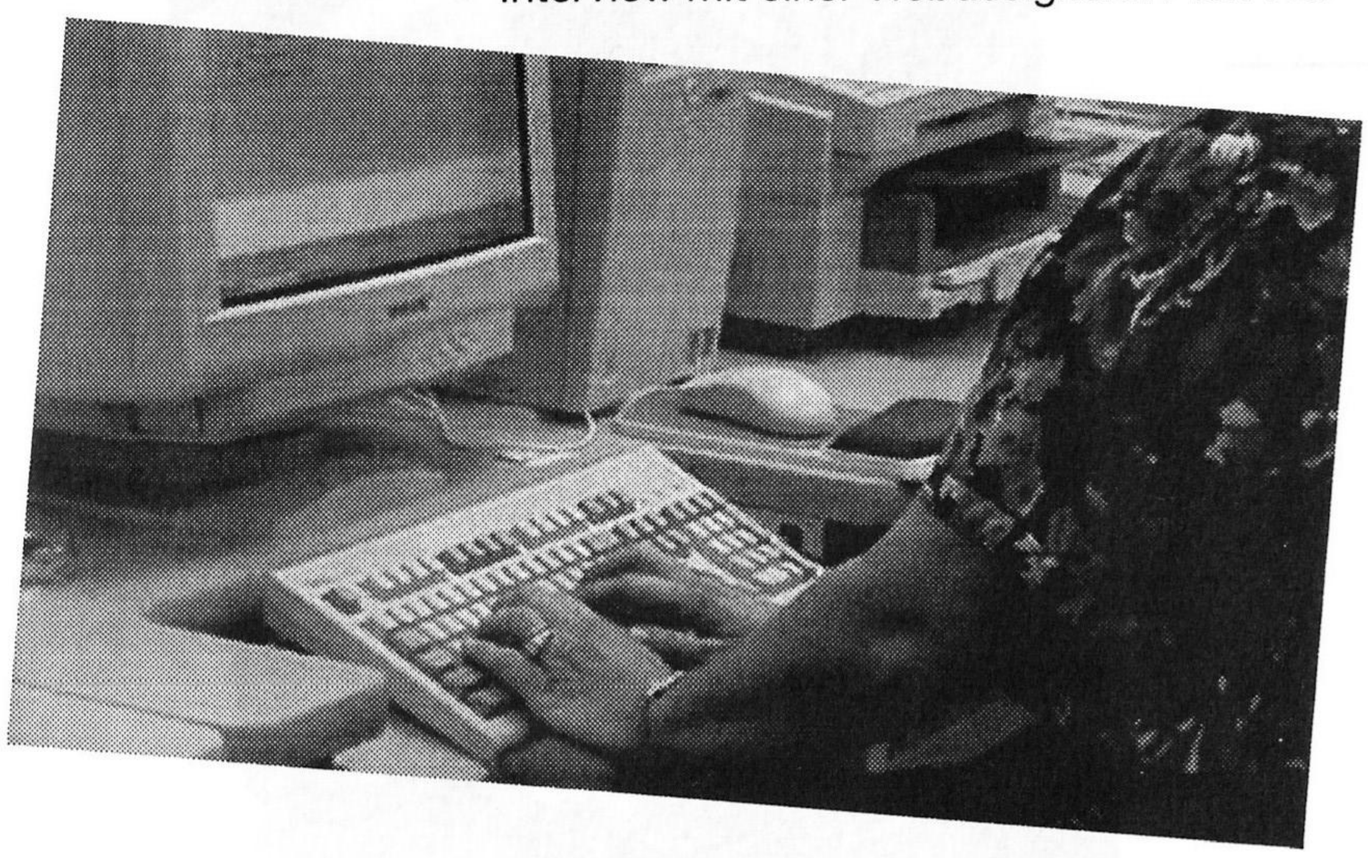
Eine vorläufige These wäre, dass die Ich-AGs die Arbeitslosen-Scenes zersetzen, es aber gut verdienenden Arbeiterfamilien möglich machen, mehr Dienstleistungen als bisher einzukaufen, während sie drittens bestimmte Kleinbetriebe in eine ruinöse Konkurrenz treiben:

- Die Hartz-Reformen greifen die »unklaren Ressourcen« an, diese Mischung aus Ersparnissen, gegenseitiger Hilfe, Schwarzarbeit und staatlichen Geldern, die das Leben erträglicher macht. Die 600 Euro sind ein Angebot an viele Leute, das nun legal auf niedrigstem Level fortzusetzen, was sie bisher schon gemacht haben. Aber nach einem Jahr wird es deutlich härter, wenn das Geld vom Amt kaum noch für die Sozialversicherungsbeiträge reicht.
- Einige Unternehmer haben sofort zugelangt und beschäftigen nun Ich-AGs als Scheinselbständige. »Freie Handelsvertreter« müssen nun ohne monatliches Fixum auskommen, dafür müssen die »600 Euro« aus Nürnberg reichen!
- Überhaupt nicht erfreut über die neue Billigkonkurrenz ist z.B. der Bauindustrie- und Baugewerbeverband Sachsen-Anhalt. Er nennt die Ich-AGs »öffentlich gefördertes Kleinstunwesen« und staatlich subventionierten »Pfusch am Bau«. (*Magdeburger Volksstimme*, 29.11.03)
- Doch während die Bauunternehmer immer niedrigere Löhne zahlen und immer höhere Preise nehmen, arbeiten die Ich-AGs zu Preisen, die auch NormalverdienerInnen bezahlen können. Die wachsende Lohndifferenzierung innerhalb der Klasse führt dazu, dass Facharbeiter, deren eigenes Einkommen angegriffen wird, sich nun wieder einen Maler leisten können, und für Angestellte Dienstmädchen erschwinglich werden.

Oder hat das Drittel der Arbeitslosen, das laut offizieller Schätzungen von einer Mischung aus Schwarzarbeit und staatlichen Transferzahlungen lebt und gar nicht an der Aufnahme einer regulären Arbeit interessiert ist, nach Umschulung und Praktikum nun auch das nächste Instrument des verschärften Arbeitszwangs für seine eigenen Zwecke entdeckt und höhlt es aus? Dann tickt hier eine Zeitbombe. Denn was passiert, wenn nach einem Jahr 80 Prozent der Ich-AGs wieder Kunde in Nürnberg werden? ■

# »Vielleicht sollten wir uns in einem Jahr nochmal unterhalten...«

Interview mit einer Webdesignerin / Ich-AG



*Wie lange warst du arbeitslos?*

Ich hab die typische Karriere von BSHG-§19-Stelle, ABM, ABM-Verlängerung, zwischendurch immer wieder arbeitslos. Meine Arbeitsvermittlerin hat mich einigermaßen in Ruhe gelassen, wenn ich irgendwie signalisiert habe, dass ich mich um einen Job bemühe. Und ich hatte immer eine Nebenbeschäftigung, im Rahmen des Erlaubten... Zum Schluss habe ich mich Ende 2001 nach zwei Jahren Arbeitslosigkeit um eine einjährige Fortbildung als Webdesignerin bemüht, was gar nicht so einfach war. Das Arbeitsamt wollte erst nicht. Nach der Fortbildung war ich noch mal drei Monate arbeitslos, in der Zeit bekam ich Übergangsgeld, wäre danach aber bei ganz wenig Arbeitslosenhilfe gelandet. Als ich dann einen größeren Auftrag bekommen habe, den ich auf jeden Fall offiziell abrechnen musste, habe ich mich im April 2003 selbständig gemacht.

*Was bleibt von den 600 Euro »Existenzgründungszuschuss« übrig?*

In die Rentenversicherung zahle ich zwangsweise knapp über 230 Euro, das ist der Mindestsatz, Krankenversicherung ist zwar freiwillig, aber mit Mitte 40 ist sie gar nicht so freiwillig: sie kostet noch mal 176 Euro plus 21 Euro Pflegeversicherung, so dass von den 600 Euro noch nicht mal 200 Euro übrigbleiben. Das heißt, im zweiten Jahr bleibt von dem Zuschuss gar nichts mehr übrig, der beträgt dann nur noch 360 Euro.

*Eine Anstellung in Deinem Bereich zu finden, war aussichtslos?*

Ja, in diesem Bereich arbeiten sehr viele als »Selbständige« und »Freie«. Außerdem werde ich inzwischen als zu alt angesehen, obwohl ich keine Berufsanfängerin bin und besonders im Online-Redaktionsbereich in den letzten Jahren schon eine Menge Erfahrungen gesammelt habe.

*War dieser eine Auftrag wirklich eine Basis, um sich selbständig zu machen?*

Der Auftrag war ziemlich dick, bei einem Wohlfahrtsverband, ich hatte sechs Wochen hintereinander jeden Tag dort zu tun, und seitdem bin ich immer noch ca. zwei Tage in der Woche dort. Das musste alles ganz korrekt abgerechnet werden, also keine Chance, weiter Arbeitslosenhilfe zu kriegen und sich zwischendurch immer wieder ein paar Tage vom Amt abzumelden, wie das viele machen.

*Wieviel musst Du arbeiten?*

Jetzt ist der erste Monat, wo es etwas lockerer geht, vorher hab ich auch die Wochenenden durchgearbeitet, Siebentagewoche also. Ich bin halt sehr langsam in dem Job, und außerdem hab ich große Schwierigkeiten mit dem ganzen organisatorischen Kram, und ich weiß auch oft nicht genau, was ich verlangen kann.

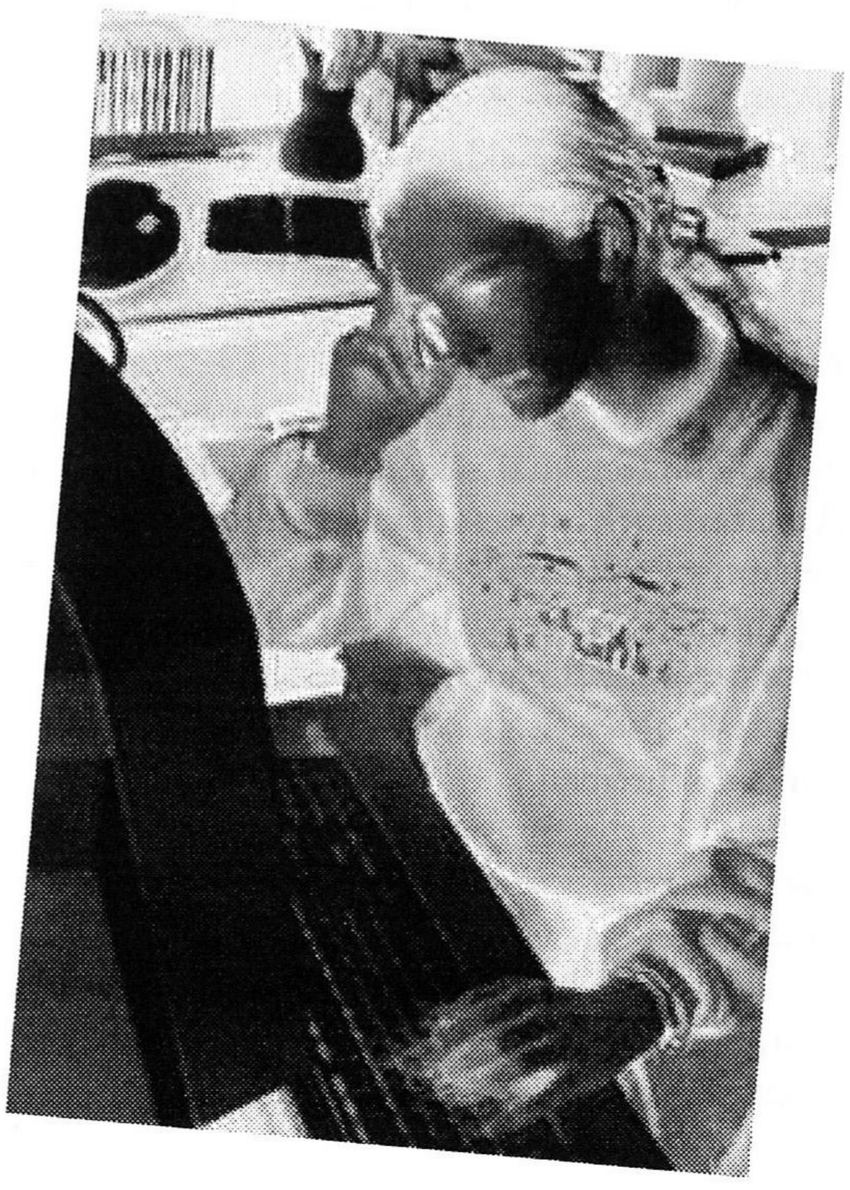
*Wenn Du also Deinen bisherigen Stundenlohn ausrechnen würdest, wär das ne Katastrophe ...*

Insgesamt läuft es sogar ganz gut, bisher kommen die Aufträge einfach so rein, ich muss nicht groß hinterherlaufen, aber ich hab Angst, dass sich das ändert. Aber trotzdem bin ich skeptisch für die Zukunft. Dieser Job ist keine Perspektive für mich, denn ich müsste mich in dem Bereich ständig fortbilden, und dazu hab ich überhaupt keine Lust mehr. Ich denke, das geht jetzt mal ein, zwei oder drei Jahre ... Manchmal hätt ich gerne irgendwo eine feste Anstellung, wo ich auch krank werden könnte usw. Vor dem Krankwerden hab ich im Moment richtig Angst.

*Was hältst Du von dieser »neuen Selbständigkeit«?*

Insgesamt find ich es unmöglich, dass so was als echte Möglichkeit nahegelegt wird, weil ich z.B. überhaupt keine Ahnung von dem ganzen geschäftlichen Teil habe, will ich auch gar nicht. Ich bin mir auch sicher, dass in kürzester Zeit ganz viele Ich-AGs wieder pleite gehen. Vielleicht sollten wir uns in einem Jahr noch mal unterhalten ... Eigentlich möchte ich für meinen reellen Stundenaufwand bezahlt werden, und nicht noch alles mögliche dranhängen müssen, und wenn mein Computer abstürzt, soll das als Arbeitszeit bezahlt werden, wenn ich ihn wieder zum Laufen bringe... Und ich will überhaupt nicht alleine arbeiten müssen und mich ständig selbst zwingen, was zu tun. Die ersten sechs Wochen meines großen Auftrages waren zwar anstrengend, aber es war viel leichter, in dem Verein am Arbeitsplatz zu sitzen, als hier alleine im Büro zu sein.

Und ich kriege ein ganz anderes Verhältnis zur Arbeit als früher, denn ich habe das Gefühl, immer perfekte Arbeit abgeben zu müssen, weil mir sonst der Auftrag entzogen wird. Da ist der Druck höher als bei Festangestellten, die zwar auch Ärger kriegen, wenn sie was vermasseln, aber nicht gleich in der Existenz bedroht sind. ■



# Prekäre Arbeitsverhältnisse

**Minijobs:** möglich bis zu einem Monatslohn von maximal 400 Euro. Der Arbeitgeber muss 25 Prozent dieser Summe für Steuern, Rentenversicherung und Krankenversicherung bezahlen. Der ArbeiterIn erwächst daraus kein eigenständiger Krankenversicherungsanspruch. Sie ist nicht gegen Arbeitslosigkeit versichert, hat aber Anspruch auf Urlaub und Lohnfortzahlung.

Die Zahl der geringfügig Beschäftigten stieg zwischen 1999 und 2002 von 3,5 auf 4 Millionen. Nach der Umstellung auf die Minijob-Regelung am 1.4. 2003 hat die Bundesanstalt für Arbeit ca 1,35 Mio neue Minijobs gezählt. Die allermeisten sind allerdings entsprechend der neuen gesetzlichen Möglichkeit Zweitjobs von anderweitig sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, nur 80.000 sollen »neue« Jobs sein.

Seit 1.4.2003 gibt es keine maximale Wochenstundenzahl für den Minijob mehr, bisher hatte sie bei 15 Stunden gelegen. Wichtig ist, dass Arbeitslose verpflichtet werden können, in einem solchen Minijob zu arbeiten, als Alternative zur Arbeitslosigkeit!

**Teilzeitarbeit:** (definiert als sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis mit einer wöchentlichen Arbeitszeit unter 35 Stunden): Mit der höheren Beschäftigungsquote von Frauen ist auch die Teilzeitquote insgesamt gestiegen; von 1991 bis 2002 haben Teilzeitjobs stetig zugenommen, insgesamt um 46 Prozent, die Anzahl der Vollzeitbeschäftigungen ist um 14 Prozent auf 25,5 Mio gesunken. Inzwischen arbeiten 6,9 Mio der Gesamtbeschäftigten (=21,2 Prozent) in Teilzeitjobs, der Anteil aller Frauen, die in Teilzeitjobs arbeiten, beträgt 39,2 Prozent (1991: 30,2 Prozent).

**Befristungen**: 13 Prozent (4,1 Mio) aller Beschäftigten hatten 2002 befristete Arbeitsverträge; dieser Anteil ist von 10,2 Prozent im Jahr 1991 nur langsam angestiegen. Die spannende Frage ist, wie viele davon in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen wurden und wie viele Arbeitsverhältnisse zum Ende der jeweiligen Befristung ohne Notwendigkeit der Kündigung wieder gelöst wurden, um mit dem nächsten befristeten Arbeiter dasselbe Spiel zu spielen. Für Leute ab 52 wurde die bisherige Befristungsobergrenze von zwei Jahren ersatzlos gestrichen.

**Leiharbeit**: Leiharbeit steigt üblicherweise an, wenn die Wirtschaft boomt, weil dann kurzfristig mehr ArbeiterInnen benötig werden. Deshalb stagniert sie aktuell. Allerdings hat sich die Zahl der LeiharbeiterInnen von Mitte der 90er Jahre bis heute auf 360.000 pro Jahr (ca 1,3 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) verdoppelt. Der Männeranteil liegt inzwischen bei 75 Prozent. Damit hat sich die Leiharbeit vom ursprünglichen Schwerpunkt Büroarbeit auf Montage- und Industriearbeit verschoben. 56 Prozent der im ersten Halbjahr 2002 beendeten Arbeitsverhältnisse hatten weniger als drei Monate gedauert.

Jahrzehntelang haben die DGB-Gewerkschaften jeden Kontakt mit Leihfirmen vermieden und populistisch gegen die »Seelenverkäufer« gewettert. Inzwischen gibt es zentrale Tarifverträge zur Leiharbeit (treten ab 2004 in Kraft), die in der untersten Lohngruppe einen Bruttostundenlohn von 6,85 Euro festlegen (der in den neuen Bundesländern im ersten Jahr auf 5,92 Euro gekürzt werden kann).

**Personalserviceagenturen**: Seit ihrer Einführung zum 1.4.2003 »beschäftigen« 820 Agenturen 16.000 Arbeitslose, davon wurden bisher ca. 600 in einen festen Job vermittelt. Durch die Subventionen vom Arbeitsamt können die Agenturen die Preise der normalen Sklavenhändler unterbieten, zahlenmäßig hat das aber bisher keinen großen Einfluss.

**Selbständigkeit**: Der Anteil der Selbständigen an allen Erwerbstätigen steigt sehr langsam, von 9,3 Prozent (1998) auf 10 Prozent (=3,7 Mio im Jahr 2002). Gut die Hälfte der Selbständigen hat keine Angestellten (2002: 1,9 Mio), das ist im Vergleich zu 1991 eine Steigerung um ein Drittel.

Seit Anfang 2003 haben ca. 60.000 Arbeitslose eine Ich-AG gegründet, allerdings rechnet auch das Arbeitsamt mit einer hohen Rückkehrquote nach einem Jahr.

Wir haben die Zahlen möglichst aus verschiedenen Quellen gegenrecherchiert: wissenschaftliche Institute, einschlägige Zeitschriften, Angaben von Bundesministerien und des Arbeitsamtes (z.B. folgende websites: *wsi.de, destatis.de, arbeitsamt.de, sozialpolitik-aktuell.de*).

## Obwohl die Pension gut läuft ...

M. ist gelernte Tierpflegerin, Mitte 20, seit Anfang 2003 arbeitslos. Nach drei Monaten Arbeitslosigkeit hat sie eine Hundepension als Ich-AG gegründet. Sie darf bis zu 2000 Euro im Monat verdienen, die 600 Euro Zuschuss mitgerechnet. Verdient sie mehr, wird das den Zuschüssen gegengerechnet.

Sie wohnt auf dem Lande in einer großen Wohnung mit großen Grundstück zu geringen Kosten. Sie bietet die Unterbringung von größeren Hunden ohne Zwinger an. Damit hat sie eine Nische aufgemacht, die Pension läuft bisher gut. Während der Urlaubsphasen um Ostern und im Sommer hat sie die 2000 Euro Einnahmen überschritten. Das versucht sie zu vermeiden, indem sie bei Möglichkeit auch ohne Rechnung arbeitet.

In den anderen Zeiten verdient sie erheblich weniger, es reicht aber problemlos zum Leben aus. Sie lebt mit ihrem Freund zusammen, der ebenfalls Tierpfleger ist. Er bezieht Arbeitslosengeld. Das weiß das Arbeitsamt, macht aber keine Probleme.

Angenehm für sie ist, dass sie über ihre Zeit relativ frei verfügen kann. Groß Urlaub liegt zwar nicht drin, das sei aber ohnehin nicht ihr Ding. Sie fahren aber öfters mal über Tage Freunde in anderen Städten besuchen.

Obwohl die Pension gut läuft, gibt sie sich keinen Illusionen hin. Sie will das Beste draus machen, solange es geht. Was in drei Jahren sei? So weit denke sie nicht. ■

# »Selbständigkeit bedeutet drei Jahre arbeiten ohne Urlaub«

Interview mit einem Handwerker / Ich-AG

*Warum hast Du Dich mit einer Ich-AG selbständig gemacht?*
Ich war in den letzten Jahren immer wieder arbeitslos, vor allem in den Wintermonaten, hab aber nebenbei als Handwerker auf dem Bau gearbeitet. Eine Zeitlang hat mich das Arbeitsamt mit Angeboten bombardiert, dann war Ruhe, offenbar waren sie mit ihrer eigenen Umstrukturierung beschäftigt, und die Meldepflicht alle drei Monate hat für mich die Sache kalkulierbar gemacht. Meine Überlegung war dann, weniger zu arbeiten und mehr zu verdienen, außerdem hab ich geahnt, dass es früher oder später Stress mit dem Amt geben würde, mit Bewerbungen oder Umschulung.

Ab August hatte ich wieder Aufträge und hab dann ab Anfang Oktober mit der Ich-AG angefangen. Überbrückungsgeld wäre zu wenig gewesen, und der offiziell mögliche abzugsfreie Zuverdienst zum Arbeitslosengeld liegt bei nur 165 Euro im Monat.

*Ist deine Rechnung bisher aufgegangen?*
Die ersten Wochen sind gut gelaufen, aber jetzt steht der Winter vor der Tür. Ich muß mir das erstmal länger anschauen, es heißt immer: »Selbständigkeit bedeutet drei Jahre arbeiten ohne Urlaub« – das wird bei mir hoffentlich nicht so sein.

*Wie kommst Du an die Jobs?*
Ich mache keine Reklame, meine Telefonnummer wird weitergegeben, natürlich nur von Leuten, die mit meiner Arbeit zufrieden gewesen sind!

*Hat die Selbständigkeit Vorteile?*
Ja, ich kann nach meinem Rhythmus arbeiten, kann zwischendurch mal einen Tag frei machen. Die Arbeit ist auch interessanter geworden, weil ich ein gesamtes Projekt von Anfang bis Ende plane und durchführe und es auch selber organisiere. Andererseits geht dafür auch viel Zeit drauf, jenseits der Baustelle, also z.B. abends am PC sitzen und Rechnungen schreiben.

*Gibt es inzwischen in Deinem Bekanntenkreis mehr Leute, die auf diese Weise arbeiten?*
Ja, denn die Schwarzlöhne stagnieren seit einiger Zeit, und mit dem Arbeitsamt gibt es auch eher Stress. ■

# »Rein theoretische« Chancen?

K. ist 41 Jahre alt und gab bis zum Frühjahr 2003 im CNC-Zentrum in Hamburg Grundlagen-Kurse für arbeitslose Jugendliche und Langzeitarbeitslose. Als Zuschüsse vom Arbeitsamt gestrichen wurden, schloss der Senat das Zentrum. Den von Arbeitslosigkeit Bedrohten legte das Arbeitsamt u.a. auch die Gründung von Ich-AGs nahe. Davon machte K. Gebrauch.

K. will in Unternehmen durch bessere CNC-Programme die Arbeitsabläufe optimieren und entsprechende Schulungen für Betriebsangehörige anbieten. Dazu tingelt er durch Betriebe, beobachtet die Arbeitsabläufe. Darauf aufbauend entwikkelt er dann Programme, die er an die Betriebe verkaufen will.

Bisher ist ihm noch kein Umsatz gelungen, trotzdem ist er optimistisch. Er stecke noch in der Phase des Aufbaus von Geschäftsbeziehungen. Seine wöchentliche Arbeitszeit beträgt zwischen 60 und 80 Stunden.

Die Zuschüsse vom Arbeitsamt gehen fast vollständig für die Fahrtkosten drauf. Seine Frau arbeitet und bestreitet damit im wesentlichen ihrer beider Lebensunterhalt.

Arbeiter, die mit K. beim Beobachten zusammengearbeitet haben, meinten, seine Programmierung sei eine rein theoretische und gehe meilenweit an den tatsächlichen Fertigungsproblemen vorbei, von Werkstoffkunde habe er keine Ahnung. Einer beschrieb K. als »etwas überhebliche arme Sau«, die scheitern wird. ■

# »Wir haben es nicht eilig ...«

Interview mit www.chefduzen.de

*Wie seid Ihr auf die Idee gekommen, dieses Diskussionsforum einzurichten?*

Die Politszene hier findet McDonalds doof, weil Hamburger nicht vegan sind, oder man geht mit einem Transparent »Smash Capitalism!« zur Demo, um anschließend mit seinen Chefs aus der Computerklitsche auf eine *after work*-Party zu gehen. Für einen Umgang mit dieser Szene haben wir nicht ausreichend Humor. Wir selber schlagen uns als »Marginalisierte« irgendwo zwischen Schwarzjob und Ich-AG herum. Nicht aus politischen Gründen, sondern mangels besserer Alternative. Das Leben ist nervig genug geworden, um zu dem Schluss zu kommen: So geht es nicht weiter!

Wir hatten auch schon unsere Finger in Kämpfen im Krankenhaus, auf dem Bau, im Callcenter und in der Alternativklitsche. Und die Idee für ein Internetforum kam von der amerikanischen Site *Netslaves*, die zur Zeit des Platzens der *New Economy*-Seifenblase wirklich aufregend war (und heute vergleichbar öde ist ...).

Wir haben völlig auf blauen Dunst angefangen. Wir haben erst einmal alle Großbetriebe aufgelistet, die uns eingefallen sind und noch verschiedene Branchen. Die Besuche und die Besucher sorgen für einen ständigen Umbau des Forums, Bereiche, die wir für unbedeutend hielten, bekamen Besucherrekorde, und wir wurden darauf hingewiesen, dass es einige Betriebe unter dem alten Namen gar nicht mehr gibt. Wir haben auch keine vorgefertigte Strategie, wir lassen uns von den Be-

troffenen und von den Verhältnissen zurechtweisen. Es macht auch Spaß zu lernen, wie es läuft, auf unserem Forum und in der bösen Welt da draußen.

*Ihr schreibt, es geht Euch weniger um das Virtuelle, und mehr um praktische Sachen wie z.B. Flugblätter gegen aktuelle Schweinereien in Betrieben oder ähnliches. Habt Ihr da schon Erfahrungen gemacht?*

Die Website soll nur ein Mittel sein, dass Erfahrungen und andere Infos zugänglich werden. Es geht uns um praktische Konsequenzen, darum, dass Leute Mut fassen, zusammen kommen und aktiv werden. Wir können nicht stellvertretend kämpfen, von uns kommt bestenfalls minimale Hilfestellung. Bisher ist alles noch Testphase, was wir machen, aber es läuft gut an. Es gab Unterstützung in Form von Veröffentlichungen und Verlinkungen von Leuten und Projekten, die wir kaum oder gar nicht kannten.

Sachen außerhalb der virtuellen Welt haben erst begonnen, und sie sind sehr simpel. Der monatliche Stammtisch wurde uns von unseren Usern aufgenötigt, wir hatten eigentlich gar keine Zeit dazu. Ansonsten hat es Spuckies und ein paar Graffiti zum Thema Leiharbeit gegeben und Flugblätter zur Bahn. Die haben wir in Zügen auf die Sitze gelegt, im Reisecenter in die Regale für Informationsmaterial und auf einem Parkplatz für Bahnmitarbeiter hinter die Scheibenwischer.

Der Boden wird täglich fruchtbarer, um die Themen Arbeit, Ausbeutung und Verarmung anzugehen, und wir haben es nicht eilig.

*Mehrere Benutzer behaupten, dass in ihrem Bekanntenkreis zwar haarsträubende Geschichten über Arbeitsbedingungen usw. erzählt werden, die Leute aber Angst haben, darüber was auf Eurer Website zu schreiben... Ist das ernst gemeint?*

Es ist wirklich so, dass aus dem Bekanntenkreis fast niemand gepostet hat, obwohl es dort die haarsträubendsten Stories gibt und wir die Leute regelrecht genötigt haben, etwas zu schreiben. Es ging sogar soweit, dass uns gesagt wurde, dass eine Geschichte nur dann erzählt wird, wenn wir sie nicht in unserem »komischen Forum« veröffentlichen. Dafür wird aber das Forum genutzt von Leuten, mit denen wir kaum gerechnet haben, wie z.B. den armen Schweinen von Drückerkolonnen. Und wir bekamen Posts von gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen in Betrieben, von denen wir nichts wussten. Wir freuten uns auch, dass in Streikforen der IGM Texte aus unserer Site hineinkopiert wurden, bevor wir überhaupt wussten, dass die Gewerkschaft auch Online-Foren eingerichtet hatte. Dass in Betrieben, in denen es gärt, von Firmencomputern auf unserer Site gesurft wurde, empfanden wir als Ritterschlag für unser Projekt.

*Wenn man auch »praktisch« werden will, macht es ja erst mal Sinn, sich auf eine Stadt oder Region zu beschränken, wie Ihr das tut. Habt Ihr von ähnlichen Initiativen wie Eurer aus anderen Städten gehört?*

Wir sind zwar die ersten, die in dieser Form arbeiten, aber nach diesem wirklich erfolgreichen Start sind wir sicher, dass man die Idee anderenorts auch aufgreifen wird. Wir sind über chefduzen@gmx.de zu erreichen und können unsere Erfahrungen weitergeben, um solch ein Projekt schneller zu etablieren. ■

# Krise der Währungsunion

Werner Bonefeld

## Ist Europa in Gefahr?

Unter großem Geschrei und klammheimlicher Zufriedenheit löst sich der europäische Stabilitätspakt in Luft auf. Wie soll es nun weitergehen? Die EZB ist besorgt, daß die Stärke des Euro fiskalpolitisch unterlaufen wird – während der Euro ein historisches Hoch nach dem anderen gegenüber dem Dollar erklimmt. Frankreich gibt sich zufrieden, und Deutschland spricht pragmatisch über die Notwendigkeit neuer flexibler Regelungen. Niemand weiß, was nun gemacht werden soll. Es herrscht große Unübersichtlichkeit. Aber trotz des großen Krachs – den inzwischen der Streit um die europäische Verfassung überlagert – wird es weitergehen mit der durch die EU bewirkten Klassenpolitik. Die Frage ist nur, wie?

Schon vor Monaten hatte der IWF mit Empörung registriert, daß Deutschland und insbesondere Frankreich den Stabilitätspakt aufweichen, daß die lahme Ente »Brüssel« zwar blaue Briefe verschicke, aber als Bürokratie ohne politische Legitimation und Macht sich nicht gegen politisch mächtige Staaten durchsetzen könne. Die Währungsunion drohe ins Chaos abzurutschen. Dagegen sahen andere Kommentatoren den Grund der Krise in der fiskalischen Zwangsjacke des Stabilitätspakts und wollen ihn zum Zwecke der defizitären Ankurbelung der Kapitalakkumulation lockern. Aber auch diese Kommentatoren sehen die europäische Integration in Gefahr, denn die Verwässerung geschehe unkoordiniert, sozusagen als »Nebenprodukt« nationalstaatlicher Entscheidungen. Gegen das drohende Chaos müßten die Institutionen der EU politisch gestärkt werden.

Die bürgerlichen Krisentheoretiker haben recht. Der Stabilitätspakt liegt im Sterben. Frankreich hat ein Defizit von 4 Prozent, Deutschland eines von 3.8 Prozent. Der Stabilitätspakt sieht eine Obergrenze von 3 Prozent vor. Und die beiden Länder werden für geraume Zeit »Defizitsünder« bleiben, denn selbst wenn der Wirtschaftsaufschwung kommt, werden sie die Drei-Prozent-Grenze auch im Jahr 2005 nicht erreichen können. Bliebe es bei der gegenwärtigen Politik, sei in Deutschland mit einem Defizit von 3.4 Prozent zu rechnen, in Frankreich mit 3.6 Prozent, in Italien mit 3.5 Prozent und in Portugal mit 3.9 Prozent. Selbst das Königreich, das nur zu Zweidrittel im Euro ist, wird laut *Financial Times* bald von Brüssel hören. Sie sind alle Sünder, weil sie eine lockere Etatpolitik betreiben!

Wie sähe eine harte Etatpolitik aus? Was soll der Arbeiterklasse noch alles zugemutet werden nach Sozialeinsparungen, Rentenreform, Lohneinbußen, Intensivierung der Ausbeutung, Deregulierung des Arbeitsmarkts und Flexibilisierung des Arbeitsprozesses? Wie soll aus dem Defizitsünder BRD ein wahrer Bekenner der Entschuldung auf der Basis gesteigerter Produktivitätsraten werden? Auch in dieser Hinsicht formuliert die bürgerliche Krisentheorie ihre Klasseninteressen mit wackerer Einsicht in die Notwendigkeit der Kapitalakkumulation: Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten des Kapitals und olympische Spitzenleistung des von ihr als »Faktor Arbeit« bezeichneten menschlichen Arbeitsvermögens, und all dies in politisch stabilen Verhältnissen. Und sie haben recht: sollen die Akkumulationsraten wieder steigen, bedarf es einer fleißigen, gut motivierten, genügsamen, politisch zuverlässigen Arbeitskraft, die trotz ihrer hohen Produktivkraft zu mehr Arbeit bei geringerer Entlohnung bereit ist.

Die Theoretiker der *Neuen Mitte* scheinen zu glauben, dass »der Faktor Arbeit« vor allem ein Interesse an gesteigerter Ausbeutung hat. Und die

DGB-Gewerkschaften machten einen tiefen Kniefall vor dem Mythos der »ökonomischen Notwendigkeit« und akzeptierten alle Verschlechterungen. Sie nahmen massive Niederlagen hin; lieber ruinieren sie sich selbst, als die Interessen derer zu vertreten, die – unter sich verschlechternden Bedingungen – den Reichtum produzieren. Trotzalledem liegt die BRD über dem Maastricht-Kriterium von 3% Neuverschuldung, und der Stabilitätspakt wird verwässert! Wie ist das zu verstehen?

### Zwei Alternativen?

Es geht um die Integration der Arbeiterklasse in den Kapitalzusammenhang einer politisch konsolidierten Macht auf europäischer Ebene. Muß die EU dafür reformiert werden? Oder ist die Mischung aus technokratischer europäischer Währungspolitik mit nationalstaatlicher Verantwortung für die Befriedung der Arbeiterklasse, obschon reformbedürftig, *grundsätzlich* in der Lage, die europäische Arbeiterklasse unter das Kapital zu subsumieren?

In den bürgerlichen Kommentaren ist deutlich die Enttäuschung darüber zu spüren, dass die Währungsunion nicht das geleistet hat, was man sich von ihr versprochen hatte. Der Euro war und ist das Symbol der entpolitisierten, technokratischen Regulierung des Klassenkampfs und sollte die verkrusteten Klassenverhältnisse in Europa aufsprengen. Was die Nationalstaaten aus Sorge um die politische Stabilität nicht gewagt hatten, wurde von der supranationalen Währungsunion erhofft.

Mit der Einführung des Euro entledigten sich die Mitgliedsstaaten der Fähigkeit, durch geldpolitische Maßnahmen das Verhältnis von nationalen Preisen zu vom Dollar dominierten Weltmarktpreisen, wie kurzfristig auch immer, zu manipulieren und damit eine direkte Konfrontation mit der Arbeiterklasse in die Zukunft zu verschieben. Eine andere Form der »Regulierung« ist die Fiskalpolitik. Diese war und ist das große Problem der Währungsunion. Soll sie auf europäischer Ebene formuliert werden oder nationalstaatlich verankert bleiben? Beide Alternativen wurden ausgeschlossen. Denn eine europäische Fiskalkompetenz hätte die Tür für einen »Keynesianismus auf europäischer Ebene« geöffnet, und die von Jospin Mitte der 90er Jahre geforderte europäische Beschäftigungs- und Sozialpolitik wäre institutionell möglich geworden (es sei dahingestellt, ob Jospin seine Vorschläge ernst gemeint hatte oder die damals heftigen Arbeitskämpfe in Frankreich beschwichtigen wollte).

Aber auch die Alternative einer nationalstaatlichen Fiskalpolitik wurde abgelehnt. Denn auf dem Hintergrund der außerstaatlichen Formulierung der Geldpolitik, wäre die zwischenstaatliche Konkurrenz um Investitionen und Arbeitsplätze auf die Ebene der Fiskalpolitik (Steuer- und Subventionsgeschenke z.B.) verlagert worden. Fernerhin motivierte sich die Ablehnung dieser Alternative aus der Einsicht, dass der von der Währungsunion erwartete Druck auf die Arbeiterklasse nur wirksam werde, wenn der liberal-demokratische Staat auf das liberale Element zurückgestutzt wird. Der Einbruch der abhängigen Massen in das Kapitalverhältnis hatte den liberalen Staat zum liberal-demokratischen Staat transformiert; diesem Staat war nie zu trauen. Zur Aufrechterhaltung oder Stiftung des sozialen Friedens wird ein demokratischer Staat immer materielle Konzessionen machen, er wird auf notwendige Strukturreformen verzichten, oder sogar auf Arbeitskämpfe mit expandierender Fiskalpolitik reagieren. Dann wäre trotz der Isolation der Geldpolitik vom »Mob«, die Stabilität der Geldpolitik fiskalpolitisch unterlaufen: der »Mob« wäre fiskalpolitisch wirksam, die Härte des Euro in Frage gestellt, und die erhoffte Integration in den Weltmarkt auf Grundlage der Entschuldung und konkurrenzfähiger Produktivkraftentwicklung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Bei wachsender Verschuldung der öffentlichen Haushalte wäre die EZB kaum in der Lage, ihrer Verpflichtung auf einen harten Euro nachzukommen.

Man mußte also beide Alternativen verwerfen. Die Lösung war folgende: Fiskalpolitik verblieb in nationalstaatlicher Verantwortung und zugleich verblieb sie es nicht. Die Konvergenzkriterien und deren Festigung im Stabilitätspakt bedeuten, dass die Mitgliedsstaaten ihre Fiskalpolitik unter europäischen Rahmenbedingungen formulieren, die von der europäischen Kommission überwacht werden.

Die Fiskalpolitik steht somit im Zwielicht der Nicht-Verantwortlichkeit. Es gibt keine europäische Fiskalpolitik – die Mitgliedsstaaten sind für sie verantwortlich. Zugleich sind sie es nicht, da sie fiskalpolitisch »in europäischer Verantworung« stehen und von Brüssel überwacht werden.

Eine sich als Lobbyist verstehende Gewerkschaftsbewegung hat somit keinen Ansprechpartner mehr. Sie kann in Brüssel bei der Kommission vorsprechen – aber diese hat keine Verantwortung für die nationale Fiskalpolitik. Sie kann bei der Nationalregierung nach Gehör verlangen, aber diese wird erklären, ihr seien die Hände gebunden. Der Gewerkschafts-Lobbyist dreht sich im Wind der harten Realität, und macht sich, dem Überleben der eigenen Organisation zuliebe, als Ordnungsfaktor stabiler Arbeitsverhälnisse verdient – in der Hoffnung, sich dabei nicht die Finger zu verbrennen.

Wie nun sollte unter Bedingungen eines harten Euro und einer pro-zyklischen Fiskalpolitik die Weltmarkteinbindung der europäischen Kapitalakkumulation vonstatten gehen? Die Währungsunion wurde so konzipiert, dass die nationalstaatlich reglementierten, europäischen Arbeiterklasse(n) gegeneinander um Arbeitsplätze konkurrieren. Das Funktionieren der Währungsunion kann knapp und präzise so zusammengefaßt werden: »workers can move and wages can change«.

### Währungsunion und Klassensolidarität

Die bürgerlichen Krisentheoretiker sehen in der europäischen Arbeiterklasse das wahre Gespenst der Negation. Trotz der Intensivierung der Ausbeutung, trotz der hohen Arbeitslosigkeit, trotz der sozialstaatlichen Einsparungen, trotz der Deregulierung des Arbeitsmarkts und der Flexibilisierung des Arbeitsprozesses, trotz der Lohnkürzungen, trotz alledem widersetzt sie sich der ihr zugedachten Rolle als bloßes Objekt. Mit Grauen kommentiert die bürgerliche Presse die Klassenkämpfe in Italien, den Widerstand gegen die Rentenreform in Östereich, und die immer wieder aufflammenden Kämpfe in Frankreich. Mit Genugtuung berichtet sie über die fehlgeschlagenen gewerkschaftlichen Kämpfe in der BRD und mahnt an, dass die Agenda 2010 ein gar zu kleiner Schritt in die richtige Richtung sei. Die *Financial Times* bemerkte kürzlich: »Widerstand gegen Reformen hat eine lange Tradition, ist stark, und wird sich wahrscheinlich verstärken, sobald sich die ökonomische Situation verbessert.« Wie auch immer sich die Härte der Strukturreformen im konkreten Fall darstellen mag, Ricardo Bellofiores Argument in seinem Beitrag im *Wildcat-Zirkular* 27 ist unbedingt zuzustimmen: »Daß sich die Investitionen auch nach zwei Jahrzehnten von Niederlagen der ArbeiterInnen nicht erholen, ist vielleicht ein Beweis für die *Radikalität* der mehr oder weniger bewußten Herausforderung der kapitalistischen Macht und für die darauffolgende *Angst*, daß jede dauerhafte Erholung der Wirtschaft den Konflikt reaktivieren könnte.«

Zugleich vereinigt die Währungsunion den Kampf gegen Rentenreform, Sozialreform und Intensivierung der Ausbeutung. Die einzelnen Kämpfe zirkulieren im europäischen Währungssystem in einer Art virtueller Solidarität. Sie werden durch den Euro vermittelt and erscheinen in der Form der Krise des Stabilitätspakts. Die bürgerlichen Krisentheoretiker machen uns darauf aufmerksam, dass sich die »Angst« der Herrschenden vor der Arbeiterklasse in der verrückten Form der Krise des Stabilitätspakts, und somit der Krise der institutionellen Form der Währungsunion, ausdrückt. Von der Seite der Klasse aus betrachtet, drückt die Krise des Stabilitätspakts die virtuelle Solidarität der Kämpfe aus.

Die europäische Bourgeoisie versprach sich von der Währungsunion die Auflockerung verfestigter Klassenverhältnisse. Nun redet sie von chaotischen Zuständen. Die Auflockerung bedarf also anderer Maßnahmen, aber für diese zeigt sie aus guten Gründen bislang keinen Mut. Wozu eine solch radikale Auflockerung der Klassenverhältnisse führen kann, hat man schon im Zuge der Krise in den 1930ern erlebt. Im Jahr 2003 ist Deutschland wieder Exportweltmeister geworden. Warum sollte das Kapital Krisenszenarien wie in den 30er Jahren riskieren, mit all den damit verbundenen Risiken, solange trotz Rezession weltmeisterschaftliches gefeiert werden kann? Dazu hat die BRD eine Inflationsrate von 1.2 Prozent, und die Produktivitätsrate der Arbeit ist weiterhin eine der konkurrenzfähigsten. Dennoch sind dem Kapital die Lohnnebenkosten zu hoch; die von der Agenda 2010 erwartete Verringerung um 1 bis 2 Prozent sei nicht ausreichend. Diese mangelhafte Deregulierung bestehender Sozialsysteme flexibilisiere den Arbeitsmarkt nur unzureichend. Es gehe darum, die über vier Millionen Arbeitslosen als effektive Reservearmee zum Zwecke des Lohndrucks durch flexiblere Arbeitsverhältnisse in den Arbeitsmarkt einzubinden. Aber wie wäre eine radikale Krisenlösung europäisch zu handhaben, oder gar weltweit, und dies vor dem Hintergrund von eindeutigen Tendenzen zur Depression, ohne die gelobte Globalität der Kapitalakkumulation zu gefährden? Um diese Risiken zu vermeiden, soll der Widerstand der Arbeiterklasse »in moderater Form« gebrochen werden.

Deshalb sitzen die Charaktermasken des Kapitals zwischen Skylla und Charybdis: soll es zu

»Die Hauptursache für die Krise des sogenannten fordistischen Modells lag im sozialen Konflikt, und deshalb kann sie nicht anders überwunden werden als durch eine radikale Neudefinition der auf dem Arbeitsmarkt (und in den Arbeitsprozessen) herrschenden Bedingungen, und sie ist immer noch nicht überwunden. Daß sich die Investitionen auch nach zwei Jahrzehnten von Niederlagen der ArbeiterInnen nicht erholen, ist vielleicht ein Beweis für die *Radikalität* der mehr oder weniger bewußten Herausforderung der kapitalistischen Macht und für die darauffolgende *Angst*, daß jede dauerhafte Erholung der Wirtschaft den Konflikt reaktivieren könnte. Also ein Beweis dafür, daß der Abbau und die Neustrukturierung aller Teile der kapitalistischen Verwertungsprozesse noch voll im Gange sind.«

Riccardo Bellofiore: *Lavori in corso*; Wildcat Zirkular 27, Juli/August 1996

*http://www.wildcat-www.de/zirkular/27/z27bello.htm*

einer Europäisierung oder Renationalisierung der Fiskalpolitik kommen? Braucht man eine europäische Kompetenz zur Befriedung von Streiks, wie Joseph Fischer anläßlich der letzten LKW-Fahrerblockade in Frankreich bekundete, oder eine Renationalisierung der politischen Herrschaft, wie es Le Pen propagiert und Berlusconi formuliert?

### Renationalisierung oder Politisierung der EU?

Der Einbruch der Massen in die Fiskalpolitik ist der Knackpunkt der Währungsunion. Aber solange die Arbeiterklasse ihre Interessen nur defensiv verteidigt, bewegt sich der Klassenkampf der Tendenz nach in der Polarität dieser zwei Alternativen, Renationalisierung des Staates als gewaltmäßige Form der innerstaatlichen und außerstaatlichen Feindbestimmung einerseits, und der von Prodi gewollten Politisierung der EU als, wie es früher hieß, polizeiliches Gemeinwesen andererseits. Altkanzler Kohls Behauptung zu Beginn der 90er Jahre, das Zustandekommen der Währungsunion sei eine Frage von Frieden und Krieg im Europa des 21. Jahrhunderts, war damals nur geschmacklose Propaganda – entpuppt sich nun aber plötzlich als mehr als das. Kohls Projekt eines friedhaften Europa als Fundament des technokratischen Klassenkampfs von oben wird nun von Fischer der Sache nach formuliert. Wiewohl es auch darum geht, mehr Demokratie zum Zwecke der Legitimation zu wagen, bedarf es im Ernstfall eben der autoritären Entscheidungsvollmacht, so dass die zum Volk demontierte Menge das bleibt, was sie ist: ein ökonomischer Faktor. Der von Chirac verfolgte Versuch einer Befriedung der Klassenkämpfe in Frankreich durch die *gütige Vernachlässigung* des Stabilitätspakts zeigt andere Alternativen an. Chirac versucht, Le Pen die Luft und der keynesianistischen Linken die Plattform zu nehmen, indem er die Fiskalpolitik renationalisiert: Frankreich macht – ohne die deutschen Verkrampfungen wie Eichel sie zu haben scheint – eine expansive Fiskalpolitik, die es sich von Europa mitfinanzieren läßt. Doch der Traum eines keynesianistischen Frankreichs (oder gar Europas!) steht im Schatten der harten Realität ihrer Vorausetzungen: die Aktualität der Depression.

Die Krise des Stabilitätspakts ist für die europäische Bourgeoisie eine große Enttäuschung. Noch hat sie anscheinend nicht den Mut, der Arbeiterklasse offensiv gegenüberzutreten. Sie lebt auf Pump und versucht, die Schulden zu sozialisieren, indem sie zu Gunsten des Kapitals umverteilt. Angesichts der großen Ausmaße dieser Umverteilung scheint der Klamauk um die paar Prozentpunkte oberhalb der Maastricht-Kriterien geradezu lächerlich – aber nicht ganz, denn die bürgerlichen Krisentheoretiker sehen zurecht in der verrückten Form der institutionellen Krise der europäischen Fiskalpolitik das Gespenst der Negation.

### Die Arbeiterklasse muß ihre Macht erst noch erkennen

Dieses Gespenst der Negation ist von der Währungsunion weder gebannt noch befriedigt. Sie hat die Klassenverhältnisse nicht ausreichend »aufgelockert«, in der Krise des Stabilitätspakts konzentriert sich dieses Scheitern. Der bürgerlichen Debatte geht es weniger um den Stabilitätspakt als solchen, sondern darum, dass seine Krise anzeigt, dass es trotz der Härte der durch den Stabilitätspakt legitimierten Maßnahmen nicht gelungen ist, den »Mob« aus der Fiskalpolitik zu vertreiben. Die Arbeiterklasse verteidigt, was es ihrem Interesse nach zu verteidigen gilt. Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt, wie Marx beobachtet hat. Das weiß auch die bürgerliche Krisentheorie, aber sie scheut sich vor den Konsequenzen.

Auf der anderen Seite weiß die europäische Arbeiterklasse noch nicht, was sie vermag. Sie wird es aber lernen müssen. Denn auch sie kann ihre Interessen nicht defensiv verteidigen - das hat der Durchsetzungsprozeß der Sozialreformen gezeigt. Die Solidarität der europäischen ArbeiterInnen ist nur eine über die Institutionen der Währungsunion vermittelte und damit virtuelle Solidarität. Sie ist daher ausbeutbar und dies weniger von den Spezialisten des europäischen Gemeinwohls wie Fischer einer ist, als von den Predigern der nationalen Harmonie. Das ist keine Erfindung von Le Pen und seinen Chargen. Es ist Teil der institutionellen Struktur der Währungsunion selbst: die nationale Ausspielung der Arbeiterklasse in der ihr vom Euro angewiesenen reglementierten nationalstaatlichen Verfasstheit. Die Währungsunion propagiert die konkurrenzförmige Nationalisierung der vom Staat zu kontrollierenden nationalstaatlich organisierten und beherrschten Arbeitsvermögen, von der auch Le Pen als effektiver »nationaler Einheit« sprach. Es wird sich zeigen müssen, ob die europäische Arbeiterklasse aus ihrer virtuellen Solidarität zu einer wahrhaften Solidarität kommen kann. Ihre Kämpfe sind durch den Euro zu europäischen Klassenkämpfen geworden. Dessen muss sie sich bewußt werden und die Nationalisierung ihrer Interessen zurückweisen. ■

# Kommt ein neuer Boom
## oder
# legt die Krise nur eine Pause ein?

Loren Goldner

Am 30. Oktober 2003 verkündete das US-Handelsministerium für das dritte Quartal des Jahres ein Wachstum der US-Wirtschaft von 7,2 Prozent. Es ist die Frage, welche Aussagekraft diese Statistiken tatsächlich haben, da sie andauernd überarbeitet werden (als die Zahlen nach dem dot.com-Crash im März 2000 nach unten korrigiert werden mussten, verschwand das »Produktivitätswunder« der zweiten Hälfte der 90er Jahre im Rückblick fast vollständig). Darüberhinaus läßt die Meldung, daß im November lediglich 57 000 Jobs dazukamen, während eigentlich 125 000 bis 150 000 erwartet worden waren, ein bißchen die Luft aus der ganzen Medienpropaganda über eine Erholung der Wirtschaft.

### Wahlkampfstrategien

Wie dem auch sei, die Bush-Administration zieht in ihrer Strategie zur Wiederwahl im Jahr 2004 alle Register. Man muß nicht an »politische Konjunkturzyklen« glauben, um zu erkennen, daß die US-Regierung über ausreichende Mittel verfügt, um die Wirtschaft anzukurbeln, wenn es in ein Wahljahr geht. Am bekanntesten in der Geschichte dieser Kriegslist ist Nixons Reflation von 1971 und 1972 auf der Grundlage von Lohn- und Preisstopps sowie der »Reform« des Systems von Bretton Woods (die darauf hinauslief, auf ausländische Waren Einfuhrzölle von 32 Prozent zu erheben und die Staatsverschuldung durch *deficit spending* in für die damalige Zeit massivem Ausmaß hochzutreiben), die seine Wiederwahl 1972 sichern sollte. Danach stieg die Inflation rapide an, das System von Bretton Woods brach zusammen, und die USA und der Rest der Welt stürzten 1973 bis 1975 in den damals tiefsten Wirtschaftsabschwung seit den 1930ern. Natürlich ging es Nixon – wie Bush heute – um langfristige Trends, die weit über seine Wahlstrategie hinausreichten, aber Ziel des »politischen Konjunkturzyklus« ist es, daß die Bombe direkt nach der Wahl platzt, was maximalen politischen Spielraum

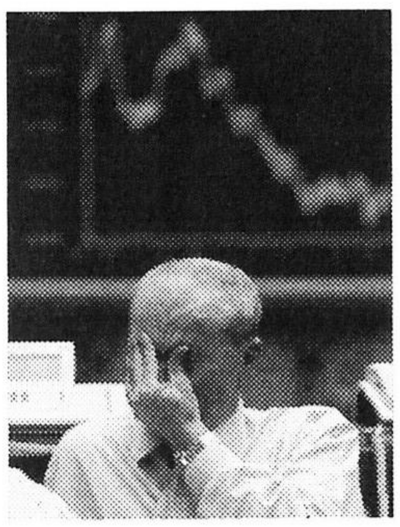
Mission erfüllt: Bombengeschäfte für die Rüstungsindustrie macht Aufschwung für die Volkswirtschaft.

verschafft , um nach der Konsolidierung der politischen Macht »was zu machen«.

### Nach dem Ende des »Bärenmarktes«

Unbestreitbar gab es an den US- und den weltweiten Börsen zwischen 2000 und 2003 drei Jahre »Bärenmarkt«, in dem Billionen von auf Papier bestehenden Dollarwerten verschwanden, sowie eine »leichte Rezession«, die, um es noch einmal zu sagen, nur leicht erscheint, weil sie auf zweifelhaften Statistiken beruht, die andauernd zu politischen Zwecken manipuliert werden. Die offizielle Erwerbslosenquote der Jahre 2001 bis 2003 enthält nicht das eine Prozent der US-Bevölkerung im Gefängnis noch diejenigen, die völlig aus dem Arbeitsmarkt herausgefallen sind, oder Leute, die Teilzeit arbeiten (und sei es auch nur ein paar Stunden die Woche), aber lieber einen Ganztagsjob hätten. Wenn diese Teile der Bevölkerung eingerechnet werden, kommt man auf etwa elf Prozent tatsächliche Erwerbslosigkeit. Seit dem Jahr 2000 sind in

Dieser Text von Loren Goldner baut auf seinem Artikel »Fiktives Kapital« in *Wildcat* 67 auf.



Ist der Bärenmarkt, der die letzten Jahre an der Börse herrschte, vorbei?

der US-Wirtschaft netto 2,4 Millionen Jobs verschwunden, und bisher gibt es kaum einen Anstieg bei den Beschäftigtenzahlen.

Genauso klar ist, daß Greenspan und die Federal Reserve Bank (Fed) ab Januar 2001 als Folge des Endes des high-tech Booms (als z.B. entdeckt wurde, daß 98 Prozent der Glasfaserkabel, die in den Jahren zuvor verlegt worden waren, nie benutzt würden) die Möglichkeit eines ausgewachsenen deflationären Crashs in Betracht zogen. Der Leitzins der Fed (der Zinssatz, zu dem die Fed den Banken Geld leiht) sank bis Juni 2003 wie im Gleichschritt von sechs Prozent auf einen. Dazu kommen Bushs Steuererleichterungen für die Reichen (etwa 200 Mrd. im Jahr) und das rapide Ansteigen des Haushaltsdefizits (geschätzt auf 375 Mrd. $ für 2003) im Vergleich zu dem ausgeglichenen Haushalt, der in den letzten Jahren der Regierung Clinton (mithilfe kreativer Buchhaltung) erreicht worden war (es ist schon irgendwie urkomisch zu sehen, wie die Demokraten jetzt die Republikaner angreifen wegen ihres riesigen *deficit spending*). Der Fall des Dollar nach 2002 (30 Prozent gegen den Euro, 10 Prozent zum Yen) macht Waren aus den USA in Übersee billiger. Das hat bisher allerdings nicht zur Einschränkung des jährlichen Zahlungsbilanzdefizits von 500 Mrd. $ geführt, wird aber demnächst zu einer Inflation in den USA führen, weil die Kosten für Importe steigen. Bis dahin müssen die USA zur Deckung dieses Defizits jeden Tag 1,5 Mrd. $ borgen, zur Zeit nehmen sie 40 Prozent der weltweiten Spargelder auf. Die niedrigste Schätzung der Auslandsverschuldung in Höhe von zwei Billionen US-Dollar (zehn Billionen $ im Besitz von Ausländern gegen acht Billionen $ US-Besitz im Ausland) bedeutet also, daß die Auslandsverschuldung bereits 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmacht, ein für Dritte Welt-Länder typischer Wert! Bereits ein Prozent des US-BIP fließt in die Bedienung der Zinsen aus der Auslandsverschuldung.

Die Welle der Euphorie, daß der Bärenmarkt von 2002/2003 vorbei sei, beruht auf ebendiesen (und weiteren) papiernen Indikatoren einer Expansion, die an keinem einzigen der Krisentrends der Jahre davor etwas verändert hat, sondern eher auf der oben erwähnten Ausweitung der Liquidität basiert. Entgegen allen Hypes der 1990er über die »New Economy« und die *high tech*-»Revolution« hat es den Anschein, als hänge die Gesundheit der US-Wirtschaft genau wie vor vierzig Jahren immer noch von der Bereitschaft und Fähigkeit der Amerikaner ab, Häuser und Autos auf Kredit zu kaufen. Im allgemeinen »sehen« die Konzernprofite des dritten Quartals 2003 in den USA »gut aus«, doch wie Kommentatoren der »österreichischen Schule« wie Richebacher gezeigt haben, beruhen sie durchgehend auf dem Erfolg von Entlassungen und Auslagerungen seitens der US-Konzerne, ganz zu schweigen von »kreativen« Buchhaltungsmethoden, deren Wirkungskraft sich (mal wieder) offenbarte, als im März 2000 die Börsen crashten, mit der Folge der Konzernskandale und des Zusammenbruchs der Buchhaltungsfirma Arthur Anderson. Desweiteren sind diese Profite Ausdruck eines intensiven *speed up*, einer verschärften Hetzerei derjenigen, die noch einen Job haben. Die zugrundeliegende Strategie der Lockerung der Kreditvergabe war erfolgreich darin, die Verschuldung von US-»Konsumenten« in absolute Rekordhöhen zu treiben. Das fing mit dem genialen Mechanismus der Umschuldung von Hypotheken an, der der Mittelklasse Hunderte von Mrd. Dollars in die Hände gab und auf der anhaltenden (aber jetzt ihren Wendepunkt erreichenden) US-weiten Immobilienblase beruht. Wie die *high tech*-Blase und die Dollarblase wird auch die Immobilienblase platzen und Millionen mit aufgeblähten Hypotheken zurücklassen, die abgezahlt werden müssen.

Entgegen allen Hypes der 1990er über die »New Economy« und die *high tech*-»Revolution« hat es den Anschein, als hänge die Gesundheit der US-Wirtschaft genau wie vor vierzig Jahren immer noch von der Bereitschaft und Fähigkeit der Amerikaner ab, Häuser und Autos auf Kredit zu kaufen.

Greenspan und Bush hofften, steigender Konsum würde die Wirtschaft am Leben erhalten, bis die Konzerne wieder Geld für Investitionen in Maschinerie ausgäben, seit dem Zweiten Weltkrieg der klassische Ausweg aus der Rezession. Nur laufen die US-Firmen bei 75 Prozent ihrer Kapazität und arbeiten sich immer noch daran ab, aus der Verschuldung der Boomjahre herauszufinden, mithin gab es diese Ausgabensteigerung seitens des Kapitals nicht, geschweige denn irgendwelche wesentlichen Steigerungen der Beschäftigungszahlen.[1] Einer der besten Indikatoren dafür, daß die Kapitalisten kein Vertrauen in den gegenwärtigen Aufschwung haben, ist der rasante Preisanstieg einiger elementarer Waren (eine weitere Parallele zur Inflation 1971-73), allen voran Gold, das 2003 um 20 Prozent zulegte.

[1] Tatsächlich haben die Statistiken für das dritte Quartal (jedenfalls bis sie später »berichtigt« werden) zum ersten Mal seit über zwei Jahren einen größeren Anstieg der Investitionen ausgewiesen. Doch selbst wenn dieser Trend anhält, bleibt es mehr als zweifelhaft, ob das zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führt. Außerdem werden die nach einem ernsthaften Wertverfall des Dollar zu erwartenden Zinssteigerungen diesen kleinen Aufschwung wieder abwürgen.

## Die internationale Dimension

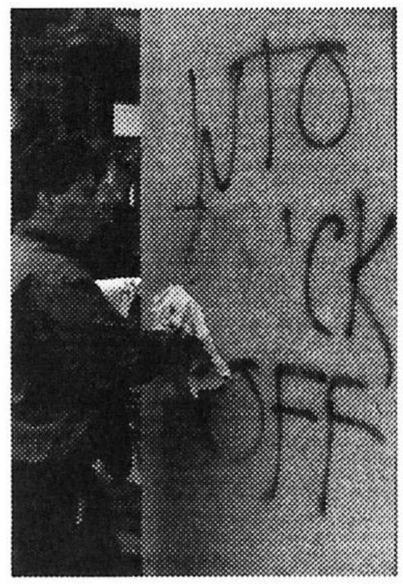
Die internationalen Dimensionen der »Erholung« in den USA werden in den USA selbst immer noch eher am Rande wahrgenommen, aber ihnen müssen wir uns nun zuwenden. Noch vor fünfzehn Jahren schien das hauptsächliche Ungleichgewicht in der Weltwirtschaft zwischen den USA und Japan zu bestehen: Japanische Waren eroberten den Binnenmarkt der USA, und in der *Bank of Japan* häuf-

ten sich die US-Dollars. Heute liegt das Augenmerk zunehmend auf dem Ungleichgewicht zwischen den USA und China, da letzteres die internationale Arbeitsteilung neu gestaltet. Jahrelang war der grundlegende »Wohlstandsmotor« der Export aus Asien in die USA im Tausch für Dollarreserven. Nach Schätzungen halten alleine China, Japan, Taiwan und Südkorea über eine Billion US$, und der Großteil dieser Gelder wird in die US-Kapitalmärkte zurückgeschleust (etwa in die US-Staatsverschuldung), um eine noch größere Ausweitung des Kredits und damit des Konsums in den USA selbst zu ermöglichen. Wie Europa in den 1950ern und 1960ern erlauben die Industriemächte Asiens den USA, ihre Defizite mit ihren eigenen Schuldscheinen zu finanzieren. Ähnliche Trends, wenngleich nicht im selben Ausmaß, können wir heute immer noch mit Haltern von Dollars aus Europa und den OPEC-Ländern sehen.

Diese Zentralität des Dollars für die Weltwirtschaft ist das Haupträtsel, das wir lösen müssen, um zu verstehen, welche Möglichkeiten der Akkumulation künftig noch bleiben. In der »Krise« ist der Dollar seit ca. 1958, als das System von BrettonWoods auseinanderzufallen begann, und er hat sowohl den Zusammenbruch dieses Systems (1971-73) überlebt als auch drei Jahrzehnte eines regelrechten »Dollarstandards« (im Gegensatz zur vorher bestehenden »Goldparität des Dollar« zwischen 1944 und 1971). In dieser Zeit wurde die US-Industrie verschlankt, ausgelagert und ausgehöhlt. Mit dem Aufstieg Chinas verlagern sich sogar *maquiladora*-Fabriken von der mexikanischen Grenze nach Shenzhen. 45 Jahre lang haben Ausländer die US-Defizite subventioniert, als Preis für den Zugang zum riesigen amerikanischen Binnenmarkt. Zu den Gegentendenzen zu einem abrupten Fall des Dollar gehören heute ausländische Direktinvestitionen in den USA (teilweise zur Umgehung eines möglichen protektionistischen Gegenschlags, für den einige Branchen der US-Industrie sowie einige Sektoren der organisierten Arbeiterschaft eintreten) und der Rückfluß von Profiten aus den immer noch beträchtlichen US-Werten im Ausland. Doch der zunehmend fiktive Charakter der US-Wirtschaft als ganzer, die von Ausländern nur gestützt wird, weil sie »zu groß ist, um sie fallenzulassen«, läßt sich nicht mehr bemänteln, auch wenn man das Ausmaß des wirtschaftlichen Niedergangs der USA noch so relativiert. Der Indikator, der das am besten anzeigt, ist »Tobin's Q«, mit dem bürgerliche Theoretiker das Verhältnis des gegenwärtigen Werts des Gesamtkapitals zu den Kosten, zu denen es heute ersetzt werden müßte, zu fassen versuchen. Laut einer Studie bewegt sich dieses Verhältnis im ganzen 20. Jahrhundert bis 1995 um eins, mit offensichtlichen Abweichungen unter eins (die Jahre der Depression und Deflation in den 1930ern) und über eins (die inflationären Boomjahre der 1960er und 1970er). Von 1995 bis 2002 stieg »Tobin's Q« für US-Kapitalwerte auf den unglaublichen Wert von 2,11. Die Ausweitung des Kredits, die dies ermöglichte, wurde zum Großteil von Ausländern finanziert.

Der zunehmend fiktive Charakter der US-Wirtschaft als ganzer, die von Ausländern nur gestützt wird, weil sie »zu groß ist, um sie fallenzulassen«, läßt sich nicht mehr bemänteln, auch wenn man das Ausmaß des wirtschaftlichen Niedergangs der USA noch so relativiert.

Dieser Anstieg fällt zeitlich zusammen mit dem ähnlichen Anstieg des Dollar nach den Jahren des niedrigen Dollarstands von 1985 bis 1995. Ausländische Investitionen in Dollarwerte bildeten einen »Tugendkreis«, in dem beträchtliche Profite (z.B. durch die Aktienmanie) durch einen stetigen Anstieg des Dollar selbst ergänzt wurden. Anfang 2000 wurde aus dem Tugendkreis ein Teufelskreis, bei dem sich zusammenbrechende Aktienkurse und der Fall des Dollar gegenseitig beeinflußten, so daß ausländische Investoren an beiden Enden Verluste erlitten. Im Jahr 2002 rutschten die ausländischen Direktinvestitionen dann ins Minus, und der Vorsitzende der Europäischen Zentralbank Wim Duisenberg fragte sich öffentlich, ob der »unvermeidliche« Fall des Dollar als allmählicher Rückzug stattfinden würde oder in Form einer weltweiten Panik.




## Politik

Aber mit Ökonomie alleine kommen wir nicht weiter. Es ist entscheidend, sich bei der Kritik der politischen Ökonomie die »Politik« anzusehen, wenn wir verstehen wollen, inwieweit die USA damit Erfolg haben kann, den Rest der Welt für ihren Niedergang und ihre Krise zahlen zu lassen. Ob sie dabei erfolgreich sind, wird mit entscheidend dafür sein, wie lange die gegenwärtige Erholung auf dem Arbeitsmarkt in den USA anhält.

Das grundlegende Problem für den US-Kapitalismus besteht darin, die Masse an fiktivem Kapital (ziemlich genau verkörpert durch jene zwei Billionen Auslandsverschuldung) weltweit zirkulieren zu lassen, die sich über 45 Jahre subventionierte Vorherrschaft des Dollar aufgebaut haben. Damit würde, durch Extraktion einer entsprechenden Menge Mehrwert, die Verwertung jenes Kapitals ermöglicht. (Wir sprechen hier nicht einmal von den unbekannten Billionen US$, die in den weltweiten Derivatmärkten und *hedge funds* gebunden sind.) Hier liegt der Schlüssel zur Außenpolitik der USA, die darauf abzielt, alle verbliebenen Hindernisse für eine solche Extraktion niederzu-

reißen. Das wird ermöglicht durch die neoliberale Politik des *Internationalen Währungsfonds* und der *Weltbank*, die vier Milliarden Menschen in achtzig Dritte Welt-Ländern ausbluten. Es wird ermöglicht durch die Öffnung des ehemaligen Sowjetblocks und seiner riesigen natürlichen Ressourcen für eine bisher nicht gekannte Plünderung, die allein im Fall Rußland zu einem negativen Bevölkerungswachstum und einem dramatischen Rückgang der Lebenserwartung geführt hat. In der modernen Geschichte der Industrieländer hat es das in Friedenszeiten bisher nicht gegeben. Ermöglicht wird es ferner durch die Öffnung Chinas, dessen Wirtschaft nach 20 Jahren mit einem jährlichen Wachstum von acht bis zehn Prozent jetzt in Gefahr ist, sich durch die Aufnahme einer solchen Menge überflüssiger Dollars zu »überhitzen«. Und es wird ermöglicht durch *NAFTA*, die Freihandelszone mit Kanada und Mexiko, die jetzt auf ganz Lateinamerika ausgeweitet werden soll. Heute klopft die Politik der USA an den Toren der verbleibenden Handelsblöcke an, nämlich den Industriemächten in Europa und Asien, die für diese neoliberale Plünderung von Werten mittels des »shareholder value«, die in den USA selbst zum *meltdown* (dt. Kernschmelze; etwa: Finanz-GAU) der Periode nach 2000 geführt hat, hinderlich sind. Durch die Asienkrise von 1997/1998 erlangten die USA einen wichtigen Vorteil, indem sie Südkorea und andere Länder zur Öffnung für „Reformen" zwangen. (Aktuelle Studien schätzen, daß 3,3 Millionen Arbeitsplätze bis 2015 aus den USA »nach Indien abwandern« werden, wodurch dieses Land zusammen mit China zu einer weiteren Quelle von Plünderungen wird.) In Eurasien haben die USA sich starke Stützpunkte geschaffen, ihre Truppen sind stationiert von Georgien bis Usbekistan (und Polen und Rumänien haben der Einrichtung von US-Stützpunkten zugestimmt). Ihre Politik zielt darauf ab, Europa, Rußland, Indien, China und Japan nicht in ein Gleichgewicht kommen zu lassen und sie dadurch für die Bedürfnisse der »einzigen übriggebliebenen Supermacht« der Welt gefügig zu halten.

Ohne die oder bis zu einer Entwicklung der politischen und militärischen Stärke der Europäischen Union entsprechend ihrer Wirtschaftsmacht bildet Asien, und letztlich China, das größte Hindernis für diese Strategie der USA, den Rest der Welt ihren Niedergang subventionieren zu lassen. Seit der Krise 1997/1998 machen die asiatischen Mächte tastende Schritte zum Aufbau eines Handelsblocks ähnlich der EU und der *NAFTA*, der schließlich eine Zollunion einschließen würde, eine asiatische Währung und so etwas wie einen vom *IWF* unabhängigen asiatischen Währungsfonds. (Genau das haben die Japaner vorgeschlagen und wurden dafür von den USA abgewatscht.) Jeder kann sehen, daß es bei einer solchen Strategie letztlich darum geht, nicht mehr vom Zugang zum US-Binnenmarkt und von einer weiteren Anhäufung von Dollars im Austausch gegen Waren abhängig zu sein. Entsprechend zogen die USA (wie schon der damalige Finanzminister Robert Rubin während des asiatischen *meltdown*) diese Versuche ins Lächerliche, genauso wie es ihnen wiederholt gelang (durch England, die NATO und jüngst durch die Kriege in Afghanistan und im Irak), der Vereinigung Europas Steine in den Weg zu legen.

Bis jetzt hat diese kurze Analyse kein Wort über das andere potentielle Hindernis für die Bewältigung der kapitalistischen Krise durch die USA gesagt: die amerikanische Arbeiterklasse. Teilweise deswegen, weil das US-Kapital seit 1973 so erfolgreich darin war, den Lebensstandard für 80 Prozent der amerikanischen Bevölkerung runterzufahren, und dabei auf wenig offenen Widerstand stieß. Unter anderem spiegelt sich dieser Erfolg im Rückgang der Streikaktivitäten auf beinahe Null. Aber es ist durchaus möglich, daß dieser Angriff auf die Arbeiterklasse jetzt an seine Grenzen stößt. Die riesigen Verluste, die die Sozialversicherungsfonds gewöhnlicher Arbeiter beim Börsenkrach erlitten, das sich beschleunigende Verschwinden der Altersrente für Millionen, die Explosion der Kosten privater Gesundheitsversorgung, die endlosen Konzernskandale der letzten Jahre (*Enron*, *World.com*, *Tyco* usw.) und die wachsende Abscheu vor Managerabfindungen durch ausgeplünderte Konzerne (oder die 139 Millionen-Abfindung für Richard Grasso, den ehemaligen Chef der New Yorker Börse) haben die rechtspopulistische Basis für die neoliberale Austeritätspolitik der vergangenen dreißig Jahre ausgezehrt. Die Streiks in Supermärkten und im Öffentlichen Personennahverkehr in Los Angeles, die im Oktober begannen, erfuhren breite Sympathie und Unterstützung. Das hatte es seit Jahren nicht gegeben. Wollte man den Mindestlohn in den USA (6,50 $ pro Stunde) auf seine Kaufkraft von vor dreißig Jahren zurückführen, müßte man ihn auf 18 $ die Stunde erhöhen. Selbst eine bescheidene Offensive der Arbeiterklasse mit dem Zweck, den in den vergangenen drei Jahrzehnten verlorenen Boden zurückzuerorbern, könnte für das Dollarimperium das Ende bedeuten. ■

Der Autor Loren Goldner lebt in der Nähe von New York City. Seine Arbeiten erscheinen auf Englisch — und teilweise in andere Sprachen übersetzt — auf der website *Break Their Haughty Power* unter:

*http://home.earthlink.net/~lrgoldner*

Dort liegt auch das englische Original »Pause In The Crisis or Beginning of a New Boom?«.

# China und die USA in der Weltwirtschaft

»Der großartige Erfolg der chinesischen Wirtschaft spielt eine wichtige Rolle in der Weltwirtschaft, er hat Modellcharakter.« (Joseph Stiglitz, Nobelpreisträger für Ökonomie)

Wenn es um gute Nachrichten für die Weltwirtschaft geht, werden momentan immer nur zwei Länder genannt: die USA und China. Über die Natur des aktuellen US-Wachstums lässt sich kaum streiten: es ist schuldenfinanziert – sowohl auf Seiten der nach wie vor massiven *privaten* Nachfrage, wie auch auf Seiten der 2003 gestiegenen *staatlichen* Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen.

In China scheinen die Dinge anders zu stehen. Seit zehn Jahren weist die chinesische Wirtschaft Wachstumsraten von über acht Prozent vor, sie konnte das sogar durch die Asienkrisen 1997/98 hindurch halten. Mit einigem Recht kann man China bereits heute als den größten Industrieproduzenten der Welt bezeichnen. Chinesische Produkte werden weltweit verkauft. Aber nicht nur im Exportgeschäft wächst die chinesische Wirtschaft überdurchschnittlich. Im Oktober 2003 war der Einzelhandelsumsatz im Vergleich zum Vorjahr um 10,2 Prozent gewachsen, im November nochmal um 9,7 Prozent auf 420 Mrd. Yuan (50,7 Mrd. $).

Die chinesische und die US-amerikanische Wirtschaft hängen eng zusammen. In der Weltwirtschaft bewegen sich die Preise für ihre Waren aufgrund des festen Wechselkurses ihrer Währungen parallel, was vor allem in konservativen Kreisen in den USA im letzten Jahr für einige Verärgerung gesorgt hat. Allerdings ist die us-amerikanische »Front« gegen China nicht geschlossen. Denn jenseits vom politischen Tagesgeschäft wissen die beiden ungleichen Partner, was sie aneinander haben.

### USA in der Krise und Handelskrieg

Die Schwäche der US-Wirtschaft ist nach dem Zusammenbruch des spekulativen Booms um die *New Economy* offensichtlich geworden. Seitdem gibt es umfangreiche Versuche, sie wieder fit zu machen: staatliches »deficit spending« und Kriegskeynesianismus, Protektionismus durch Importzölle und Dollarabwertung. Die Dollarabwertung geht besonders zu Lasten der europäischen Exportbranchen, deren Waren durch den sich verteuernden Euro auf dem Weltmarkt – also im Verhältnis zu Waren aus am US-Dollar orientierten Regionen – teurer werden. Nicht davon betroffen ist China, das seine Währung fest an den Dollar gekoppelt hat. Der seit 1995 unveränderte feste Wechselkurs zwischen Yuan und US-Dollar verbilligt mit amerikanischen Produkten auch chinesische Waren auf dem Weltmarkt. Somit profitiert die chinesische Wirtschaft von einem billigen Dollar. Andererseits lässt dieses feste Wechselverhältnis den Preis chinesischer Waren auf dem wichtigen amerikanischen Markt unberührt. Damit kann die chinesische Exportwirtschaft ihren größten Trumpf weiterhin auf dem amerikanischen Konsumgütermarkt ausspielen: massenweise billige Arbeitskraft. Der Lohn eines chinesischen Industriearbeiters beträgt ein Bruchteil amerikanischer Löhne, WanderarbeiterInnen, von denen es bis zu 200 Millionen geben soll, arbeiten oft für weniger als 150 $ im Monat.

Daraus resultiert ein riesiges Handelsbilanzdefizit zwischen den USA und China, das sich seit dem Ende der 90er Jahre auf 100 Mrd. $ mehr als verdoppelt hat. Das bedeutet, dass der Wert chinesischer Exporte in die USA den Wert der umgekehrten Handelsströme um 100 Mio $ übersteigt. Das Außenhandelsdefizit mit China ist damit der

Einkaufen in China: das Wirtschaftswunder findet für bislang ca. 100 Millionen ChinesInnen statt. Das sind weniger als zehn Prozent der Bevölkerung.

Meldungen aus den letzten Monaten auf **www.umwaelzung.de** zu China: (die Nachrichtenlage hat sich nach der großen Streikwelle im Frühjahr 2002 sehr verschlechtert)

**23.11.03 Polizisten befreit**

**Xiaxiaoguan** (Provinz Zhejiang): Einige hundert Polizisten stürmten ein Dorf in Ostchina, um zwei Kollegen zu befreien, die von wütenden Bauern festgehalten wurden. Die Bauern hatten schon seit Wochen gegen die Beschlagnahme ihrer Anbauflächen für den Bau eines Industrieparks protestiert. Als einer der demonstrierenden Bauern verhaftet worden war, kidnappten andere Bauern zwei Polizisten, um einen Austausch der Geiseln vornehmen zu können.

Sparer in China: die Sparquote in China liegt bei 43 Prozent. Ca. 1,2 Billionen Euro lagern auf den Sparkonten. Das ist eine der Quellen des Kreditbubbles.

größte Einzelposten im gesamten Handelsdefizit der USA. Und dieser Einzelposten ist selbst im August 2003 weiter gewachsen, als das gesamte US-Handelbilanzdefizit gesunken ist.

Im selben Monat nannte der US-Industrieverband *National Association of Manufacturers* China als Hauptgrund für den Verlust von 2,7 Millionen Stellen in den USA seit Mitte des Jahres 2000. Der innenpolitische Druck auf die amerikanische Regierung, China zu einer Yuan-Aufwertung zu bewegen, ist also verständlich. Im September 2003 scheiterte allerdings der US-Finanzminister Snow mit dieser Mission in Peking – und die Härte der chinesischen Regierung in dieser Frage ist genauso verständlich. Denn China muss um Währungsstabilität bemüht sein, um die tendenziell explodierenden Klassenverhältnisse im Griff zu behalten. Das weiß nicht nur die chinesische Regierung, das wissen auch amerikanische Beobachter.

Ganz anders als im Verhältnis zu Europa setzen die USA China gegenüber protektionistische Maßnahmen nur sehr begrenzt ein. Das liegt daran, dass alle Welt weiß, wie wichtig und gleichzeitig wie heikel diese Fragen im Verhältnis USA-China sind. Bereits die Ankündigung solcher Schritte (Strafzölle, Verhängung von Importbeschränkungen usw.) führt gelegentlich zu Schockreaktionen auf den internationalen Kapitalmärkten. Die Ankündigung etwa, die USA wollten *vielleicht* das *Wachstum* der Importe zweier chinesischer Textilprodukte (Büstenhalter und Morgenmäntel) beschränken, führte innerhalb von Stunden zu einer Flucht aus dem Dollar, weil befürchtet wurde, China könnte im Gegenzug einen Teil seiner Dollarreserven in Euro umschichten.

Um ihr seit Jahren existierendes Außenhandelsdefizit zu finanzieren, sind die USA gezwungen, sich beständig weiter zu verschulden. Pro Werktag steigt die US-Schuldenlast deswegen um zwei Mrd. $. Inzwischen müssen sich die USA schon verschulden, um die Zinsen auf ihre bisherige Schuld zu zahlen, weil der Zinssatz ihr Wachstum übersteigt. Ein Problem der USA ist dabei, dass alle Maßnahmen, die sie zur Lösung ihrer wirtschaftlichen Probleme ergreifen, aufgrund des reinen Umfangs der US-Ökonomie ihre Handelspartner stark betreffen. Verständlicherweise wehren sich diese gegen eine Dollar-Abwertung, weil sie selbst auf die Exporte angewiesen sind. China ist hier nur das momentan deutlichste Beispiel. Für den Euro-Raum gilt etwas ähnliches, erinnert sei nur an das Einknicken der US-Regierung im Stahlstreit: Die USA hatten Strafzölle auf Stahlimporte erhoben. Im Gegenzug setzte die EU Strafzölle gegen US-Waren auf, die vorrangig in Bundesstaaten produziert werden, in denen die Wiederwahl George W. Bushs in Frage steht, wie Florida und Michigan. Nach einem Schiedsspruch der WTO nahm die amerikanische Regierung die Stahlzölle wieder zurück.

Auch in dem fortgesetzten Prozess der US-Verschuldung spielt China eine wichtige Rolle. Es tritt nämlich als bedeutender Käufer von US-Staatspapieren auf. Allein im ersten Halbjahr 2003 sind US-Staatspapiere im Wert von 41 Mrd. $ nach China gegangen. Aufs ganze Jahr gerechnet trägt China somit etwa ein Sechstel der US-Außenverschuldung, gemeinsam mit Japan ist es fast ein Drittel.

Zusammengenommen heißt das, in China produzierte Waren werden in den USA konsumiert; sie werden mit Dollars bezahlt, die sich folglich in China anhäufen; diese Dollars wiederum leiht China der US-Regierung, damit der Kreislauf fortgesetzt werden kann. Dass eine solche Konstruktion nur eine begrenzte Lebensdauer haben kann, liegt auf der Hand. Die Schuldscheine in den Händen „Chinas" sind Ansprüche auf Gewinne, die in den USA sehr wahrscheinlich nie gemacht werden. Andererseits muß auch China weiterhin das Rad drehen, damit die Exporte nicht einbrechen. Nur der ungebremste Boom hält die Zentralregierung im Sattel. In der Stagnation würde das Finanzsystem unter den faulen Krediten zusammenbrechen, die Klassenkämpfe könnten wahrscheinlich nicht mehr eingedämmt werden, das Riesenreich könnte zerbrechen...

**28.10.03 Riot**

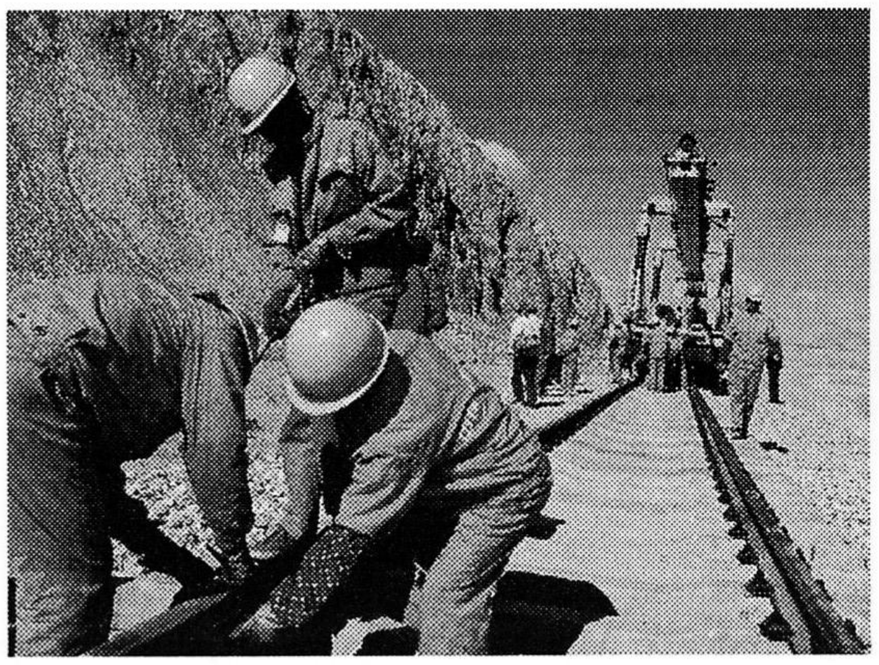
**Zhoucheng** (Provinz Shandong): Weil ein Straßenhändler von einem Auto der Stadtverwaltung totgefahren worden war, wurde das Büro der regierenden Kommunistischen Partei gestürmt. Die Beamten der Stadtverwaltung hatten den Karren, von dem aus der Straßenhändler Pfannkuchen verkaufte, beschlagnahmt und den Karren in ihren Wagen verladen. Als der Straßenhändler das Fahrzeug der Beamten am Wegfahren hindern wollte, wurde er von diesem überfahren. Am nächsten Tag stürmten Tausende Leute das lokale Büro der KP, wobei sie 800 Polizisten überrannten. Das Bürogebäude wurde verwüstet, es gab bis zu 200 Verhaftungen. Offizielle Sprecher bestätigten, daß es diesen Riot gegeben hat, behaupten aber, nur einige Dutzend Personen seien beteiligt gewesen.

## China – Koloss auf tönernen Füßen

Der chinesische Boom birgt vielerlei Risiken. Alan Greenspan, der sich mit so etwas ja auskennt, warnte im Dezember 2003 vor einer Überhitzung der chinesischen Wirtschaft. »Überhitzung« meint dabei, dass mehr Kapital in die Wirtschaft gepumpt wird als dort überhaupt sinnvoll investiert werden kann. Tatsächlich ist die chinesische Zentralbank seit Monaten bemüht, die ausufernde Kredit-Inflation in den Griff zu bekommen. Allein im ersten Halbjahr 2003 wurden mehr Kredite durch Geschäftsbanken vergeben, als im gesamten Jahr 2002. Bargeldumlauf, Transaktionskonten und Sparguthaben (in der Wirtschaftstheorie als Geldmenge M2 bezeichnet) waren bis zum Juli 2003 um 20,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, mehr als geplant und deutlich mehr als das offizielle Wirtschaftswachstum. Die Inflation der Kredite stößt in China an die »Flaschenhälse« des Wachstums. In der Folge gibt es wilde Finanzspekulationen und einen Immobilienbubble, der z.B. in Shanghai zu einem Anstieg der Grundstückspreise um mehr als 60 Prozent innerhalb eines Jahres geführt hat.

Die Grenzen des Wachstums zeigen sich momentan in Engpässen vor allem im Bereich der Energieversorgung, aber auch bei Transportkapazitäten oder Nahrungsmitteln. Schon jetzt sind weite Teile im Landesinnern regelmäßig von Stromausfällen betroffen. Für 2004 hat die chinesische Energieversorgungsbehörde bereits weitere Rationierungen und Stromausfälle angekündigt. Dahinter stecken gestiegene Preise für Kohle, durch die China immer noch 70 Prozent seiner Energieversorgung bestreitet. Obwohl der Preis offiziell nur um 3 Prozent gestiegen ist, blüht der Schwarzmarkt. Und hier sind die Preise um mindestens 20 Prozent gestiegen. Während die Energieversorger ihre Kohle zu immer teureren Preisen einkaufen, sind sie gezwungen, elektrischen Strom zu staatlich geregelten Preisen abzugeben. Nebenbei: auf diese Weise profitieren auch die inzwischen zahlreichen Privatunternehmen oder multinationalen Konzerne von staatlichen Subventionen.

Vermittelt über den staatlichen Druck, die Kreditmenge unter Kontrolle zu bekommen, wird nun offenbar, dass es in China in großem Ausmaß Fehlinvestitionen gegeben hat bzw. das Geld in dunklen Kanälen verschwunden ist. Schätzungen gehen davon aus, dass 30 bis 50 Prozent der in China vergebenen Kredite faul sind, d.h. nie zurückgezahlt werden können. In Prozent des Bruttosozialprodukts wird der Umfang der faulen Kredite für China sogar höher geschätzt als für Japan. Und China sieht sich angesichts großer sozialer Spannungen gezwungen, neue Jobs für Millionen chinesischer ArbeiterInnen zu schaffen, so dass von einem Ende der chinesischen Kreditpraxis kaum auszugehen ist, auch wenn 2003 z.B. die Regelungen zur Kontrolle der Kreditwürdigkeit verschärft wurden.



Riesige Projekte sollen die unzureichende Infrastruktur modernisieren: neue Autobahnen und Eisenbahnlinien sollen auch das Landesinnere für das Kapital erschließen.

### Feindliche Brüder

China und die USA befinden sich in einem symbiotischen Verhältnis, das so nicht länger aufrecht erhalten werden kann. Der Versuch, daraus auszubrechen, birgt aber für beide Seiten unkalkulierbare Risiken. Die USA würden den Zustrom billiger Konsumgüter ebenso verlieren wie eine wichtige Quelle zur Finanzierung ihres Bilanzdefizits. China ist auf den Export in die USA angewiesen. Der amerikanische Markt ist wichtig für die hohe Auslastung chinesischer Fabriken. Außerdem profitiert China von dem Wert seiner in Dollar getätigten Investitionen, die – gemeinsam mit den riesigen Dollar-Vorräten, die China hält – im Zuge einer Yuan-Aufwertung an Wert verlieren würden. In seiner konsequenten Zurückweisung einer Aufwertung hat China auch US-amerikanische Kapitalisten, wie Steve Forbes an seiner Seite. Er warnt vor einer Aufwertung des Yuan, weil dieser nicht nur die chinesische Wirtschaft sondern die Weltwirtschaft treffen würde.

Das politische Verhältnis zwischen den USA und China ist weiterhin schwierig. Während die USA verhindern wollen, dass China den ostasiatischen Raum dominiert, sind sie doch von weiteren Krediten aus China abhängig. Darüberhinaus ist China als Vermittler im Atomstreit mit Nordkorea von einiger Bedeutung. Beide Mächte versuchen die Region auch militärisch zu dominieren, wir erinnern uns an den Abschuss eines amerikanischen Spionageflugzeugs über China und die Verwicklungen, die es um die Rückkehr der Piloten gab. Dass China sich diesem Druck aus den USA entziehen will und andere Optionen auslotet, zeigen seine Beteiligung am europäischen Galileo-Projekt oder die Öl- und Gas-Verträge mit Russland. ■

**5.11.03 Arbeiterprotest**

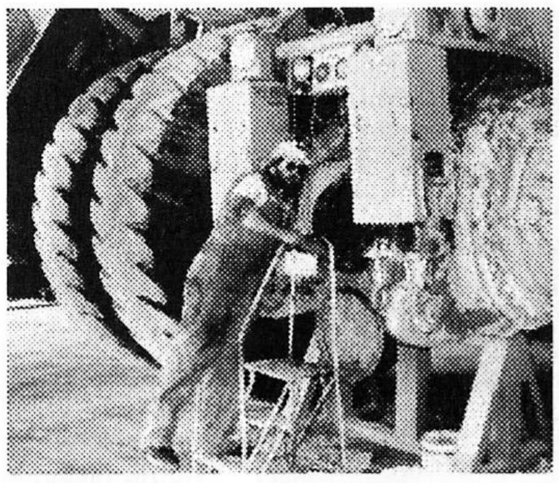
**Shanghai:** 300 bis 400 Arbeiter der staatlichen *Pharmafabrik Nr.6* demonstrierten beim Rathaus gegen ihre drohenden Entlassungen. Drei Wochen vorher hatte ihnen das Unternehmen mitgeteilt, daß es pleite sei und alle 1100 Beschäftigten zum Jahresende entlassen müsse. Polizisten beobachteten den Protest, aber es gab keine Verhaftungen.

**zum Nachlesen:**

**Christian Science Monitor**
*http://www.csmonitor.com/2003/1216/p01s03-woap.html*

Xinhua News: **China on high alert over influx of specul ative capital**
*http://news.xinhuanet.com/english/2003-09/11/content_1075521.htm*

BBC News 19.11.2003: **US import curbs push dollar lower**
*http://news.bbc.co.uk/1/hi/business/3282053.stm*



# Krise der Reproduktion der Arbeiterklasse?

Warum sind seit 30 Jahren »die reinigenden Kräfte der Krise« blockiert, von denen Marx beobachtet hatte, dass sie die Ursachen der Krise durch Entwertung/Vernichtung von fixem und variablem Kapital beseitigen? Technisch gesehen ist es die Ausweitung des Kredits. Aber warum wird der immer mehr ausgeweitet, wo er die Krise doch nur hinausschiebt?

Darauf gibt es verschiedene Antworten: Robert Brenner z.B. sieht den Grund darin, daß die Regierungen vor den »ökonomischen Konsequenzen« großer Firmenpleiten kneifen und die Unternehmer ihr investiertes Kapital retten wollen (siehe dazu die Besprechung in *Wildcat #66*); Loren Goldner hat in der letzten *Wildcat* die Sache ähnlich erklärt: jeder Kapitalist wehrt sich, so gut er kann, dagegen, dass sein Kapital vernichtet werden soll.

Diese Antworten sind aber partiell und machen die bürgerliche Trennung zwischen Politik, Ökonomie, Kultur usw. mit. Stattdessen soll uns die Bemerkung von Bellofiore, der sich Werner Bonefeld auf S. 57 anschließt, als Einstieg in die Debatte dienen: Das Fortdauern der Krise zeigt, wie radikal die Herausforderung durch die weltweiten Klassenkämpfe 1968 ff. war. Denn in diesen Kämpfen wurde alles thematisiert, der Lohn, die Arbeit, die Lohnspaltung, die Geschlechterrollen, Karriere usw.. Der Begriff »Reproduktionskrise« ist brauchbar, wenn man ihn auf die Schwierigkeit der Reproduktion der Arbeiterklasse insgesamt bezieht. In ihm heben sich dann geschichtliche, kulturelle, ökonomische, soziale und politische Entwicklungen auf. Dazu ein paar Beispiele:

- Menschen in Industriegesellschaften oberhalb einer gewissen Einkommens- und »Bildungsschwelle« kriegen weniger Kinder; das verschärft das Problem, das wir S.10-13 behandelt hatten: die Kinder der Massenarbeiter wollen dasselbe Elend nicht nochmal durchmachen.
- Es entwickelt sich ein »Anspruchsverhalten« (eher ein Verhalten denn ein »Denken«) in bezug auf Arbeit und Einkommen.
- Die Arbeitsmoral hat sich gewandelt – nur ein Beispiel: in den 60er Jahren hätte man in der BRD nach ein paar Wochen Arbeit prinzipiell ein paar Jahre lang arbeitslos »machen« können – bei einer solchen Gesetzeslage würde heute *jedeR* zuschlagen! –, das erklärt sich weniger auf der »ideologischen« Ebene und mehr damit, wie Menschen in die Arbeit sozialisiert sind.
- Die Geschlechterrollen sind durcheinander gewirbelt, Krise der Kleinfamilie (mit all ihren Folgen).
- Immigration in ausreichendem Maße ist nicht möglich; der Versuch des deutschen Staats, über das Ticket *Rußlanddeutsche* eine neue Welle von integrierbaren Einwanderern ins Land zu holen, ist gründlich daneben gegangen; die Kinder dieser Zuwandererfamilien erheben einen Anspruch auf das süße Metropolenleben, sehen aber keinen Grund, dafür zu schuften.
- Moderne Fabriken brauchen ArbeiterInnen, die Deutsch lesen und schreiben und einen Computer bedienen können; auch deshalb ist eine ausreichende Zuwanderung schwer ins Werk zu setzen.

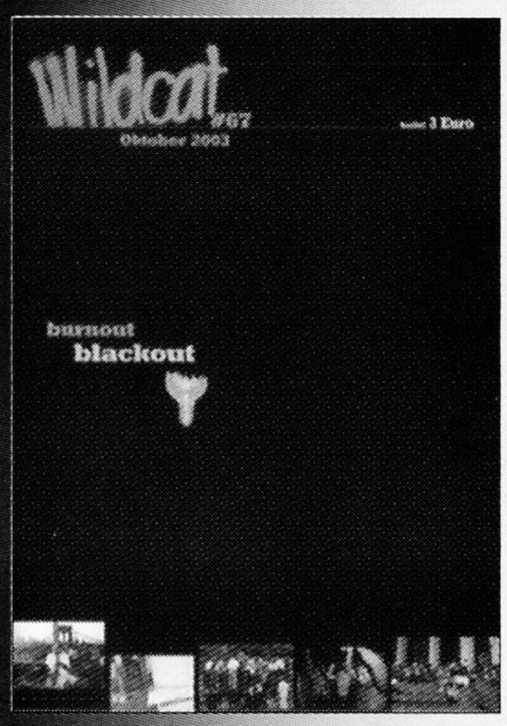
Die politische Reaktion auf die Klassenkämpfe bildet sich in ökonomischen Kategorien ab: Staatsschulden, Profitkrise, zuviel »Liquidität« usw.. Der tendenzielle Fall der Profitrate ist die historische Erfahrung des Unternehmers, dass er die ArbeiterInnen mit immer mehr Maschinerie umstellen muss, um sie zu vereinzeln. Überakkumulation ist die Erfahrung der Kapitalisten, dass hohe Investitionen in neue Maschinerie und Ausbildung der Arbeitskraft nicht zu einem neuen *take off* führen. Fürs Kapital bezeichnen alle diese Begriffe »eherne Gesetze«, die sich nicht politisch überspringen lassen. Für den einzelnen Unternehmer kann es sinnvoll sein, die Löhne »seiner« ArbeiterInnen immer weiter zu drücken, fürs Gesamtkapital ist das noch lange kein Weg aus der Krise, denn es geht immer um den ganzen Kreislauf: aus dem investierten Geld muss am Ende mehr Geld geworden sein. Die produzierten Waren müssen sich mit Profit verkaufen lassen.

Der Angriff auf die Staatsverschuldung und den »zweiten Lohn« schien deshalb die vielversprechendste Strategie zu sein: zum einen handelt es sich hier »nur« um politisches Terrain – und was ist Politikverdruss gegen einen wilden Streik?; zum anderen zielte dieser Angriff auf die weitere Klassenspaltung. Hier scheint ein Ende erreicht: Steuererleichterungen ab 50.000 Euro Jahreseinkommen für Ledige bringen auch den »Daimler-ArbeiterInnen« nichts mehr, die wir hiermit ein letztes Mal als Beispiel bemühen... Und wenn es allen schlechter gehen soll, dann rückt vielleicht auch hier etwas näher, was wir an den Streiks der italienischen »Busfahrer« am interessantesten finden: dass eine alte »Arbeiteraristokratie« und junge Prekäre den wilden Streik gemeinsam organisieren. ■

# Wildcat

# Back Issues.

Ihr könnt auch ältere Nummern der Wildcat oder des Wildcat-Zirkulars noch bestellen.



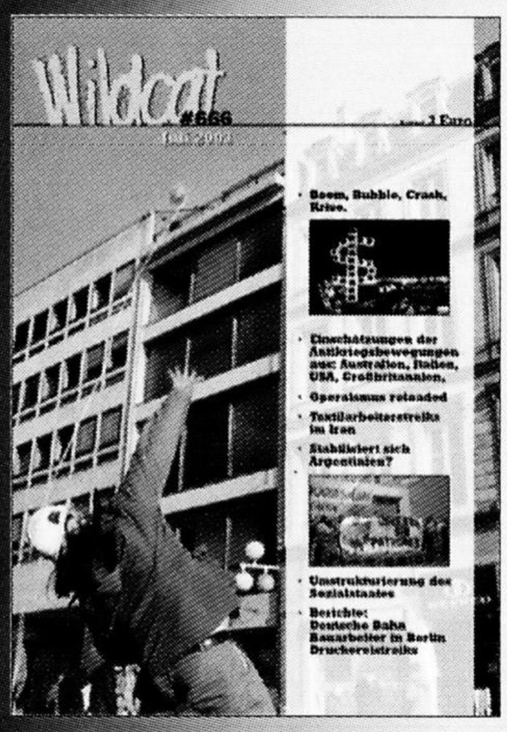

**Wildcat 67** (Oktober 2003)

**Lohnsenkungen und Rationalisierung in der »Weißen Fabrik«** · Gesundheitsreform 2003 · Arbeitsplatz Krankenhaus · Die Krankenhäuser in Frankreich

**Bubbles, Defizite, Rezession** · Fiktives Kapital · Die ArbeiterInnen und die Globalisierung · Das Bruttoweltprodukt seit dem Zweiten Weltkrieg

Weiterbildung in der Krise

How they do it · Reggae zwischen Schmelztiegel und Essenzialismus · Nach Adorno: Grenzen und Nebenwirkungen der Kritischen Theorie




**Wildcat 66** (Juli 2003)

**Die zweite Supermacht?**

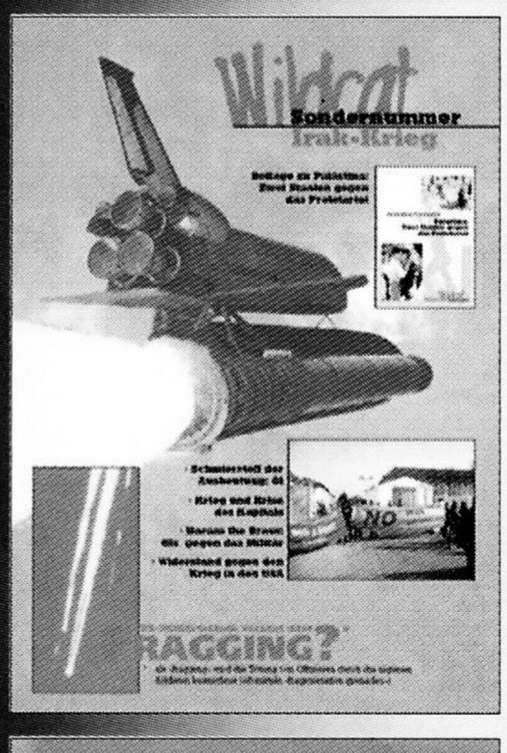
Berichte zur globalen Friedensbewegung · Iran: Arbeiteraufstände statt Reformhoffnungen · Irak: Krieg gegen das Proletariat

USA: nach der Inflation kommt die Deflation · Boom & Bubble

Argentinien: wessen Krise? · Piloten auf der Lok · Streiks in Frankreich und Italien · Lohnklau auf Berliner Baustelle

Agenda 2010 – Frontalangriff oder Sprung ins Leere?

Operaismus reloaded: Empire, Negri, Zerowork




**Wildcat Sondernummer Irak-Krieg**
(März 2003)

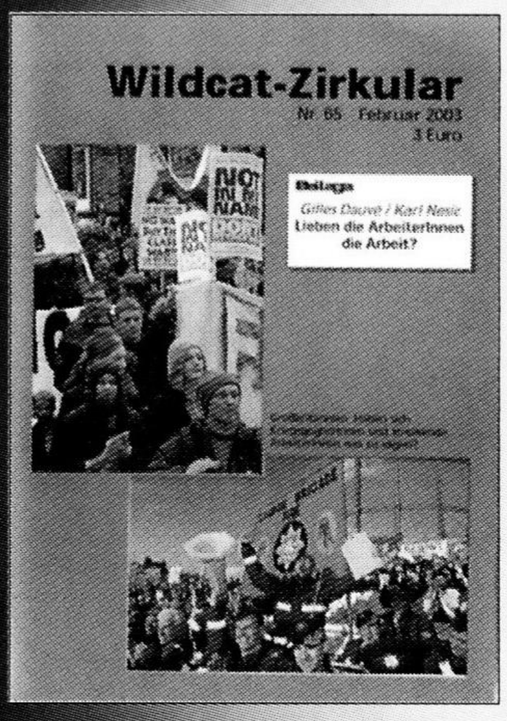
**Krise des Krieges und Grenzen des Kapitalismus**

Antikriegsbewegung · Harass the Brass – Subversion in der US-Army · Berichte aus USA, Australien, GB, BRD...

Dollarkrise und Kreditbubble · Die USA als Papiertiger · Krieg im Focus der Medien

Kriege gegen das Erdölproletariat · Krieg und Arbeiter im Iran · Schurkenstaaten, Staatskollaps und neue Kriege

**Beilage:** Mouvement Communiste
Palästina: Zwei Staaten gegen das Proletariat




**Wildcat-Zirkular 65**
(Februar 2003)

Streik der Feuerwehrleute und andere »hot spots« · **Das Ende der Entwicklungsdiktaturen** · Revolte in Venezuela · Revolutionäre Situation in Argentinien?

**Beilage:** Gilles Dauvé / Karl Nesic
Lieben die ArbeiterInnen die Arbeit?


## Impressum

Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P.: P. Müller

**wildcat**

**Abo:** 6 Ausgaben für 15 Euro – Förderabo 30 Euro – Einzelheft 3 Euro – aktuelles Heft für Weiterverkäufer: 9 Exemplare für 15 Euro (Ausland 18 Euro) – alle Preise incl. Porto.

**Bestellung** per

Brief: Shiraz e.V.
Postfach 30 12 06
50782 Köln

eMail: versand@wildcat-www.de

oder das Aboformular auf der Webseite.

**Regionale Kontakte**

freiburg@wildcat-www.de
leipzig@wildcat-www.de
koeln@wildcat-www.de
potsdam@wildcat-www.de
stuttgart@wildcat-www.de
wiu@wildcat.rhein-neckar.de

**Archiv und Aktuelles**
www.wildcat-www.de



**selbstorganisiert**
**kämpferisch**
**solidarisch**
[eine andere gewerkschaft ist möglich]
FAU IAA
Freie ArbeiterInnen Union
Postfach 2763 | 48014 Münster | geko@fau.org | www.fau.org

**grundrisse**
zeitschrift für linke theorie & debatte

"Letztlich sollen aber alle Beiträge in den Grundrissen dazu dienen, die Reflexion der gesellschaftlich-geschichtlichen Entwicklung im Hinblick auf deren emanzipatorische Überwindung voranzutreiben."

Aus dem Editorial der Nr. 1

Die grundrisse erscheinen 4 mal im Jahr, ein Abo kostet nur 18 Euro!

probenummer?
grundrisse@gmx.net
oder an: "grundrisse", Antonigasse 100/8
A - 1180 Wien
http://www.grundrisse.net

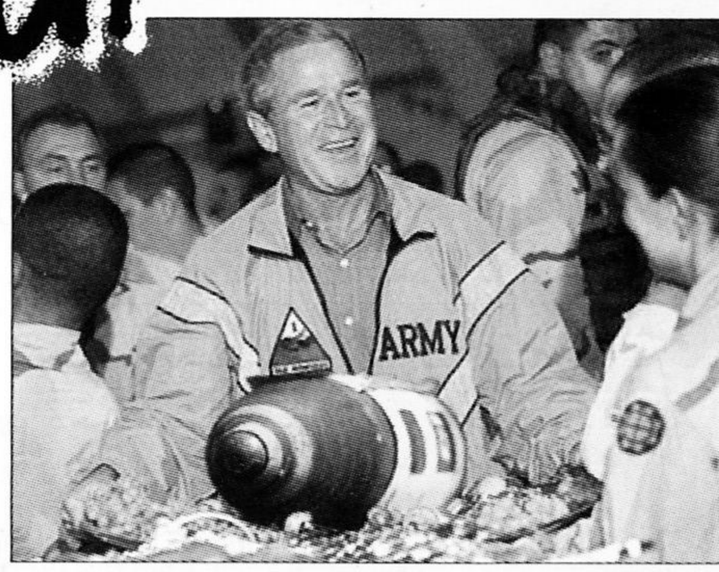
**analyse+kritik**
Zeitung für linke Debatte und Praxis

**Jetzt testen:**
**3 x *ak* für 5 €***

* Schein/Scheck beilegen! Verlängert sich zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der zweiten *ak* gekündigt wird.

analyse + kritik · Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
**www.akweb.de**

# Wildcat




## ...diesmal im Magazin:

- Prekarisierung – Strategie oder Krisensymptom?
- Praktikum, Jobclub, Leiharbeit, Ich-AG…
- Interview mit *www.chefduzen.de*
- *ElexirA* über ihre Arbeit und die Kämpfe illegaler ArbeiterInnen
- 'wildcats return...'? – Streiks in Italien, GB, Griechenland, Österreich, Belgien und Deutschland
- Was ist ein 'Black Bloc' gegen einen Blackout? – Chaos im Energiesektor
- Krise der Reproduktion der Arbeiterklasse
- Das Ende des EU-Stabilitätspaktes
- Die Widersprüche des US-Booms
- USA / China – die Lunte glimmt
- Lateinamerika
- Aufstand in Bolvien
- Ein LKW-Fahrer aus New York schaut sich um

01.11.2003, Berlin: Demo gegen die »Agenda 2010«